



Zivile Seenotrettung und wie wir sie überflüssig machen

Berichte, Analysen, Meinungen



arbeitsgemeinschaft der
eine welt-landesnetzwerke
in deutschland e.v.



Eine Welt Netz  NRW

LUJAIN UND SOHEL

Eine spontane Reise – eines Tages in Syrien



Da ich viel Geld hatte und die Situation in meiner Heimat sehr gut war, entschied ich mich eines Tages, einen Urlaub in Deutschland zu machen. Also plante ich die Reise sehr intensiv und ausführlich. Um nicht viel tragen zu müssen, packte ich nur eine kleine Tasche. Mein Geld nähte meine Frau in meine Hose ein, damit ich es bei meinen Abenteuern nicht verliere. Um die Sache interessanter zu machen, überlegte ich mir einen neuen Namen.

Auch wenn ich eine Menge Dinge in Deutschland sehr genieße, kann ich die schönen Feuerwerke mit Raketen und Bomben und die entspannte Atmosphäre in meiner Heimat nicht vergessen.

Der Abschied von meiner Familie war zum Glück nicht so schwer, weil ich wusste, dass ich bald zurückkomme. Ich habe gesagt: Keine Sorge, in einem Monat bin ich wieder da!

Weil ich gerne wandere und so mehr Erfahrungen sammeln kann, ging ich in diesem Urlaub zu Fuß. Zum Glück ist es nicht so weit von Syrien nach Deutschland, nur knapp 4000 Kilometer. Der Weg war wirklich toll und interessant. Ich kann kaum beschreiben, wie höflich, nett und flexibel die Leute mir gegenüber waren. An der türkisch-syrischen Grenze spielten wir ein tolles Spiel: Wir liefen und die Soldaten schossen auf uns. Ich habe gewonnen.

Am Meer machten wir eine Mutprobe: obwohl viele nicht schwimmen konnten, sind wir alle in ein kleines Boot gestiegen. Zehn Stunden lang spielten wir mit dem Tod und machten eine schöne und günstige Mittelmeerkreuzfahrt, bis wir von der griechischen Küstenwache freundlich begrüßt und abgeholt wurden. Der Urlaub begann dann in einem griechischen Gefängnis. Nach ein paar schönen Tagen mit Vollpension, gingen wir in verschiedenen Ländern spazieren. In Ungarn haben wir sehr freundliche Polizisten getroffen, die großes Interesse an unseren Fingerabdrücken hatten.

Als ich in Deutschland ankam, war alles sehr leicht. In Syrien sagte mir ein Freund, dass die Deutschen kein Papier mehr benutzen, sondern alles digital machen. Aber zum Glück bekam ich dann doch ganz viele Papiere und Briefe, das war eine schöne Überraschung. Jetzt hat jeder in meiner Familie einen schönen großen Ordner voll Papier.

Ich habe mich entschieden, in Osnabrück zu bleiben, weil da das Wetter so schön ist und es nie regnet. Auch die deutsche Sprache ist sehr leicht, viel einfacher als Chinesisch zum Beispiel. Ich habe sie sehr schnell gelernt. Heimweh habe ich nie. Besonders mag ich auch die Hunde hier, ich habe gar keine Angst. Meine Familie und meine Heimat habe ich schon vergessen.

Eine tolle Reise für nur 3000 - 4000 \$, die ich nicht empfehlen kann. ■

SOHEL lebt seit August 2015 als politischer Flüchtling in Osnabrück und konnte seine Frau Lujain und ihre zwei Kinder knapp drei Jahre später nachholen. Nach 35 Besichtigungen haben sie nun endlich eine schöne Wohnung gefunden. Beide sind sehr ambitioniert und haben schnell Deutsch gelernt, müssen aber noch ihre C1-Prüfungen ablegen. Da ihre Studienabschlüsse als Elektrotechnikingenieur und Grundschullehrerin in Deutschland nicht voll anerkannt werden, möchten sie hier noch einmal studieren. Zu schaffen macht den beiden vor allem der soziale Abstieg. Ihre Kinder besuchen allerdings bereits das Gymnasium. Obwohl ihre Nachbarin Claudia sie viel unterstützt und sie bereits einige Freunde in Deutschland gefunden haben, leiden beide unter Heimweh und vermissen ihre Angehörigen in Syrien.

Der Text entstand im Rahmen einer Hausaufgabe im studienvorbereitenden Deutschkurs.

Lujain | Sohel: Eine spontane Reise – Eines Tages in Syrien

Udo Schlüter | Svenja Bloom: 18.405 Tote im Mittelmeer (Vorwort)

Serge Palasie: Der „Arabische Frühling“ – „Auslöser für die Flüchtlingskrise“?

Zivile Seenotrettung ...

Aline Watermann: Seenotrettung ist nur das Mindestmaß an Menschlichkeit

Enock Tounkara: Das Mittelmeer ist ein Grab für junge Afrikaner geworden

Ich dachte, ich würde sterben (Interview mit Lamine S.)

Es geht um Menschenleben (Interview mit Claus-Peter Reisch, Kapitän der Mission Lifeline)

Marlene Ertlmaier | Leonie Thies: Der gemeinsame Feind - Kriminalisierung von Fluchthilfe im Rahmen Europäischer Migrationspolitik

Niemand will ein Flüchtling sein (Interview mit Hamed Alhamed)

Dominik Meyer: Die EU entzieht sich ihrer Verantwortung

Jonas Erulo: Menschenrettung – Rettung des Menschen

... und wie wir sie überflüssig machen

Benjamin Schraven | Stephen Adaawen: „Fluchtursachenbekämpfung“ – Kann Entwicklungszusammenarbeit die Seenotrettung überflüssig machen?

Prof. Thomas Groß: Kann legale Arbeitsmigration eine Alternative zur Flucht über das Mittelmeer sein?

Svenja Bloom: Offene Grenzen als Lösung

Stimmen aus der Politik

Birgit Sippel (MdEP, SPD): Die EU braucht legale Einreisemöglichkeiten

Cornelia Ernst (MdEP, Linke): Wir werden nicht aufhören

Filiz Polat (MdB, Grüne): Das Recht auf Schutz in Europa verteidigen - Die Krise des Flüchtlingsschutzes beenden

Eva-Maria Schreiber (MdB, Linke): Ohne Politikwechsel bleibt Fluchtursachenbekämpfung nur eine Floskel

Dr. Lars Castellucci (MdB, SPD): Sicherheit für flüchtende Menschen

Stefan Lenzen (MdL NRW, FDP): Seenotrettung braucht eine europäische Lösung

Liza Baum: Brücken zu Sicherem Häfen

Pit Clausen: Seenotrettungen und die Bielefelder Reaktion

Tatjana Giese: Sanctuary Cities – Eine Perspektive für deutsche Kommunen?

Simon Ramirez: Was die Seenotrettung mit der Eine Welt-Arbeit zu tun hat

Svenja Bloom: Nachwort

3

6

8

12

18

20

24

30

34

38

42

48

50

54

58

60

62

64

66

68

70

72

74

78

80

Zivilgesellschaftliche Initiativen für sichere Fluchtwege

FELIX KEß und HELGE SCHWIERTZ sind Mitarbeiter im Forschungsprojekt „Von der Flüchtlingshilfe zur Fluchthilfe. Auseinandersetzungen um Flüchtlingsschutz im deutschen Migrationsregime und die Rolle zivilgesellschaftlicher Initiativen“ unter der Leitung von Prof. Helen Schwenken am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück.

Für diese Publikation stellen sie einige zivilgesellschaftliche Initiativen vor, die sich für sichere Fluchtwege einsetzen. In sechs Infokästen, verteilt über dieses Heft, geben sie Einblick in Bewegungen, die der Seebrücke vorangingen, sowie die gesellschaftlichen Prozesse und Dynamiken, die diese bedingen und beeinflussen.

Impressum

Herausgeber:

Eine Welt Netz NRW e.V.

Achtermannstr. 10-12
48143 Münster

Koordination: Svenja Bloom

Gestaltung: LFS Münster
Titelfoto: © Erik Marquardt*

Druck: Die Umweltdruckerei
gedruckt auf Recyclingpapier
Dezember 2019

Fördernachweis

Die Arbeit des Eine Welt Netz NRW wird wesentlich gefördert von Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst.

ERIK MARQUARDT arbeitet als Fotograf und Fotojournalist. Seit 2019 ist er außerdem Mitglied des Europäischen Parlaments für die Grünen. Seine Schwerpunktthemen sind Flucht, Migration und Menschenrechte.

3538
2014

3771
2015

5096
2016

3139
2017

2277
2018

844
1. Jan 2019 - 21. Aug 2019

18.405 Tote im Mittelmeer

vom 1. Januar 2014 bis zum 21. August 2019

6

Zivile Seenotrettung und wie wir sie überflüssig machen

Insgesamt 18.405 Menschen und damit mehr als die Stadt Altena Einwohner*innen hat (17.081). Altena machte 2015 mit dem Wunsch, mehr Geflüchtete aufzunehmen, Schlagzeilen.

18.405 Leben – mindestens 678 davon waren Kinder.^{1,2,3)} Dabei sind sie lediglich diejenigen, von denen wir wissen; diejenigen, deren Tod wahrgenommen wurde. Zahlen wie diese werden geschätzt und errechnet aus dem, was Überlebende erzählen; aus Beobachtungen von Kapitän*innen, die Schiffswracks und zerstörte Schlauchboote und immer wieder auch im Wasser treibende Leichname sehen; aus der Anzahl der an den Küsten angespülten Körper sowie aus Berichten von Freiwilligen, die die Lage im Mittelmeer beobachten und eingreifen, wenn sie können und die nicht müde werden, darüber zu berichten. Dies verdeutlicht, wie wenig wir tatsächlich wissen. Was ist mit all jenen, die nicht gesehen werden? Man kann davon ausgehen, dass die Dunkelziffer mindestens dreimal so hoch liegt, und das auch ohne diejenigen mitzuzählen, die bereits auf dem Weg zum Mittelmeer ihr Leben verlieren, etwa in der Sahara oder in Libyen.^{4,5)} Die meisten Schutzsuchenden sterben nicht nur leise, sondern auch unsichtbar.

Wir wollen mit dieser Publikation unter anderem diese Unsichtbarkeit beenden. Im ersten Teil werden Hintergründe erläutert; geflüchtete Menschen, kriminalisierte Seenotretter*innen und andere Aktivist*innen erzählen ihre Geschichten. Im zweiten Teil soll es um theoretische und praktische Lösungsansätze gehen. Expert*innen für Migration und Flucht, Politiker*innen und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft kommen hier zu Wort. Rechtlich ist die Lage klar: Jeder Mensch hat das Recht darauf, in einem anderen Land um Asyl zu bitten. Diejenigen, die über das Mittelmeer nach Europa fliehen, tun dementsprechend nichts Ungesetzliches. Jede*r Kapitän*in ist nach dem Seerecht dazu verpflichtet, Menschen in Seenot zu retten. Ein Boot gilt dann als „in Seenot“, „wenn die begründete Annahme

besteht, dass ein Schiff und die auf ihm befindlichen Personen ohne Hilfe von außen nicht in Sicherheit gelangen können und auf See verloren gehen“.⁶⁾ Unter diese Definition fallen nahezu alle Boote, mit denen die Flüchtenden und Migrant*innen versuchen, Europa zu erreichen. Jede*r Kapitän*in hat in einem solchen Fall die unbedingte Pflicht, diese Menschen zu retten und in einen sicheren Hafen (d.h. ein Hafen, in dem ihnen keine Gefahr für Leib und Leben droht) zu bringen. Libyen ist kein sicherer Hafen, weshalb in den meisten Fällen Italien oder Malta die nächstgelegene Anlaufstelle ist. Die aber wurden in den letzten Jahren immer wieder allein gelassen.

Menschen sind schon immer migriert und werden es wohl auch immer tun; selbst dann noch, wenn irgendwann alle Fluchtursachen erfolgreich „bekämpft“ wurden und vielleicht nur noch wenige aus purer Not fliehen müssen. Als Eine Welt-Engagierte wissen wir aber, dass es heutzutage in vielen Weltregionen vielfältige Gründe gibt, das Heimatland zu verlassen. Viele dieser Gründe haben mit Not aufgrund von Kriegen, Menschenrechtsverletzungen, Klimawandel, Perspektivlosigkeit etc. zu tun. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns als Eine Welt-Engagierte zwei Fragen stellen:

- Wie können wir die Welt besser, friedlicher und gerechter machen, damit weniger Menschen aus Not fliehen müssen?
 - Wie können wir mehr sichere Migrationswege schaffen, damit das Leiden und Sterben auf der Flucht beendet wird?
- Eine Welt-Engagierte begreifen es als ihre langfristige Kernaufgabe, zu Lösungen für die erste Frage beizutragen: in internationalen Partnerschaften, mit der Unterstützung von Projekten oder mit politischer Solidarität.

Als Antwort auf das Versagen der EU und der europäischen Länder bei der Lösung der zweiten Frage hat sich in den letzten Jahren eine neue Eine Welt-Bewegung lautstark zu Wort gemeldet. Sehr viele -nicht nur junge – Menschen setzen



FLUCHTROUTEN

sich für ein Mindestmaß an Menschlichkeit im Umgang mit Menschen auf der Flucht ein. Und auch in Kommunen gibt es Bewegung. Der Bürgermeister von Altena, Dr. Andreas Hollstein von der CDU, machte bereits im Jahr 2015 Schlagzeilen, als er sich als einer der ersten bereit erklärte, mehr geflüchtete Menschen aufzunehmen als seine Stadt musste. Für die herausragende Integrationspolitik erhielt die Stadt 2017 den deutschen Integrationspreis und er selbst wurde ein Jahr später mit dem Nansen-Flüchtlingspreis der Vereinten Nationen geehrt. Er war gewissermaßen ein Vorreiter. Doch mit seiner Arbeit zog Hollstein nicht nur Lob auf sich: im Jahr 2017 wurde er in Altena von einem erklärten Gegner seiner Flüchtlingspolitik zunächst beleidigt und anschließend mit einem Messer niedergestochen und schwer verletzt. Rechte Parolen und Gewalt werden zunehmend alltäglich und übertönen allzu oft die Mehrheit, die sich für ein friedliches Zusammenleben und die Einhaltung der Menschenrechte ausspricht. Dass es mehr Menschen wie Andreas Hollstein oder Pit Clausen (Oberbürgermeister Bielefeld), der in dieser Publikation ebenfalls zu Wort kommt, geben muss, steht für uns außer Frage.

Als im Juni 2018 das Rettungsboot Lifeline mit 234 Geflüchteten an Bord als Spielball europäischer Politiken vor Malta festlag, hat sich das Eine Welt Netz NRW gemeinsam mit seinem Bundesverband AGL in einem Appell nicht nur an die Bundeskanzlerin, sondern auch an alle Kommunen im Land gewandt. Ziel war es, von der europäischen bis zur kommunalen Ebene mehr Bereitschaft zu wecken, Menschen in Not aufzunehmen.

Seitdem hat sich hier viel getan. In ganz Deutschland sind lokale Initiativen wie die „Seebrücken“ entstanden, die sich mit öffentlichen Aktionen, Kampagnen und Lobbyarbeit für die Interessen der Geflüchteten einsetzen. Und sie erhalten Resonanz aus den Kommunen: Seit der Entstehung der Seebrücken-Bewegung im Juni 2018 erklärten sich nach und nach immer mehr Städte zu Sicheren Häfen. Damit erklärten sie öffentlich ihre Bereitschaft, zusätzlich zur gesetzlichen Aufnahmequote für Geflüchtete aus Seenot gerettete Menschen aufnehmen zu wollen. Sie setzen ein Zeichen gegen die unmenschliche Abschottung Europas und die Kriminalisierung von ziviler Seenotrettung.

Diese neue Eine Welt-Bewegung der Zivilgesellschaft zeigt Wirkung: In Kommunen, in Parteien, in Parlamenten und in der öffentlichen Meinung. Sie fordert über die kurzfristige Seenotrettung hinaus langfristige, zukunftsorientierte, humane Lösungen, die die beeindruckenden zivilen Rettungsaktionen in diesem Ausmaß überflüssig werden lassen.

UDO SCHLÜTER und **SVENJA BLOOM**

¹ <https://missingmigrants.iom.int/region/mediterranean>, am 21.08.2019.

² <https://www.unhcr.org/dach/de/25640-zum-wohl-der-fluechtlinge-und-seiner-stadt-buergermeister-von-altena-ist-europaeischer-finalist-des-nansen-preises-von-unhcr.html>, am 01.07.2019.

³ <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-06/ertrunkene-fluechtlingskinder-tod-mittelmeer-iom-uno-migration>, am 05.07.2019.

⁴ <https://www.proasyl.de/news/diese-toten-sind-die-folge-des-rechtsrucks/>, am 01.07.2019.

⁵ <https://www.spiegel.de/politik/ausland/libyen-die-wueste-ist-fuer-fluechtlinge-gefaehrlicher-als-das-mittelmeer-a-1275816.html>, am 05.07.2019.

⁶ <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/faq-seerecht-101.html>, am 19.07.2019

SERGE PALASIE

Der „Arabische Frühling“ – Auslöser für die „Flüchtlingskrise“?

In der Überschrift stehen gleich zwei Begriffe in Anführungszeichen. Das bedarf einer kurzen Erläuterung: In der heterogenen arabisch-islamischen Welt existiert der Begriff „Arabischer Frühling“ nicht. Er ist eine Fremdbezeichnung durch Dritte, die die Ereignisse zusammenfassen soll, die mit den Protesten gegen die Regierung in Tunesien im Dezember 2010 begannen.

Der Begriff „Flüchtlingskrise“ wird in Deutschland im Zusammenhang mit dem Jahr 2015 genannt. Damals kamen erheblich mehr Geflüchtete hierher als die Jahre zuvor. Nach dem berühmt gewordenen Satz von Bundeskanzlerin Merkel „Wir schaffen das“ und der damit verbundenen temporären Öffnung der Grenzen für Geflüchtete, die vor allem über die sogenannte Balkanroute Richtung Mitteleuropa kamen, begann eine gesellschaftliche Polarisierung: Zum einen erlebte Deutschland eine nie dagewesene Willkommenskultur. Zum anderen wurden aber auch schnell Stimmen laut, die die Schließung der Grenzen forderten und generell für eine deutliche Begrenzung von Zuwanderung plädierten.

Wie hängt der „Arabische Frühling“ mit wachsenden Flucht- und Migrationsbewegungen zusammen? Gab es die Fluchtursachen, die es seitens der Politik seit spätestens 2015 zu bekämpfen gilt, vorher nicht? Und was müsste geschehen, damit am Ende wirklich weniger Menschen ihre Heimat verlassen müssten? Diese und weitere Fragen sollen im Folgenden beantwortet werden.

Eine Krise ganz ohne Vorwarnung?

Für breite Teile der Bevölkerung Deutschlands kam die „Flüchtlingskrise“ scheinbar von einem Tag auf den anderen. Dass das so war, hat verschiedene Gründe. Aufgrund des Dublin-Verfahrens, das vorsieht, dass Asylsuchende dort einen Antrag stellen, wo sie erstmals europäischen Boden betreten haben, blieben in mittel- und nordeuro-

päischen Staaten größere Zahlen Geflüchteter lange aus – zumindest seit den Flucht- und Migrationsbewegungen der ersten Hälfte der 1990er Jahre, die vor allem infolge des Zusammenbruchs des Ostblocks und der Balkankriege verursacht worden waren. Dass Menschen, die auf dem Seeweg nach Europa wollen, nicht erst das Mittelmeer verlassen, um über den Atlantik und die Nordsee beispielsweise nach Deutschland oder Großbritannien zu gelangen, leuchtet ein. Daher trugen die europäischen Mittelmeeranrainer – insbesondere Spanien, Italien und Griechenland – lange die Hauptlast in Europa, was die Bewältigung von zunehmenden Zahlen Geflüchteter betrifft. Vor dem „Arabischen Frühling“ gab es aber zudem noch eine gut funktionierende Delegation an Verantwortlichkeiten an Dritte, die auch die europäischen Mittelmeeranrainer „entlastete“. Konkret: Vielfach begann die Sicherung der europäischen Außengrenzen schon auf der afrikanischen bzw. asiatischen Seite des Mittelmeers. Autoritäre Regime wurden seitens der EU unterstützt, um Flucht- und Migrationsbewegungen Richtung EU möglichst schon vor Ort zu unterbinden. Für eine entsprechende Kooperationsbereitschaft gab es Lieferungen von Militär- und Überwachungstechnik sowie sonstige finanzielle Zuwendungen. Hier spricht Gaddafis Satz „Fünf Milliarden oder Europa wird schwarz“, den er auf dem EU-Afrika-Gipfel 2010 geäußert hatte, Bände. Der damalige Machthaber Libyens hatte erkannt, dass sich gut Geld verdienen lässt, wenn man die „Drecksarbeit“ anderer macht. Es flohen also auch vor dem Arabischen Frühling Menschen Richtung EU, sie wurden aber effektiver daran gehindert, das Mittelmeer zu überqueren. Was heute auf dem Mittelmeer beinahe täglich unter den Augen der Weltöffentlichkeit geschieht, geschah vorher im Stillen – aus europäischer Sicht versteht sich. Damals wurden fliehende Menschen häufig spätestens an der Küste abgefangen und wenn es



© Monika Dülge

sich um Geflüchtete aus Subsahara-Afrika handelte LKW-weise Richtung Süden transportiert. Vielfach wurden sie in der Sahara ausgesetzt. Dort spielten sich dann die Tragödien ab. Dort starben Etliche. So wurde die Sahara noch vor dem Mittelmeer zum Massengrab auf dem Weg nach Europa. Schon im Sommer 2010 kursierten in Westafrika – im konkreten Fall in Mali – Videos, die Überlebende in der Wüste mit ihrem Smartphone gemacht haben. Die Videos zeigten unzählige Tote. Die Kleidung – Sneaker, Kappe etc. – ließ erkennen, dass es sich zumeist um junge Männer handelte. Sie verdursteten.

Kaum Bleibeperspektive

Viele dieser jungen Männer waren auf der Suche nach einem besseren Leben in Sicherheit – auch in ökonomischer Hinsicht. Ein Großteil der Menschen verlässt generell aufgrund von Perspektivlosigkeit seine Heimat. Der Anteil an Menschen, die vor Verfolgung laut der Definition der Genfer Konvention oder vor (Bürger)Krieg fliehen, variiert und war vor dem „Arabischen Frühling“ relativ überschaubar, zumindest nach Europa. Denjenigen, die vor Perspektivlosigkeit fliehen – dazu zählt auch die zunehmende Zahl von Menschen, die durch den Klimawandel bzw. seine Folgen zum Verlassen der Heimat gezwungen werden – wird vorschnell unterstellt, dass sie keiner Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt seien und daher keine Bleibeperspektive hätten. Ignoriert wird dabei gerne die Rolle, die der Globale Norden bei der Produktion von Perspektivlosigkeit spielt. Globale Rollenzuschreibungen, die auch und gerade den afrikanischen Kontinent weitestgehend zum Rohstofflieferanten degradieren, gehen bis zur Kolonialzeit zurück. Die damals eingeleitete Industrialisierung, die ohne agrarische und mineralische Rohstoffe aus außereuropäischen Gebieten nicht denkbar gewesen wäre, schuf allmählich für eine wachsende Zahl an Bürger*innen in

den Industriestaaten Perspektiven, während sie im afrikanischen Kontext in der Regel nur kleinen Eliten dient(e), die den Rohstoffexport kontrolliert(e). Die Industrialisierung leitete auch den menschengemachten Teil des globalen Klimawandels ein, der insbesondere die Staaten der Erde trifft, die am wenigsten historische Verantwortung tragen. Die Degradierung von Lebensräumen bzw. die mangelnde Anpassungsfähigkeit daran aufgrund fehlender Finanz- und anderer Mittel erhöht den Migrationsdruck weiter.

„Gute Flüchtlinge – Schlechte Flüchtlinge“

Als die Flucht- und Migrationsbewegungen in Richtung EU infolge des „Arabischen Frühlings“ allmählich größer wurden und tatsächlich mehr Geflüchtete kamen, die vor Verfolgung flohen, erreichte die Kategorisierung in „gute“ und „schlechte Flüchtlinge“ neue Dimensionen à la „Wir müssen diejenigen wegschicken, die keine Bleibeperspektive haben, um denjenigen zu helfen, die es wirklich nötig haben“. Warum ist das in diesem Kontext so wichtig? Während etwa (Bürger)kriege und damit verbundene Probleme zumindest in der Regel irgendwann wieder enden und damit auch entsprechende Fluchtbewegungen wieder versiegen, bleibt der Migrationsdruck aufgrund struktureller globaler Ungleichheit weiterhin hoch. Es ist also kurzfristig, darauf zu verweisen, dass despektierlich als „Wirtschafts-“ oder „Klimaflüchtlinge“ bezeichnete Menschen keine Bleibeperspektive hätten. Dies soll kein Appell für ein Bleiberecht für alle werden. Aber steigende Zahlen von Geflüchteten sollten nicht dazu genutzt werden, um Gruppen von Menschen kollektiv zu unterstellen, sie hätten keinen Fluchtgrund. Wohin diese Vereinfachung führt, zeigt sich im Wiedererstarken rechtsgerichteter Parteien in ganz Europa, die mittlerweile schon aus der Opposition heraus eine auf Abschottung und Fremdenfeindlichkeit zielende Politik punktuell mitbestimmen können.

Flügel Schlag eines Schmetterlings

Die Proteste gegen eine willkürliche und ungerechte Politik begannen am 17. Dezember 2010 in Tunesien. Auslöser war der Selbstmord eines immer wieder Behördenwillkür ausgesetzten Gemüsehändlers. Er zündete sich selbst an. Die darauffolgenden Proteste brachten aber nicht nur Tunesiens Machthaber Ben Ali in Bedrängnis. Die Protestwelle schwappte auch vor allem in benachbarte Länder über. Besonders betroffen waren Gaddafis Libyen sowie Mubaraks Ägypten. Gerade diese beiden autoritären Regime spielten lange eine zuverlässige Rolle bei der Unterbindung von Flucht- und Migrationsbewegungen in Richtung EU. Aber auch Länder jenseits Nordafrikas wurden von Protesten erfasst. Allen voran muss hier Syrien erwähnt werden, wo die Proteste in einem Bürgerkrieg mündeten, der bis heute anhält und bisher hunderttausende Menschenleben gekostet hat.

Vor allem das Wegfallen der „EU-Türsteher“ Gaddafi und Mubarak ließ zunächst die Grenzen Richtung Norden poröser werden. Das galt besonders für die zentrale Mittelmeerroute von Libyen nach Italien sowie für die östliche Mittelmeerroute von Ägypten Richtung Ägäisches Meer. Neben denjenigen, die bereits vor dem „Arabischen Frühling“ den afrikanischen Kontinent in Richtung Norden verlassen wollten, kamen nun noch die dazu, die erst durch die wachsende Unsicherheit infolge der Ereignisse ab Dezember 2010 zunehmend gezwungen wurden, ihre Heimat zu verlassen.

Dabei ist hier etwa keinesfalls nur die Rede von Nordafrikaner*innen, die der „Arabischer Frühling“ zwang zu fliehen. Vor 2010/11 waren die Länder Nordafrikas für nicht wenige Menschen aus Subsahara-Afrika – und nicht die EU – Ziel einer Migration. Dort arbeiteten viele Menschen in der Landwirtschaft, auf dem Bau oder im Dienstleistungssektor. Das änderte sich nun schlagartig: Nicht nur, dass die bisherigen Einkommensquellen vielfach wegbrachen und man Opfer der allgemeinen unsicheren Lage vor Ort wurde. Oft kam ein wachsender Rassismus hinzu. In Libyen beispielsweise setzte Gaddafi zu großen Teilen auf Söldner aus Subsahara-Afrika. Nach seinem Sturz entlud sich der Hass breiter Teile der Bevölkerung gegen Menschen aus Subsahara-Afrika – ob es sich nun um ehemalige Handlanger Gaddafis handelte oder nicht. Gaddafi bereits weiter oben erwähntes Zitat, in dem er von der „Gefahr“ eines überwiegend mit schwarzen Menschen bevölkerten Kontinents Europa sprach, schien greifbar. Zeitweise sprach man von einer Viertelmillion Migrationswilliger – darunter viele aus Afrika südlich der Sahara – die unweit der libyschen Küste nur auf den richtigen Moment warteten, um auf dem Seeweg nach Europa überzusetzen. Schätzungen, bei denen man sich schon fragen muss, wie sie kalkuliert worden sind, sprachen zeitweise von über 80 Millionen migrationswilligen Menschen in Afrika.

Aber was in Libyen geschah, hatte auch Auswirkungen auf das Flucht- und Migrationsgeschehen in Ländern südlich der Sahara. Der Putsch in Mali 2012, der dafür sorgte, dass das Land mittlerweile das größte im Ausland stationierte Kontingent an Soldat*innen der Bundeswehr beherbergt, ist ohne den „Arabischen Frühling“ kaum denkbar: Viele der oben erwähnten Söldner Gaddafis aus Subsahara-Afrika waren von einem Tag auf den anderen arbeitslos. Was sie aber hatten: Waffen. Einige davon dürften im Zuge der „Kooperation“ zwischen Libyen und der EU zur Abwehr von Geflüchteten den Besitzer gewechselt haben. Die zum Teil für afrikanische Verhältnisse schwer bewaffneten ehemaligen Söldner brachen nun in Richtung Heimatländer auf, darunter viele Touareg. Diese Gruppe, die zu großen Teilen nomadisch vor allem verteilt auf den Süden Algeriens und Libyens sowie den Norden Malis und Nigers lebt, strebte immer wieder nach mehr Autonomie. Nun bot sich die Gelegenheit dazu: Gut bewaffnet riefen sie einseitig die Loslösung Nordmalis vom Rest des Landes aus. Die schlecht ausgerüstete malische Armee konnte dem nichts entgegensetzen. Die Unzufriedenheit darüber löste letztlich den Putsch gegen die malische Regierung aus. Nachdem die Separatisten immer weiter Richtung Süden vordringen konnten und auch zunehmend Islamisten aus verschiedenen Ländern die instabile Lage in Mali für sich ausnutzten, sah sich das Land dazu veranlasst, eine internationale Militäroperation zu starten. Die Federführung übernahm die ehemalige Kolonialmacht Mali, Frankreich. Die Destabilisierung in der Region setzte wiederum Migrations- und Fluchtbewegungen in Gang. Da Mali schon seit Langem nicht nur Herkunfts-, sondern vor allem Transitland ist, waren auch viele Menschen aus unterschiedlichen Ländern Afrikas, die zum Teil seit Jahren in Mali festsaßen, von heute auf morgen gezwungen, sich erneut auf den Weg in Richtung mehr Sicherheit aufzumachen.

Aber jenseits der Geschehnisse in Afrika wuchs der Konflikt in Syrien zu einem Bürgerkrieg heran, der dafür sorgte, dass das Land 2014 Afghanistan als das Land überholte, aus dem die meisten Geflüchteten stammen. Es sollte allerdings noch ein paar Jahre dauern, bis das „Problem“ bei uns ankam. Zunächst blieben die meisten Menschen – so generell die Regel – Vertriebene im eigenen Land sowie in den umliegenden Staaten. Auch einer mangelnden internationalen Solidarität ist es anzulasten, dass die Situation von syrischen Geflüchteten etwa in den Flüchtlingslagern in den Anrainerstaaten immer unerträglicher wurde. Und so machten sich immer mehr Menschen vor allem über die Türkei in Richtung Griechenland auf, um in der EU einen sicheren Zufluchtsort zu finden. Von Griechenland ging es über Länder des Balkans sowie über Ungarn und Österreich weiter. Ziel waren in der Regel die reichen Staaten der EU inklusive Deutschland. Spätestens da, im Sommer/ Herbst 2015 wurde der Begriff Balkanroute

zum Synonym für die „Flüchtlingskrise“. Bis zu einer Million Menschen kamen über sie allein nach Deutschland. Da die strukturell ohnehin schon schwächeren Länder im Osten bzw. Südosten der EU auch besonders unter den Auswirkungen der globalen Finanzkrise ab 2008 litten, setzte sich zunehmend eine Politik des Durchwinkens Geflüchteter in Richtung reichere EU-Staaten durch. Gleiches galt übrigens auch für die südeuropäischen Staaten, allen voran für Italien.

Neue „Türsteher“

Lange genossen viele Syrer*innen zu Recht eine besondere Behandlung seitens der EU und konnten oft damit rechnen, ein Bleiberecht zu erhalten. Die Bilder des Bürgerkriegs sprachen für sich. Aber nicht nur Syrer*innen kamen über die Balkanroute nach Europa. Von Nordafrikaner*innen, die sich teilweise sogar als Syrer*innen ausgaben, bis hin zu sogenannten „Armutsmigrant*innen“ aus südosteuropäischen Staaten wie beispielsweise Serbien nutzten viele Menschen diesen Weg ins Herz der EU. Selbst Menschen aus Westafrika(!) nahmen diesen enormen Umweg in Kauf, um nach Europa zu gelangen. Schließlich wurde die Balkanroute geschlossen. Bereits Anfang 2016 waren dort keine nennenswerten Flucht- und Migrationsbewegungen mehr zu verzeichnen. Das Muster des Delegierens von Grenzverantwortlichkeiten an Dritte, das schon vor 2010 existierte, wurde hier erneut genutzt – dieses Mal kam die Türkei in den Genuss von finanziellen Zuwendungen und anderen Zugeständnissen. Seitdem verlagerte sich die Hauptfluchtroute wieder Richtung Libyen bzw. Italien. In Libyen hatte sich während der Jahre seit dem Sturz Gaddafis, der von einer internationalen Militärallianz unter französischer, britischer und US-amerikanischer Beteiligung maßgeblich unterstützt worden war, ein Machtvakuum gebildet. De facto ist das bis heute so. Daran ändern auch „international anerkannte Regierungen“ vor Ort nichts, deren tatsächliche Macht begrenzt ist und die in erster Linie als offizielle Ansprechpartner fungieren, wenn es darum geht, den Grenzschutz wieder so effektiv zu machen wie vor dem „Arabischen Frühling“. Jüngst – seit Herbst 2018 – verzeichnete im Übrigen wieder die westliche Mittelmeerroute – also nach Spanien – einen Bedeutungszuwachs, nachdem Kontrollen auf der zentralen Mittelmeerroute zugenommen hatten und neben „Schleppern“ und Geflüchteten auch die zahlreichen Seenotretter*innen zunehmend kriminalisiert worden waren. Aber ob nun die meisten Menschen über die westliche, zentrale oder östliche Mittelmeerroute nach Europa kommen: Unter dem Strich bleibt der Migrationsdruck hoch. Er bleibt selbst dann hoch, wenn geografisch und zeitlich in der Regel begrenzte Konflikte enden – allein schon aufgrund der oben beschriebenen strukturellen globalen Ungleichheit. Wir werden das „Problem“ also nicht mit Grenzschutz alleine in den Griff bekommen.

Fazit – Grenzschutz alleine reicht nicht aus

Seitdem sich das überschaubare Zeitfenster relativ offener EU-Außengrenzen wieder geschlossen hat, werden starke Bemühungen daran gesetzt, die EU-Außengrenzen zu schützen. Dabei wird mehrgleisig gefahren: Die zu starke Fokussierung auf Grenzschutz durch Dritte rächte sich ab 2010 wie oben beschrieben. Der tatsächliche Schutz der EU-Außengrenzen rückte stärker in den Fokus. Dennoch setzt man auch weiterhin auf das Muster des Delegierens von Grenzschutz an Dritte.

Neben den Staaten unmittelbar am Rande der EU kommen hier auch verstärkt Staaten hinzu, die wichtige Transitländer einer Migration in Richtung EU darstellen. Sogenannte Migrationspartnerschaften mit Staaten wie Mali oder Niger sind vor diesem Hintergrund zu sehen. Aber ist das „Problem“ beseitigt, wenn „volle Flüchtlingsboote“ vor Europas Küsten wieder der Vergangenheit angehören? Abgesehen davon, dass zumindest keine Geflüchteten mehr ertrinken und sich die Seenotrettung wieder ihren regulären Aufgaben widmen kann, muss effektiver Grenzschutz vor allem als kosmetische Maßnahme begriffen werden. Der Migrationsdruck an sich sinkt dadurch nicht. Solange Fluchtursachen laut Genfer Konvention oder aufgrund von (Bürger)Kriegen und einer strukturell bedingten globalen Perspektivlosigkeit bestehen, werden Menschen ihr Leben riskieren, um woanders Sicherheit und Perspektiven zu finden.

Die Politik hat mittlerweile erkannt, dass es neben Grenzschutz auch um die „Bekämpfung“ von Fluchtursachen gehen muss. Das ist schon einmal etwas. Nun müssen Taten folgen, die mehr als den sprichwörtlichen Tropfen auf den heißen Stein bedeuten. Von Letzterem profitieren zwar auch immer bestimmte bedürftige Gruppen, daher ist das schon einmal besser als gar nichts. Aber strukturelle Ungleichheit überwindet man so nicht. Um den Migrationsdruck langfristig zu senken, gilt es, Ungleichheit innerhalb und zwischen Staaten zu verringern (vgl. SDG 10). Da sind alle gefragt, ihren jeweiligen Beitrag zu leisten – ob auf individueller Ebene, als zivilgesellschaftlicher oder staatlicher Akteur oder als Vertreter*in der Wirtschaft, als Akteur*in im Globalen Norden oder Süden. ■

SERGE PALASIE ist Afrikanist und arbeitet als Fachpromotor für Flucht, Migration und Entwicklung beim Eine Welt Netz NRW.



12

Zivile Seenotrettung und wie wir sie überflüssig machen

ALINE WATERMANN

Seenotrettung ist nur das Mindestmaß an Menschlichkeit

Persönlicher Bericht aus der zivilen Seenotrettung

Mein letzter Einsatz im zentralen Mittelmeer ist bald ein Dreivierteljahr her. Die vielen Tage, Gesichter und Ereignisse im Meer wollen allmählich in meiner Erinnerung verschwimmen und sind gleichzeitig noch genauso stechend schmerzhaft und brennend wie die Realität, an der sich seitdem leider kaum etwas geändert hat. Mit dem Ende meiner bis dato letzten Mission, der Lifeline-Odyssee im Juni letzten Jahres, ist ein Stück meines Glaubens in europäische Rechtsstaatlichkeit und politische Verantwortung gestorben.

Tagebuchschnipsel Juni 2018: Die Nacht ist wunderbar klar. In ca. 30 Seemeilen Entfernung von der libyschen Küste machen wir den Motor aus und driften durch die Nacht. Durch das Fernrohr können wir die Lichter der libyschen Küste am Ende des Horizontes schimmern sehen. Die See ist spiegelglatt. Optimales Wetter zum Ablegen von Booten an der Küste. Die Lichter der Küste knüpfen nahtlos an den gigantischen Sternenhimmel an. So nahtlos, dass es eine Stadt aus Sternenstaub hätte sein können. Ob sich wohl gerade Menschen auf den Weg machen? Ob sie in den Himmel schauen und dieselben Sterne sehen? Was wünsche ich mir für diese eine Sternschnuppe?



© Hermine Poschmann

Mit 235 Überlebenden aus Seenot und 18 Crewmitgliedern mussten wir sechs Tage unter schärfsten Bedingungen auf dem Meer ausharren. Spuren von Folter, Seekrankheit, eine Crew am Belastungslimit, keine Erlösung in Sicht und obendrein das psychologische Ausmaß: gespiegelt zu bekommen „ihr seid unerwünscht“. Dass alle lebendig angekommen sind, erscheint mir rückblickend ein Wunder. Das Schicksal der Lifeline hat sich seit Juni abermals wiederholt. Ein Schicksal, das keinem Menschen zu wünschen ist. Ein Schicksal, das verhindert werden kann, das verhindert werden muss. Und doch war die Lifeline-Odyssee weder der erste Fall noch sollte er der letzte sein. Das macht mich fassungslos.

Es war ein Einsatz am 21. Juni. In den frühen Morgenstunden wurden Radarsignale geortet. Als sich die Vermutung verhärtete, dass es sich um Boote in Seenot handeln könnte, wurde der Rest der Crew geweckt. Wir fuhren mit unserem Beiboot zur Suche aus und versorgten die Menschen mit Schwimmwesten. Gleichzeitig informierte unsere Brücke die Seenotleitstelle in Rom. In dem Moment wussten wir, dass noch ein zweites und ein drittes Boot in Seenot geraten waren. Darum begleiteten wir die Menschen so schnell wie möglich an Bord der Lifeline, fuhren dann zum nächsten Boot und brachten auch diese Menschen in Sicherheit. Während wir auf der Suche nach dem dritten Boot waren, traf die libysche Küstenwache ein, die ebenfalls von Italien informiert worden war. Wir mussten mit unserem Beiboot umkehren, damit wir nicht in Gefahr gerieten. Das dritte Boot konnten wir nie finden... Nach langer Diskussion mit unserem Kapitän kamen zwei Mitglieder der libyschen Küstenwache bei uns an Bord. Unsere Bedingung dafür war, dass sie auf keinen Fall Waffen tragen dürfen. Sie wollten die Menschen wieder zurück nach Libyen bringen. Wir lehnten dies ab und stellten klar,

dass wir damit gegen internationales Recht verstoßen würden. Nach internationalem Seerecht müssen aus Seenot gerettete Menschen in einen sicheren Hafen gebracht werden. Auch die Genfer Flüchtlingskonvention besagt, dass kein Mensch dorthin zurückgebracht werden darf, wo seinem Leben Gefahr droht. Nach angespannter Diskussion ist die libysche Küstenwache schließlich abgedreht und gab uns die Anweisung, nordwärts zu fahren.

Mit 253 Menschen an Bord, davon 18 Crewmitglieder, fuhren wir also in Richtung Norden. Fast eine Woche lang durften wir in keinen Hafen einlaufen. Die Menschen an Bord, auch wir Crewmitglieder, stießen dabei an Belastungsgrenzen. Die Krankenstation war im Dauereinsatz. Ab der zweiten Hälfte der Woche kamen Wind und Welle dazu. Seekrankheit, Dehydration, alle standen unter enormem psychischem Druck, denn keiner konnte genau sagen, wie es weitergeht. In der Situation war Kommunikation sehr wichtig. Wir bastelten ein Infobrett, damit die Leute mitverfolgen konnten: Wo sind wir genau? Was ist der Stand der Dinge? Woran arbeiten wir? Nach sechs Tagen und viel Druck des Vereins und befreundeter Organisationen durften wir endlich an Land. Zu dem Zeitpunkt hatte es bereits eine Notevakuierung gegeben.

Seenotrettung steht juristisch auf stabilem Fundament. Mehr noch, es ist sogar eine juristische Verpflichtung. Einfach zusammengefasst bedeutet das: Ein Mensch in Seenot muss gerettet werden. Ein geretteter Mensch hat das Recht an einen sicheren Hafen gebracht zu werden. Ein Hafen, in dem Gefahr droht, die körperliche Unversehrtheit nicht gewährleistet werden kann und das Leben möglicherweise in Gefahr ist, ist kein sicherer Hafen. Libyen ist kein sicherer Hafen. Deswegen ist es auch eine Menschenrechtsverletzung, Menschen dorthin (zurück-)

zu bringen. Welcher Hafen „sicher“ ist und wo Menschen hingebracht werden, wird nicht willkürlich von der zivilen Seenotrettung entschieden, sondern von der Seenotrettungsleitstelle (in der Regel das MRCC Rom) zugewiesen.

Eigentlich ist es so: Wer Menschen in Not **keine** Hilfe leistet, wird bestraft. Das ist nun anders. Wer 235 Personen aus Seenot rettet, wird bestraft. Die Lifeline ist festgesetzt, der Kapitän steht vor Gericht wegen eines Details der Schiffsregistrierung, während alle Beweise seiner Unschuld bereits auf dem Tisch liegen. Damit ist die Lifeline leider nicht allein. Es trifft auch Kolleg*innen anderer Rettungsorganisationen, wie zum Beispiel von Jugend Rettet. Da drängt sich ein furchtbarer Gedanke auf: Hätten die Crews ignoriert, dass sich Menschen in Seenot befinden, wären sie ihnen also nicht zu Hilfe geeilt, müssten sie sich nicht vor Gericht behaupten. Rettung in diesem Kontext wird heute kriminalisiert und bestraft. Wegschauen nicht. Das Ganze ist nicht juristisch, sondern politisch motiviert. Der ehemalige Lifeline-Kapitän ist nur ein Gesicht von Vielen, die jederzeit überzeugt dafür einstehen würden, was zivile Seenotretter*innen machen: politisches Versagen kompensieren.

Tagebuchschnipsel April 2018: Ein Anruf vom MRCC Rom scheuchte uns aus den Betten. Ab 2:40h brodelt es bei uns auf der Brücke. Ein Seenotfall, in unmittelbarer Nähe der libyschen Hoheitsgewässer. Durch die Dunkelheit nehmen wir die Suchfahrt auf. Unter höchster Konzentration halten wir Ausschau nach einem Holzboot. Immer wieder telefonische Rücksprache mit Rom. Binnen Minuten steht die ganze Crew auf den Beinen, um sich auf einen möglichen Einsatz physisch und seelisch vorzubereiten. Angekommen auf der angegebenen Koordinate. Wir wissen das Boot muss in unmittelbare Nähe sein, doch die Sicht bei Nacht ist schlecht. Endloses Starren in die Dunkelheit. Einige Lichter werden sichtbar. Sind es Positionsleuchten der Fischerboote? Woher wissen wir, welchen Lichtern wir folgen? Dann irgendwann gegen 5h morgens ein schwaches grünes Flackern irgendwo. Es hätte alles sein können. Stimmen - so laut es geht gegen Wind und Welle. „Hello??!!“ „Is there anybody?“ „We are here to help!!!“ Und dann kam das grüne Flackern näher, das Licht wurde heller und heller und es begann zu Blinken. Aus dem Blinken wurden klare Lichtsignale, wie sie kein Fischerboot geben würde. Wir haben es, das ist ein Boot! Es ist das Boot! Das hellblaue Holzboot. Gänsehaut. Langsam erkennen wir Silhouetten von Menschen, sie winken hektisch, sie rufen etwas, die Stimmung ist aufgeregt. Sie deuten auf das Boot, als wollen sie uns einen Verletzten zeigen. „There is water in the boat“. Dann geht alles wahnsinnig schnell. „Calmez-vous“, „wahed, wahed“.

Die Welt könnte so unfassbar stolz sein auf dieses wahn-sinnige zivilgesellschaftliche Engagement! Laien, die sich professionalisieren, eigene Schiffe und Flugzeuge mobilisieren, um wenigstens einen Hauch Menschlichkeit zu wahren. Das macht sie nicht zu Helden, aber noch viel weniger zu Kriminellen.

Nun, die gute Europäische Union und einige ihrer Mitgliedsstaaten engagieren sich ja auch. Im Rahmen der europäischen Militäroperation EUNAVFOR Med werden Milliarden investiert, um eine libysche Küstenwache aufzubauen. Der Haken daran ist, dass die Lage in Libyen weiterhin mehr als prekär ist. Das geben auch die EU und die deutsche Bundesregierung zu. Internationale und Nichtregierungsorganisationen, die vor Ort sind (u.a. Ärzte ohne Grenzen, Human Rights Watch, UNHCR uvm.), bestätigen die katastrophale Lage insbesondere für Menschen auf der Flucht. Es ist rechtswidrig, Menschen zurück in ein Land zu bringen, wo ihnen Gefahr droht. Hier greifen verschiedene Rechtsgrundlagen, u.a. das „Non-refoulement“ Prinzip der Genfer Flüchtlingskonvention. Wie ist es dann möglich, dass die EU ein Land wie Libyen mit Milliarden dabei „unterstützt“, genau das zu tun?

Wenn Menschen an Grenzen bzw. auf ihrem Weg, gegen ihren Willen und ohne rechtliche Grundlage zurückgebracht werden, wird von illegalen Pushbacks gesprochen. Die EU, bzw. Frontex, die europäische „Grenzschutzagentur“, wurde bereits im Jahr 2012 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte für die Praxis von illegalen Pushbacks im Mittelmeer belangt. Daher eben die neue Strategie: eine libysche Küstenwache aufbauen, mit Milliarden finanzieren, damit diese für die EU illegale Pushbacks durchführen kann.

Staatliche Seenotrettung gibt es zurzeit de facto nicht mehr. Die letzte staatliche Seenotrettungsmission wurde 2014 mit der italienischen Operation Mare Nostrum eingestellt. Sie konnten rund 150.000 Personen retten. Die EU Marinemission Sophia, die ihren Namen einem an Bord geborenen Baby verdankt, hatte zwar den primären Auftrag gegen Schlepper vorzugehen, führte aber trotzdem Seenotrettungen durch. Auch diese Operation wurde nun eingestellt. Das Mittelmeer gleicht einem Kriegsschauplatz. Bei unseren Einsätzen konnten wir durchs Fernrohr immer wieder große dunkelgraue Türme erspähen, die sich in den Himmel ragten - Kriegsschiffe. Drohnen, Szenarioübungen mit Helikopter, so allerlei Dinge geschehen dort im Meer. Zivile Zeug*innen scheinen dabei unerwünscht. Die sogenannte libysche Küstenwache (LCG) wird von Rom aus beim Aufbau unterstützt und soll das Search and Rescue Gebiet (SAR) perspektivisch selbstverwalten. Bis dahin ist aber das MRCC Rom verantwortlich. Diese Auskunft wird von der International Maritime Organisation



© Hermine Poschmann

(IMO) bestätigt. Die sogenannte libysche Küstenwache ist allerdings weit davon entfernt, professionelle Rettungen durchzuführen und noch weiter davon entfernt, diese zu koordinieren, zumal der eigene Hafen aus menschenrechtlicher Perspektive ja auch nicht als sicherer Hafen in Frage kommen kann. Der Bundesregierung ist übrigens bekannt, dass die libysche Küstenwache trotz des europäischen Milliardeninvestment in Ausrüstung und Ausbildung nicht einsatzfähig ist.

Seit dem Sturz von Gaddafi wurde die Situation in Libyen immer komplexer. Nach wie vor herrscht in Teilen Bürgerkrieg, bewaffnete Milizen bekämpfen die von Deutschland anerkannte Regierung. Der vielfach als „warlord“ beschriebene US-libysche Militär Khalifa Haftar verfügt über ein großes Waffenarsenal und hat Teile Libyens unter seiner Kontrolle. Die offizielle Regierung ist schwach und von einer Großzahl der Bevölkerung und bewaffneten Gruppen nicht anerkannt. Es gibt einen Sklavenmarkt, Menschenhandel und zahlreiche weitere Menschenrechtsverletzungen sind dokumentiert. Libyen ist eine Einbahnstraße - der Weg „zurück“ durch die Sahara ist teilweise noch gefährlicher als die Fahrt übers Meer und die Todeszahlen in der Wüste aufgrund der schwierigen Geografie kaum nachvollziehbar. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) in Libyen bietet daher zum Beispiel freiwillige Rückehren in die Herkunftsländer an. Für viele ist das nur leider keine Option; Ihnen bleibt nur der Weg übers Meer. An Bord traf ich Menschen, die schon bis zu sechs Mal versucht hatten, Libyen, einem Land, das sie „Hölle“ nennen, zu entkommen. Sie wurden aber immer wieder zurückgebracht.

Gewalttätige Vorfälle zwischen der libyschen Küstenwache und Seenotretter*innen sind bekannt. Es existiert Filmmaterial davon, wie Einsätze der Libyan Coastguard (LCG) zur vermeintlichen Rettung von Schiffsbrüchigen fahrlässig Leben gefährdeten. Nichtsdestotrotz liegt es mir fern, ein pauschales Schwarz-Weiß-Bild zu zeichnen. Es ist wichtig, die Situation in Libyen zumindest so differenziert zu betrachten, dass europäische Interventionen eine entscheidende Rolle an der aktuellen Lage spielen.

Eine Militäraktion unter führender Beteiligung von Frankreich und Großbritannien stürzte Gaddafis Regierung. Seitdem konnte sich das Land nicht stabilisieren. Heute erzeugen EU-Operationen einen wahnsinnigen Druck, damit die sogenannte libysche Küstenwache effektiv Menschen daran hindert, nach Europa zu kommen. Nun sind sicherlich nicht alle Beteiligten der libyschen Küstenwache brutale Millizen. Einige sind jung und auf der Suche nach Perspektiven, wollen vielleicht Englisch lernen und auch mal eine Zeit außerhalb Libyens verbringen, zum Beispiel in Europa. Das soll keinesfalls die menschenverachtenden Einsätze und die Folter verharmlosen, nur wehre ich mich auch gegen ein zu einseitiges Bild von Menschen aus Libyen. Als wir die Lichter Tripolis' im Nachthimmel leuchten sahen, fragte ich mich, wie das alltägliche Leben dort wohl aussieht. Ob tagsüber ein Souk öffnet wo man Gemüse und Süßigkeiten kaufen kann? Auch in Bürgerkriegskontexten gibt es ja immer ein Stück weit „Normalität“- nur für die Menschen, die sich in Boote setzen, um davor zu fliehen, eben nicht.

Tagebuchschnipsel März 2018: Als Tochter einer deutsch-französischen Familie bin ich Kind Europas. Mit meinem Pass genieße ich Reisefreiheit und allerhand Privilegien. Die Welt steht mir offen, es gibt kaum ein Land, in

das ich nicht reisen könnte. Das Mittelmeer weckt in mir wunderbare Erinnerung an meine Kindheit, an Strände, Klippenspringen, an das pure Leben eben.

Heute ist es für mich unerträglich zu wissen, dass täglich Menschen ihren Tod in dieser blauen Scheinidylle finden. Menschen, die nicht so einfach in andere Länder reisen können. Die Stürme der letzten Tage, die Seekrankheit und die schwierige Situation nagt an uns. Als dann ein Anruf vom MRCC Rom kam - ein Rubber Boat wurde gesichtet - fahren wir auf Höchstgeschwindigkeit zu der Koordinate und werden dennoch von einem rasenden Schiff, der libyschen Küstenwache, überholt. Angekommen, konnten wir nur ein leeres Holzboot entdecken. Ein Wettrennen gegen die Zeit... Aus der Ferne sehen wir Rauchschwaden aufsteigen... Noch ein Pushback und ein verbranntes Schlauchboot. Wie kann die „Küstenwache“ so viel besser ausgestattet sein als wir, frage ich mich, und weiß gleichzeitig schon, dass die europäische Grenzpolitik hier „erfolgreich“ zu sein scheint. Dann die Nachricht vom MRCC Rom, die libysche Küstenwache übernimmt die „Rettungen“ und wir sollen uns fernhalten.

Ich fühle mich ein Stück weit machtlos und es macht mich wütend, dabei zuschauen zu müssen, wie die Menschen wieder dorthin zurückgebracht werden, wo sie um jeden Preis weg wollten.

Der europäische Wohlstand gründet in vielerlei Hinsicht auf Missständen in anderen Ländern. Die Beispiele für europäische Mitverantwortung und damit einhergehende Mitschuld an den Situationen der Herkunftsländer sind zahlreich und reichen von historischem Kolonialgewicht zu aktuellen Lieferketten und Produktionsbedingungen sowie kriegerischen Interventionen, Wirtschafts- und Waffenpolitik, sowie falschverstandener Entwicklungszusammenarbeit. Daraus entsteht eine Verantwortung für die Flucht-/ Migrationsbewegungen, der Europa sich stellen muss. Seenotrettung ist nur das Mindestmaß an Menschlichkeit, es ist Symptombekämpfung; aber diese muss es geben, solange sie Menschenleben rettet. Das schließt nicht aus, an nachhaltigen Lösungen zu arbeiten. Im Gegenteil, es gehört zusammen. Es braucht sichere Einreisewege, humanitäre Visa, aber auch Arbeits-, Studiums- und Freiwilligendienst-Visa, interkulturellen Austausch, gleichberech-

tigte Möglichkeiten zu reisen und die Welt kennenzulernen sowie internationale Zusammenarbeit, die regionale und globale Perspektiven schafft. Nur kurzfristig gedachte Fluchtabwehr, getarnt als Fluchtursachenbekämpfung, hilft langfristig nicht weiter. Menschen werden übers Mittelmeer kommen, solange es dieses Meer und keine sicheren Alternativen gibt. Migration gehört zur Menschheit, sie prägt unsere Vergangenheit, Gegenwart und wird auch unsere Zukunft prägen. Problematisch ist, dass nicht alle Menschen dieselben Möglichkeiten haben, Grenzen zu überqueren. Menschenrechte sind nur auf dem Papier universell und Zugang zu Recht bleibt vielen Menschen verwehrt. In Punkto Migration müssen wir als Menschheit ein Umdenken schaffen, Menschen (auf der Flucht/ in Notsituationen) nicht als Problem verteufeln, sondern als Chance begreifen, uns gegenseitig Hände reichen und Wertschätzung über Ablehnung und Ausgrenzung stellen, Migration als Normalfall anerkennen und als Ressource werten.

An Bord der Rettungsmissionen konnte ich mich mit einigen Menschen unterhalten, zum Beispiel mit einer Studentin aus dem Sudan. Sie hört gern Hip-Hop, so wie ich. Mit ein paar Jungen, so um die 15 Jahre alt, beobachtete ich Delfine und philosophierte über die Welt. Einer sagte zu mir: „Weißt du, was der Unterschied zwischen uns ist... Du bist freiwillig auf diesem Boot. Ich hätte auch gerne die Wahl, anderen helfen zu können“. Warum müssen diese Menschen ihr Leben auf dem Meer riskieren? Wieso schaffen wir es nicht, legale Einreisewege zu schaffen, ein faires Visasystem? Warum können die einen auf demselben Meer Kreuzfahrten machen, während die anderen dort ihr Leben bei der Überfahrt riskieren müssen? Das geht anders und viele zivilgesellschaftliche Vereine liefern bereits diverse konstruktive Ansätze dazu.

Tagebuchschnipsel April 2018: *Ich sitze im Flugzeug nach Malta auf dem Weg zu meiner zweiten Mission im Mittelmeer. Zwei Wochen zu jeder Zeit bereit sein, zwei Wochen Seegang, zwei Wochen ohne Landkontakt, zwei Wochen europäische Grenzpolitik und ihre Konsequenzen. Um mich herum im Flugzeug sitzen gut gelaunte Menschen, sie fliegen in den Urlaub, einige lächeln mich an. Ich will mich für Sie freuen und lächlele gequält zurück. Es betrübt mich. Ein kurzer Blick in die Bordzeitschrift, ein Arti-*

kel wirbt dafür, in Immobilien auf Malta zu investieren, je nach Höhe des Investments bekommt man „gratis“ einen Pass dazu. So kann ein EU-Pass für die ganze Familie erworben werden.

Wir müssen das Narrativ verändern. Menschen eben nicht als generalisiertes kollektives Problem wahrnehmen, sondern als Chance und Ressource begreifen. Mit unserem aktuellen Status quo und menschenfeindlichen, rassistischen Systemen zerstören wir zukünftige Generationen.

Heute weiß ich nicht, ob ich weinen muss, schreien will oder die Wahrheit in diplomatische Päckchen verpacke, in der Hoffnung, dass es so doch endlich einen politischen Ruck gibt. Zum Glück gibt es da das zahlreiche kreative Engagement rund um die Seebrücke und viele andere zivilgesellschaftliche Organisationen, die gemeinsam eine breite Öffentlichkeit für ein so fundamentales Thema schaffen. Diese werden nicht aufgeben, ehe tragbare Lösungen umgesetzt werden. ■

ALINE WATERMANN ist deutsch-französische Politikwissenschaftlerin und ehemalige Mitarbeiterin des Eine Welt Netz NRW sowie der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke. Seit März 2018 hat sie mehrere Missionen im zentralen Mittelmeer, unter anderem für die Vereine Sea Eye und Lifeline, als interkulturelle Mediatorin begleitet.

Spenden:

Mission Lifeline e.V.

IBAN: DE85 8509 0000 2852 2610 08

BIC: GENODEF1DRS

Sea-Eye e.V.

IBAN: DE60 7509 0000 0000 0798 98

BIC: GENODEF1R01

Zivilgesellschaftliche Initiativen für sichere Fluchtwege

Im Sommer 2018 stand die Protestbewegung *Seebrücke. Schaffi sichere Häfen* mit ihrer Forderung nach sicheren Fluchtwegen und einer humanen Aufnahmepraxis von im Mittelmeer geretteten Migrant*innen im Fokus der deutschen Öffentlichkeit. Sie ist jedoch nicht isoliert zu betrachten, sondern steht im Zusammenhang mit einem vielfältigen Engagement für sichere Fluchtwege sowie Praxen konkreter Fluchthilfe. So wurde bereits vor zehn Jahren die Kampagne *Save-Me – Eine Stadt sagt Ja!* initiiert, in der – ausgehend von der gefährlichen Überfahrt von Flüchtenden nach Europa, der Abschottung von Grenzen und der prekären Situation in den Herkunftsregionen – legale Fluchtwege nach Deutschland und ein umfassendes Aufnahmeprogramm gefordert wurden. In den Jahren 2015/2016 entstehen erneut Initiativen, die sich für die staatliche Aufnahme von Geflüchteten einsetzen. Dieses Mal engagieren sich Initiativen wie *50 aus Idomeni* (Osnabrück), *Zuflucht Wendland* oder der Aktionskreis *Hamburg hat Platz* für die Aufnahme von Geflüchteten über das sogenannte Relocation-System. Andere Initiativen, wie der 2015 gegründete Verein *Flüchtlingspaten Syrien*, organisieren den legalen Zugang zum Flüchtlingsschutz über Landesprogramme der Familienzusammenführung, wobei Privatpersonen nahezu alle Kosten der Aufnahme und des Lebensunterhalts übernehmen.

In diesen Beiträgen untersuchen wir Initiativen, die sich in den letzten zehn Jahren durch ihre Forderungen und praktische Hilfe für den Zugang zum Flüchtlingsschutz eingesetzt haben. Dadurch möchten wir zum einen die Bandbreite dieser Initiativen und ihrer gesellschaftlichen Zusammenhänge aufzeigen. Zum anderen möchten wir zu einer Diskussion beitragen, wie Menschen- und Bürgerrechte von Flüchtenden angesichts nahezu geschlossener Wege nach Deutschland geschützt werden können. Darüber hinaus verweisen die Initiativen für sichere Fluchtwege auf das Spannungsverhältnis zwischen internationalen Flüchtlings- und Menschenrechten auf der einen und nationalen Grenzziehungen auf der anderen Seite. Ausgangspunkt ihres Engagements ist das sogenannte Asylparadox. Dieses Paradox besteht darin, dass Flüchtenden einerseits Schutzrechte zustehen, sie aber andererseits - mangels legaler Einreisemöglichkeiten - in den meisten Fällen gezwungen sind auf gefährlichen Wegen illegal Grenzen zu überqueren, um tatsächlich einen Zugang zu diesen Schutzrechten zu erhalten. Damit müssen sie Recht brechen, um zu ihrem Recht zu gelangen.

ENOCK TOUNKARA

Das Mittelmeer ist ein Grab für junge Afrikaner geworden

Gedanken zur europäischen Migrationspolitik

Aus dem Französischen übersetzt und eingeleitet durch Aline Watermann

18

Zivile Seenotrettung und wie wir sie überflüssig machen

Nun gut. Bevor ich irgendetwas beginne zu schreiben, möchte ich zunächst einmal von ganzem Herzen der NGO Lifeline danken, dafür, dass sie mein Leben und das der vielen anderen Personen an Bord gerettet haben. Ihr habt das Leben von vielen jungen Afrikanern, arm aber talentiert, gerettet.

Wir, diese jungen Afrikaner, die aus ihren Heimatländern fliehen, kommen nicht, weil wir Europa so schön finden. Wir fliehen vor den schlechten Regierungen unserer Politiker. Politiker und Diktatoren, die von Europa unterstützt und an der Macht gehalten werden. Wenn Europa also sagt, dass der Migrationsstrom beendet werden muss, ist das heuchlerisch und keinesfalls eine Lösung.

Ihr müsst euch bewusst sein, dass, solange die europäischen Beziehungen in der Logik von France-Afrique bestehen, auch Migrationsströme weiterbestehen. Schließlich werden die Arbeit und die Ressourcen, die eigentlich der afrikanischen Jugend dienen sollten, von europäischen Regierungen und Unternehmen geplündert und kommen somit europäischen Regierungen zugute. Das führte und führt zu Verarmung des afrikanischen Kontinents. Die koloniale Logik und Ausbeutung Afrikas ist weit davon entfernt, beendet zu sein.

Ihr sollt wissen, dass Wir, diese jungen Afrikaner, durch die Hölle gehen, um nach Europa zu gelangen. Und das tun wir nicht, weil wir denken, Europa ist so wunderschön, sondern weil wir keine Wahl haben. Einmal angelangt, werden wir abgelehnt, sind mit Rassismus, Diskriminierung und Verwahrlosung konfrontiert. Aus unserer Hoffnung wird Verzweiflung.

Das Geld, das Europa in Libyen investiert, um die Migrationsströme abzuschaffen, sollte dafür genutzt werden, sich um die Migrant*innen zu kümmern, die es nach Europa geschafft haben. Die Libyer sind schließlich diejenigen, die an dem Handel mit uns verdienen und Menschenrechte verachten. Schaut euch doch das Mittelmeer an; Es ist ein Grab für junge Afrikaner geworden. Und seid euch bewusst, viele dieser Afrikaner waren talentiert, haben studiert, hatten Ausbildung und Berufe.

Denkt nicht, dass wir eine Gefahr für die Gesellschaft sind! Es ist ganz im Gegenteil: Wir sind ein Gewinn!

¹⁾ France-Afrique beschreibt die koloniale Kontinuität, die die Beziehung prägt, die Frankreich zu den ehemaligen Kolonien, nachdem offiziell die Unabhängigkeit erklärt wurde, aufrechterhält. Unter Charles de Gaulle und den nachfolgenden französischen Regierung sind seit den 1950er Jahren zahlreiche Geheimaffären öffentlich geworden, in denen Machthaber unterstützt, die Autonomie über die Währungspolitik nicht anerkannt und auf verschiedenste Weise nach wie vor großer Druck und Einfluss auf afrikanische Länder ausgeübt wurde, sodass eine echte Autonomie und Souveränität in Frage gestellt werden kann.

Denkt nicht, dass wir eine Gefahr für die Gesellschaft sind! Es ist ganz im Gegenteil: Wir sind ein Gewinn!



Denkt zum Beispiel an Mamadou Gassama in Paris, der sein eigenes Leben riskiert hat, um ein Kind davor zu retten, aus einem Hochhaus zu fallen. Wir jungen Afrikaner zahlen Steuern, wenn wir arbeiten, und wir schaffen auch Arbeitsplätze, zum Beispiel für Erzieher, Sozialarbeiter und Anwälte. Das alles ist im Interesse Europas und stärkt die europäische Wirtschaft. Die italienische Wirtschaft beispielweise wäre nichts ohne Immigration. Auf ihren Plantagen schufteten junge Afrikaner wie Sklaven unter schrecklichen Umständen. Denkt daran, wenn ihr Tomaten und andere Produkte im Supermarkt kauft und euch über Migration beschwert. ■

ENOCK TOUNKARA hat im Juni seinen 18. Geburtstag gefeiert. Seit Ende August 2018 wohnt er in Irland. Dort spielt er leidenschaftlich Basketball. Mit seinem Team konnte er bereits Preise gewinnen. Er spricht 7 Sprachen; ein wenig Arabisch, Bambara, Englisch, Französisch, Kissi, Malinké und Soussou. Zurzeit widmet er sich der Schule und verbessert sein Englisch. Nächstes Jahr möchte er mit dem Studium der Elektrotechnik beginnen. Außerdem interessiert er sich für Dokumentarfilme und hat eine Fortbildung zum Rettungssanitäter gemacht. Aufgewachsen ist er in Conakry, der Hauptstadt von Guinea, bevor er im Juni 2018 die Fahrt übers Mittelmeer von Libyen auf sich genommen hat. Bei der Überfahrt hat die NGO Lifeline das Schlauchboot, in dem er saß, aufgespürt. Gemeinsam mit 235 weiteren Personen musste er sechs Tage an Bord ausharren und durfte nicht an Land gehen.

Interview mit **LAMINE S.**

Ich dachte, ich würde sterben.

Das Interview wurde am 16. Februar 2019 auf Englisch und Italienisch geführt.

Interview, Übersetzung, biografische Angaben und Nachbemerkung von Svenja Bloom.

20

Zivile Seenotrettung und wie wir sie überflüssig machen

LAMINE S., 27, stammt aus einer Kleinstadt im Südosten des Senegal, wo er bis zum Ende seiner Grundschulzeit mit seinen Eltern und fünf Geschwistern in ärmlichen Verhältnissen lebte. Als erster in der Familie bekam er die Chance, eine weiterführende Schule und später die Universität in der Hauptstadt Dakar zu besuchen. Während des Philosophiestudiums erlebte er, wie viele seiner Freund*innen trotz sehr guter Universitätsabschlüsse keine Arbeit fanden. „Alles läuft nur über Verbindungen und Korruption“, sagt er. Sein Vater arbeitet als Tischler, seine Mutter auf Reisfeldern; durch den Mangel an Kontakten hätte Lamine bestenfalls zu einem sehr geringen Lohn als Grundschullehrer arbeiten können. Um dies zu umgehen, bewarb er sich auf Studienplätze in Kanada. An der Universität Quebec wurde er zwei Jahre in Folge angenommen, seine Visumsanträge jedoch beide Male abgelehnt. Während Tausende junger Europäer*innen jedes Jahr aufbrechen, um im Ausland zu studieren, wird dies jungen Afrikaner*innen meist aufgrund ihrer finanziellen Situation oder wegen eines unterstellten mangelnden Rückkehrwillens verwehrt. Lamine scheiterte an beidem. „Wenn ich so viel Geld hätte, wie Kanada von mir für das Visum verlangte, würde ich nicht ins Ausland gehen, sondern in meinem Land bleiben und mein eigenes soziales Unternehmen starten. Ein Studium im Ausland können sich so nur die Superreichen leisten.“ Frustriert kratzte er den Rest seines Studienstipendiums und das wenige Ersparte zusammen und machte sich auf den Weg nach Europa, ohne eine Vorstellung der Verhältnisse auf der Fluchtroute oder nach der Ankunft zu haben.

Welche Vorstellungen hattest du von Europa?

Ich dachte, die Menschen in Europa und vor allem in Italien seien sehr konservativ und religiös. Das hat sich nach meiner Ankunft schnell geändert; die meisten Europäer*innen glauben an gar nichts. Dabei sind Rom und der Papst ja in Italien, da müssten die Leute doch toleranter und mitfühlender sein, aber das ist nicht wahr. Ich wollte auch eigentlich nicht in Italien bleiben, sondern lieber nach Nordeuropa; Deutschland oder Norwegen vielleicht. Ich wusste, dass es dort gute Universitäten und viele Jobs gibt. Außerdem habe ich gehofft, dass es dort nicht so viele Migrant*innen und damit weniger Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt gibt, einfach, weil es da kalt ist (lacht). Frankreich war irgendwie auch noch eine Idee, ich spreche ja Französisch. Aber einen richtigen Plan hatte ich nicht, ich wollte nur weg und eigentlich nach Kanada.

Wie hast du den Entschluss gefasst, nach Europa aufzubrechen?

Eines Tages, kurz nachdem mein Visum für Kanada wieder abgelehnt wurde, saß ich vor meinem Computer und bekam eine Facebooknachricht von einem Bekannten, der nun in Italien lebte. Er berichtete mir oberflächlich von Italien und ich sah in seinem Profil viele schöne Fotos von ihm und seinem neuen Leben. Ich erzählte ihm von meinen geplatzten Kanadaplänen und fragte, wie er ein Visum bekommen hatte, woraufhin er sagte, er sei einfach illegal nach Italien gereist. Da dachte ich, ich könnte das auch machen und dann vielleicht auch versuchen, von Europa aus ein Visum für Kanada zu bekommen. Von dort musste das leichter gehen, weil es ja nicht Afrika ist. Ein paar Tage später bin ich zu meinen Eltern aufs Land gefahren und habe mit meiner Mutter über meine Pläne gesprochen. Sie hat mich darin bestärkt, den Senegal zu verlassen, um eine bessere Perspektive zu haben. Am 26. Mai 2016 bin ich

nach Mali aufgebrochen; mit dem Taxi zur Grenze und von dort weiter mit dem Bus. Wir waren zu viert unterwegs, aber die Flucht beginnt sowieso erstmal sehr einfach. Man trifft in Mali viele Menschen, die einem weiterhelfen und Informationen geben. Das war gut für mich, denn als ich mein Land verließ, war ich sehr, sehr naiv. Ich wusste nichts über die Reise, ich wusste nichts über mein Ziel.

Hast du deinen Bekannten in Italien nochmal nach Tipps gefragt?

Nein, er hat mir auch nur sehr wenig erzählt. Unser Kontakt war nur über Facebook, und er kann nicht so gut schreiben, deshalb war das schwierig. Auch die Technik im Senegal war noch nicht so gut entwickelt wie heute, sodass wir nicht telefonieren konnten. Ich dachte aber sowieso, ich schaffe das alleine.

Wie ging es dann weiter?

In Mali habe ich die erste Etappe der Flucht „gebucht“, zunächst einmal bis Agadez in Niger. Deshalb fuhr ich als nächstes nach Burkina Faso. Auf der Fahrt stehen alle paar Kilometer Polizisten, die einen nach Geld fragen. Meist wollen sie um die 10€ und so kommt dann eine Menge zusammen. Einmal schliefen wir elf Tage lang im Freien vor einer Polizeistation irgendwo in Burkina Faso, weil die Polizisten unser Auto festhielten, bis wir das von ihnen verlangte Geld zusammenhatten, um es wieder freizukaufen. Danach fuhren wir weiter in den Niger. Dort wurde es noch schlimmer mit den Polizisten: an jeder Ecke halten sie einen an und fragen nach Geld. Wenn du nicht bezahlen kannst, sperren sie dich in eine Zelle. Dort ist es extrem heiß und sie schlagen dich so lange, bis du zahlst. Wenn du Pech hast, ist dein Auto dann schon weitergefahren und du hast deine Transportmöglichkeit verpasst. An jeder dieser Stationen haben wir mindestens einen Menschen zurückgelassen und ich weiß nicht, was mit ihnen passiert ist. Die Polizisten dort sind Räuber, sie stehlen dein Geld, dein Handy, alles. Für die ist die Flucht ein Business. Sie verkaufen dir auch Dokumente, die du angeblich brauchst, z.B. Gesundheitszeugnisse für 20 €. In diesem Moment sind die Feinde der Afrikaner die Afrikaner selbst.

Nach Agadez wurde es wirklich schlimm. Ich sagte ja, ich war naiv: Ich wusste nicht, dass man durch die Wüste muss, um nach Europa zu kommen. Nach der ewig langen Reise bis Agadez wurde mir dort gesagt, ich solle 20 Liter Wasser kaufen, damit ich in der Wüste nicht verdurstete. Das habe ich natürlich gemacht, obwohl ich große Angst hatte. Am ersten Tag des Ramadans sind wir aufgebrochen. Wir waren erst zwei Tage unterwegs, als jemand den Benzinschlauch nahm und ihn zum Trinken in mein Wasser steckte. Aus einem Zwanzig-Liter-Kanister kann man ja nicht ohne weiteres trinken, aber dadurch kam viel Benzin in mein Wasser und ich wurde wirklich krank. Drei Tage

lang konnte ich nicht essen oder laufen, weil ich so starke Schmerzen hatte. Ich dachte, ich würde sterben. Jedes Mal, wenn das Auto sich im Wüstensand festgefahren hatte, zwangen uns die Fahrer, alle auszusteigen und zu schieben. Ich war so krank, dass ich das eigentlich nicht konnte, aber, wenn man nicht ausstieg, schlugen sie einen mit den Schläuchen, und so blieb mir nichts Anderes übrig. Am ersten Tag in Libyen konnte ich mich vor Schmerzen nicht mehr halten und wurde ohnmächtig, wodurch ich aus dem Auto fiel. Zum Glück hielten sie an und jemand spritzte mir Wasser ins Gesicht. Ich wachte wieder auf und stieg zurück auf das Auto.

Nach knapp einer Woche kamen wir in einem Dorf in Libyen an, wo wir drei Wochen blieben. In dieser Zeit wurde der Verantwortliche für unsere Gruppe, ein Senegalese namens Lamine Drame, ermordet. Die Libyer verkaufen Schwarze als Sklaven. Er hatte versucht, ein paar Menschen zu befreien, dafür wurde er dann einfach ohne jede Diskussion erschossen. Danach haben sie seinen Leichnam zur senegalesischen Botschaft gebracht. Ich weiß nicht, was mit ihm passiert ist.

Eine Woche danach haben wir nochmal Geld bezahlt, um nach Sabha zu fahren. Wir mussten uns eng gedrängt auf die Ladefläche eines Pickups legen und wurden dann mit Plastikplanen bedeckt, damit uns die Rebellen und das Militär nicht entdeckten. Auch hier war ich sicher, ich würde sterben. Bei der Hitze lagen wir eng aneinandergedrängt unter einer luftdichten Plane! Aber wir kamen an und fuhren schließlich von Sabha weiter nach Norden. Meistens fuhren wir nur nachts, deshalb dauerte die Fahrt länger. Einmal, als der Pickup im Sand auf einem Hügel stecken blieb und wir wieder runterspringen und schieben mussten, stolperte ich und das Auto fuhr über meinen Kopf. Ich hatte großes Glück, dass der Sand so weich war, sonst wäre ich wohl gestorben. Ich war kurz benommen, dann bin ich wieder aufgewacht und zum Glück noch schnell genug zum Wagen gerannt. Sie hätten mich einfach in der Wüste liegen gelassen, wenn ich es nicht mehr selbst geschafft hätte. Wir wurden dann in Beni Ulid in ein Gefängnis gebracht. Es gab nur einen kleinen Raum für uns, ohne Toiletten oder Waschgelegenheiten. Wir wurden gehalten wie Tiere. Viele Leute starben dort. Nach einer Woche wurde unsere Gruppe, mittlerweile mit einem neuen Verantwortlichen, abends zusammengerufen und nach Tripolis gebracht, in den Stadtteil Colombia. Dort „lebten“ wir in einem sehr alten Haus, das wir nicht verlassen durften, ohne Geld zu zahlen. Alle in Libyen beuten die Migrant*innen aus. Selbst die Geldwechsler: Wenn du libysches Geld brauchst, tauschen sie es zu einem sehr schlechten Kurs und zwingen dich dann noch, deine Verwandten zu beauftragen, mehr Geld zu Freund*innen und Verwandten von ihnen im Ausland zu schicken, weil libysches Geld wegen der internationalen Sanktionen das Land nicht mehr verlassen darf.

Wir aßen wochenlang nur Brot und Joghurt, mehr konnten wir nicht kaufen. Manchmal gab es auch tagelang gar nichts. Einmal kam der Vermieter des Hauses und schickte uns alle raus, weil unser Gruppenverantwortlicher die Miete nicht gezahlt hatte. Ein paar Stunden warteten wir draußen, dann hatte er bezahlt und wir durften wieder rein. Nach knapp einem Monat wurden wir wieder verlegt, in die Nähe des Mittelmeeres. Wir wurden in einen fensterlosen Raum gesperrt, nur zwei oder drei von uns durften ab und zu raus, um Essen für alle zu kaufen. In der Zelle war es unglaublich dreckig: Es gab für mehrere hundert Menschen nur zwei Toiletten, jeder hatte nur eine Garnitur Kleidung. Es gab wegen der schlechten hygienischen Verhältnisse viele Insekten, die Krankheiten übertragen. Sie beißen dich, legen Eier unter deiner Haut und nach ein paar Tagen kannst du dich nicht mehr richtig bewegen. Ich wurde auch krank. Sehr krank. Ich konnte mich nicht mehr bewegen, nicht essen, meine Durchblutung war sehr schlecht. Ich hatte zwei Wochen lang hohes Fieber. Bis heute habe ich noch Schmerzen in meiner Bauchgegend. Um die Insekten loszuwerden, kochte ich jeden Tag meine Kleidung aus und musste nackt warten, bis ich sie wieder tragen konnte. Ein Freund namens Ousman half mir, ohne ihn hätte ich nicht überlebt. Wir hatten keine Medikamente, aber er besorgte Drogen, mit denen ich wenigstens nachts schlafen konnte. Er machte mir jede Nacht Wadenwickel und massierte mich, um meine Durchblutung anzukurbeln. Ganz langsam ging es mir wieder besser und ich konnte wieder laufen. Insgesamt dauerte das ca. einen Monat, aber ich war noch länger an diesem schrecklichen Ort.

Die Libyer dort, die Aufseher, hatten großen Spaß daran, uns zu quälen. Sie schlugen uns, sobald wir irgendwie auf fielen. Vor allem die Nigerianer wurden immer wieder gefoltert, weil sie sich nicht unterordneten. Jede Nacht holten die Libyer die Frauen und vergewaltigten sie. Wer nein sagte, wurde geschlagen, man konnte sich nicht wehren. Irgendwann wurden drei meiner Freunde und ich abgeholt. Wir sollten ein Boot fertigstellen: ein einfaches Plastikboot mit Holzgerüst. Wir arbeiteten die ganze Nacht daran, bevor wir es ans Meer brachten. Das Boot war ca. 10 Meter lang und 2 Meter breit.

96 Weiße und 11 Schwarze¹⁾ fuhren mit. Die Weißen waren aus Bangladesch. Ein Mann aus Gambia wusste, wie man so ein Boot fährt, er übernahm dann das Steuer. Los ging es als der Muezzin das erste Mal rief, also so ca. um 5 morgens.

Wir fuhren langsam. Sobald wir schnell fuhren, kam Wasser ins Boot. Nach 4-5 Stunden sahen wir einen Helikopter und kurz darauf ein Rettungsschiff. Ich nahm eines der beiden Telefone, die wir dabei hatten, und rief Ousman an, der noch in Libyen war. Ich sagte ihm, dass wir es

geschafft hatten. Die Leute auf dem Rettungsschiff gaben uns Rettungswesten und nahmen uns auf. Es war eine deutsche Rettungsorganisation, aber ich erinnere mich nicht mehr an den Namen. Ich weiß noch, dass die Menschen auf dem Boot sehr groß und sehr weiß waren. Sie behandelten uns gut und gaben uns auch etwas zu essen. Wir wurden dann an die italienische Küstenwache übergeben und brauchten noch knapp einen Tag, bis wir in Sizilien ankamen. Dort bekamen wir Äpfel und Brot und zwei Tage später wurde ich nach Bologna geschickt, wo ich in ein Aufnahmezentrum kam, dass sich wieder wie ein Gefängnis anfühlte. Wir durften zwei Wochen lang nicht raus, bekamen ein Armband zur Identifikation und am Ende mussten wir unsere Fingerabdrücke abgeben und konnten Asyl beantragen. Ein wenig später wurde ich in die Flüchtlingsunterkunft geschickt, in der ich heute noch lebe.

Wieviel hast du insgesamt für deine Reise bezahlt?
Ich weiß es nicht ganz genau, ich schätze es waren ungefähr 1000-1500 €. Am Ende musste ich mir noch Geld von meinen Eltern leihen, weil ich in Libyen festsaß. Andere bezahlen wesentlich mehr als ich, aber trotzdem hätte ich davon bequem fliegen können.

Was denkst du über die Migrationsdebatte in Europa?
Die Leute sagen immer: Die Flüchtlinge müssen ja nicht herkommen, keiner zwingt sie auf die Boote. Sie denken aber gar nicht daran, warum die Menschen fliehen. Natürlich kommen nicht alle aus Ländern mit Kriegen oder Terror, Senegal oder Gambia zum Beispiel. Aber die Europäer*innen beuten unsere Länder und unsere Menschen aus. Sie wollen den Reichtum in Europa behalten. Wenn die Politiker*innen wirklich wollen, dass wir nicht mehr herkommen, müssen sie aufhören, afrikanische Ressourcen für sich zu nutzen. Wenn sie sagen, sie könnten Afrika helfen, dann nicht nur für eine Agenda oder ein Projekt. Sie müssen sich die junge Generation ansehen und mit ihnen zusammenarbeiten. Wirklich zusammenarbeiten, nicht nur ausnutzen.

Außerdem braucht es die Möglichkeit zu reisen. Wenn die Visapolitik nicht so strikt wäre, müssten wir nicht auf der Flucht sterben. Die Leute kommen sowieso, da kann man es auch gleich einfacher machen. Europäer*innen dürfen doch auch legal nach Afrika reisen. Ja, die Afrikaner*innen sind arm, aber vor allem, weil ihr uns ausbeutet.

Wenn ich ein bisschen Geld hätte, könnte ich zurück in den Senegal gehen, um dort nachhaltige Projekte anzugehen, damit junge Menschen nicht mehr nach Europa müssen. Ich habe viele Ideen, aber mir fehlen die Ressourcen. Meine Regierung unterstützt mich nicht und so geht es vielen bei uns.

¹⁾ Schwarz und Weiß sind konstruierte Kategorien und können in diesem Kontext daher auch großgeschrieben werden.



Wenn jemand aus deiner Familie oder von deinen Freunden nach Europa will, was sagst du ihnen?

Ich habe im Januar meinen besten Freund Kaussu, den ich seit meiner Kindheit kannte, an das Meer verloren. Er hat einige Jahre in Algerien gelebt, bis er dort ausgewiesen wurde. Ich habe ihm gesagt, er solle es bloß nicht über Libyen versuchen, sondern am besten wieder zurück in den Senegal gehen und warten, bis ich Geld schicken kann, damit wir zusammen ein Unternehmen gründen können. Aber er hat nicht auf mich gehört. Ich verstehe das gut, er hat ja gesehen, dass ich angekommen bin und es mir hier offenbar gut geht. Also hat er es über Marokko versucht und ist ertrunken.

Ich rate immer allen, es über ein Visum zu versuchen und, wenn das nicht klappt, lieber zuhause zu bleiben. Aber das Problem ist auch: Für die Beantragung eines Visums muss man viel Geld bezahlen, das man nicht wiederbekommt, wenn der Antrag abgelehnt wird. Viele nehmen das Geld lieber und versuchen es gleich illegal, weil die Chance so gering ist, dass es legal klappt.

Aber die Flucht und das Leben in Europa sind es nicht wert. Natürlich sende ich auch falsche Informationen aus. Wenn ich zum Beispiel Selfies mache und bei Facebook poste, sehe ich darauf glücklich aus und bin an schönen Orten. Die Menschen zuhause denken dann, ich hätte Geld und es würde mir gut gehen, aber das stimmt natür-

lich nicht. Manchmal habe ich nicht mal genug Geld für etwas Richtiges zu essen.

Ich weiß auch nicht, wie man damit umgehen sollen.

La vita è così. ■

LAMINE hat zwei Wochen nach diesem Interview einen positiven Asylbescheid bekommen und darf nun in Italien bleiben. In den nächsten Monaten beendet er seine Ausbildung zum Pflegeassistenten und kann dann, nach drei Jahren in der Warteschleife, endlich sein Leben weiterplanen. Neben der Ausbildung engagiert er sich in verschiedenen Projekten und hat große Ambitionen, Dokumentarfilmer zu werden. Einen Kurs dazu hat er schon besucht. Wer Lust hat, ihn bei seinen Projekten zu unterstützen, ist herzlich eingeladen, sich beim Eine Welt Netz NRW zu melden.



© Hermine Poschmann

Interview mit **Claus-Peter Reisch**

Es geht um Menschenleben! Darüber kann man nicht diskutieren.

Das Interview wurde am 12. März 2019 geführt.

Interview, Nachbemerkung und biografische Angaben von Svenja Bloom.

Herr Reisch, momentan wird ja sehr viel über sie berichtet. Die taz nannte sie einen ‚Kapitän mit Mission‘, die Süddeutsche den ‚Lebensretter aus Landsberg‘. Wie sind Sie dazu gekommen, sich so zu engagieren?

Sie dazu gekommen, sich so zu engagieren?

Claus-Peter Reisch: Ich habe ein eigenes Boot und bin 2015 damit von Sardinien nach Griechenland gesegelt. An der italienischen Südküste konnte man in den Häfen alte, abgewrackte Boote sehen, mit denen damals Menschen über das Meer gekommen sind. Diese Boote, ihr Zustand und auch was da noch so zurückgelassen wurde - Flip-Flops, Wasserflaschen, Kinderspielzeug - haben mich sehr beeindruckt. Man kann sich gar nicht vorstellen, dass man mit sowas überhaupt aufs Meer rausfährt.

Wir haben uns dann überlegt: Was macht man da, wenn man auf hoher See zufällig auf so ein Boot trifft? Mit einem Sportboot ist man eigentlich nur für die Crew ausgerüstet, da kann man nicht helfen. 2016 gab es bereits die Diskussion um Seenotrettung. Oder soll man es lassen?

Ich habe mir dann gesagt: Das kann doch nicht sein, dass in dem Meer, in dem wir unseren Badeurlaub machen, Menschen ertrinken. Nicht nur einzelne, sondern tausende; deshalb habe ich mich dann bei zwei Organisationen beworben und bin insgesamt sechs Missionen gefahren. Gerade weil ich so ein konservativer Mensch bin, bin ich der Meinung, dass man diese Leute – wie man in Bayern sagt – nicht einfach ersaufen lassen kann. Dieses Weg-

schaufen der Politik hat mich damals schon sehr gestört. Die privaten Seenotretter kamen 2015 auf den Plan, als Mare Nostrum mehr oder weniger ersatzlos eingestellt wurde. Man muss sich vor Augen halten: Die Italiener haben bis dahin Großartiges geleistet und viele Leute gerettet. Das waren sehr engagierte Menschen auf diesen Schiffen, aber man lässt sie jetzt nicht mehr.

Würden Sie es denn begrüßen, wenn es wieder eine staatliche Seenotrettung gäbe? Wie müsste so etwas aussehen?

Ja, natürlich. Es kann nicht sein, dass die Zivilgesellschaft einspringen muss, wo die Regierungen versagen oder einfach nicht wollen. Unser Handeln ist eine Art ziviler Ungehorsam. Wir lassen es einfach nicht zu, oder versuchen es nicht zuzulassen, dass dort Menschen sterben. Man kann über Flüchtlinge und das Recht auf Flucht denken wie man will, aber per se ist erstmal kein Mensch illegal.

Menschen ertrinken zu lassen, um andere von der Flucht abzuschrecken, ist völlig falsch.

Wie läuft so eine Rettungsmission normalerweise ab? Unser Rettungsschiff, die Lifeline, ist so eine Art Schweizer Messer. Es ist nur 32m lang, aber wir haben 800 Rettungswesten dabei; 250 Menschen können wir in Rettungsinseln setzen, zur Not können wir maximal 450 auf Deck aufnehmen. Dann sind wir aber natürlich in unseren Möglichkeiten zu fahren und diese Menschen zu verköstigen stark eingeschränkt. Mit 235 haben wir ja aber bewiesen, dass das alles machbar ist. Wir haben ein Krankenhaus mit drei Behandlungsplätzen, an zweien können wir sogar beatmen. Wir haben ein Ultraschallgerät. Wir haben zwei Einsatzschlauchboote.

Momentan ist unser Schiff festgesetzt und wir dürfen nicht rausfahren. Aber normalerweise läuft so eine Mission folgendermaßen ab: über Radar oder per Beobachtung – vier aus unserer Crew sind eigentlich permanent im Ausguck – halten wir Ausschau nach Flüchtlingsbooten, oder wir bekommen eine Meldung von der Seenotleitzentrale. Das war früher zumindest so, aber ich bezweifle, dass sie das jetzt noch machen. Salvini hat da seine Finger im Spiel. Dann fahren wir an den besagten Ort und setzen unser Einsatzschlauchboot ins Wasser, mit dem wir dann zu dem Flüchtlingsboot fahren und die Leute beruhigen. Wir erklären ihnen, dass wir nicht aus Libyen kommen und sie dorthin auch nicht zurückbringen werden. Die Menschen sind oftmals panisch. Zum Teil versuchen sie vor uns wegzufahren, weil sie denken, wir bringen sie zurück nach Libyen. Sie sind traumatisiert und haben große Angst. Wenn die Situation geklärt ist, bekommt erstmal jede/r eine Rettungsweste. Falls dem Schlauchboot etwas passiert, schwimmen sie dann halt im Wasser und wir können sie einsammeln.

Dann stellen wir fest, wie viele Personen und insbesondere Kinder, Jugendliche und Frauen darauf sind. Das ist für uns sehr wichtig, vor allem wegen des Gesundheitszustands. Viele Frauen sind schwanger, deshalb ist es wichtig, dass wir die und die Kinder zuerst rausnehmen, damit sie schon mal in Sicherheit sind und auch von unserem Arzt angeschaut werden können. Dann benachrichtigen wir die Seenotleitstelle in Rom. Mit denen arbeiten wir natürlich zusammen und melden, dass wir ein Boot entdeckt haben und wie viele Personen – Frauen, Kinder, Verletzte – sich darauf befinden. Anhand des Zustands des Bootes entscheiden wir dann, was wir machen. Entweder wir lassen die Leute im Schlauchboot, bis eine größere Einheit kommt und wir sie dahin transferieren können, oder wir nehmen sie aus Sicherheitsgründen zu uns an Bord. Dort werden erstmal die medizinischen Fälle versorgt und alle bekommen etwas zu trinken. Viele sind stark dehydriert, weil sie schon den ganzen Tag oder auch zwei auf diesem Schlauchboot saßen, ohne etwas zu trinken. In den ersten zwei Tagen ist der Wasserbedarf enorm, das kann man sich kaum vorstellen. Die Menschen bekommen in libyschen Lagern oft nur einen Liter Wasser am Tag und bei uns können sie sich am Wasserhahn so viel holen, wie sie wollen. Manche gehen gar nicht mehr vom Wasserhahn weg. Medizinische Notfälle lassen wir notfalls mit dem Hubschrauber holen.

Wir versuchen dann natürlich, ein größeres Schiff für den Transfer herzubekommen, da wir die Menschen eigentlich nicht fahren wollen. Wir sehen uns eher als eine Art Notarzt. Die Menschen wegzufahren bedeutet immer, aus dem Einzugsgebiet abzuziehen, was ja auch das ist, was Politik in der letzten Zeit immer gemacht hat. Man lässt die Seenotrettungsorganisationen absichtlich möglichst weit fahren. 750 Meilen bis nach Spanien zum Beispiel, das kostet unglaublich viel Treibstoff, ist nicht bei jedem Wetter möglich und bindet das Rettungsschiff als Fähre an einen Punkt, wo es eigentlich nicht hinwill. **Wir gehören ins Einsatzgebiet zum Menschenretten; wir sind kein Bus, der die Leute fährt.** Damit blutet man die NGOs aus. Die Leute auf dem Rettungsschiff sind oft noch jung, studieren oder machen eine Ausbildung. Die haben sich das Geld für den Flug irgendwie zusammengespart – wir bezahlen die ja fast immer selber – und dann bringt man sie so ans Limit. Manche Arbeitgeber haben auch wenig Verständnis dafür, dass jemand seinen „Urlaub“ einfach so um eine Woche verlängert.

Was sind das für Menschen, die sie da retten? Haben Sie die Gelegenheit, sich mal zu unterhalten?

In der Regel eher weniger. Unsere Crew besteht nur aus 18 Personen und ein Teil davon schläft immer, weil wir im drei-Schicht-Betrieb durcharbeiten. Der Rest ist mit Küche, Maschinenraum, medizinischer Betreuung und der nautischen Arbeit gut ausgelastet.

Meist lassen wir die Leute nicht ins Schiffsinnere. Wenn wir einen reinlassen, müssen wir die 200 anderen auch reinlassen, deshalb geht das nicht. Das hat nichts damit zu tun, dass wir den Menschen nicht trauen, ganz im Gegenteil, aber wir können es einfach nicht leisten, alle mal rumzuführen und uns mit jedem in Ruhe zu unterhalten. Nicht weil wir nicht wollen, sondern weil wir es nicht schaffen. Im Regelfall sind die Leute weniger als 24 Stunden auf dem Schiff. Da findet schon das ein oder andere Gespräch statt, aber man kann ja auch nicht mal Adressen oder Telefonnummern austauschen, weil die Leute ja keine haben. Wenn wir die Gelegenheit für ein Gespräch haben, erfahren wir oft haarsträubende Geschichten aus den Lagern in Libyen. Das, was man da hört, hält man erstmal für nicht möglich oder nicht wahr. Vergewaltigungen, Folter, Sklavenmärkte in Tripolis usw. Aber es ist die Wahrheit. Aus vielen Gesprächen bildet sich da ein furchtbares Gesamtbild, das man nicht mehr vergisst. Die Leute sehen auch entsprechend aus: wir sehen ja immer die Verletzungen in unserem Schiffskrankenhaus. Die Männer haben schlimme Verletzungen von Schlägen und Verbrühungen, das ist irre. Und trotzdem will man da jetzt noch einen Stacheldrahtzaun hochziehen, damit keiner mehr rauskommt.

Wenn ich die Gelegenheit habe, dann unterhalte ich mich. Von diesen sechs Tagen im Juni 2018 ist mir jemand im Gedächtnis geblieben: er kommt aus Bangladesch und wollte eigentlich nur nach Hause und nicht nach Europa. Er hatte in der Ölbranche in Libyen gearbeitet, aber für ihn gab es faktisch keinen Weg zurück mehr. Es geht nur über Europa raus aus Libyen. Das fand ich sehr bemerkenswert. Es gibt auch diese Geschichten von Menschen, die zum Beispiel aus dem Senegal, Somalia oder Eritrea weite Strecken zu Fuß zurückgelegt haben. Das sind ja unglaublich weite Wege bis nach Libyen, die sind oft über ein Jahr unterwegs. Wenn die davon erzählen, was ihnen unterwegs passiert ist, denkt man, dass das nicht wahr sein kann.

Wissen Sie, was aus den Leuten, die Sie im Juni 2018 gerettet haben, geworden ist?

Von den 235, die wir nach Malta gebracht haben, sind noch 82 dort, das ist zumindest mein aktueller Stand. Wir betreuen die Leute auch noch, weil wir ja gerade dadurch, dass das Schiff noch festgesetzt ist, nicht viel zu tun haben. Im Winter haben wir aus einer Spende Decken gekauft und versuchen auch, zu unterstützen und zu dolmetschen, vor allem wenn es um Arbeitssuche geht. Auf Malta bekommen die Leute, anders als in Deutschland, eine Arbeitserlaubnis. Deshalb haben wir kleine Videos gedreht, in denen wir die Menschen vorstellen - auch für die Arbeitgeber, damit sie aus den Camps wegkommen. Die Menschen, die Malta verlassen konnten, sind nach Portugal, Irland, Luxemburg, Spanien, Frankreich und Belgien gekommen. In Deutschland ist leider keiner gelandet.

Im Juni 2018 haben Sie vor allem Horst Seehofer für seine Haltung zur Seenotrettung stark kritisiert. Wie beurteilen Sie die aktuelle deutsche Migrationspolitik?

Auch nicht besser als damals. Einerseits brauchen wir dringend Arbeitskräfte, auf der anderen Seite werfen wir integrationswillige und auch schon integrierte Menschen aus dem Land. Ich habe nichts dagegen, wenn man Leute, die kriminell werden, abschiebt. Das würde auch die Negativargumentation gegenüber den Flüchtlingen abmildern. Die meisten dieser Menschen sind überhaupt nicht kriminell, ganz im Gegenteil. Die würden gerne arbeiten und eine Ausbildung machen. Vor allem in der Pflege, im Handwerk oder in der Industrie brauchen wir diese Menschen. Auszubildende abzuschicken ist - selbst wenn man die menschliche Komponente ignoriert - völlig irrsinnig, wenn man bedenkt, wie viel Geld vorher in diese Leute investiert wurde. Statt daran etwas zu ändern, machen wir jetzt Einwanderungsgesetz, das zur Folge hat, dass es in diesen Ländern auch noch einen Brain-Drain geben wird. Ich halte das für komplett verkehrt und volkswirtschaftlichen Unfug.

Außerdem ist es doch Quatsch, Leute in Ankerzentren zu sperren, bis sie aggressiv werden und dann mit dem Finger auf sie zu zeigen und zu sagen, alle Flüchtlinge seien kriminell. Mit so vielen Leuten auf kleinem Raum eingesperrt würde jeder aggressiv werden.

Nach wie vor ist für mich auch ein wichtiger Punkt, dass man die Fluchtursachen bekämpft. Die werden zu einem guten Teil in der sogenannten ersten Welt ausgelöst. **Man kann diese Länder nicht ausdrücken wie eine Zitrone und sich dann wundern, dass die Menschen bei uns an der Tür klingeln.**

Welche Erfahrungen haben Sie mit der libyschen Küstenwache gemacht?

Wir haben die auf dem Funk mitgehört und ein Gespräch mitgeschnitten, in dem sie sagten: „Helper helper, I kill you!“. Die libysche Küstenwache wird mit einer unglaublichen Menge europäischer Steuergelder finanziert. Wobei man da auch sehen muss, dass das Geld an die sogenannte Zentral- oder Einheitsregierung geht. Die kontrolliert aber nur Dreiviertel vom Stadtgebiet von Tripolis. Dreiviertel! Das ist doch ein Witz. Libyen ist riesig! Ein Großteil derer, die da als „libysche Küstenwache“ rumfahren, ist gar keine Küstenwache. Das ist irgendeine Miliz, auf deren Boot „Libyan Coastguard“ steht. Die schrauben übrigens auch gerne mal die Motoren von den Schlauchbooten ab, bevor wir die vernichten können. Warum wohl? Aus Umweltschutzgründen sicherlich nicht. Diese Motoren werden dann am nächsten Flüchtlingsboot wiederverwendet. Die Schlepper und die sogenannten Küstenwachen arbeiten zusammen. Es gibt ja für beides Geld - Leute aufs Meer rausschicken bringt Geld und Leute zurückbringen



© Hermine Pöschmann

bringt auch Geld. Es ist immer toll, wenn man an einer Sache zweimal verdienen kann.

Diese Leute sind so schlecht ausgebildet und haben so schlechtes Material, dass sie eigentlich gar keine Rettungen durchführen können. Bei deren Rettungen gibt es ausnahmslos immer Tote. Die haben noch nicht mal Schwimmwesten, geschweige denn Ärzte! Die gehen längsseitig an so ein Gummiboot dran – mit einem großen Stahlschiff! Die Menschen, die da drauf sitzen, haben ein Bein im Wasser und eins im Boot. Wenn man da längsseits drangeht, was machen dann die Leute, die auf der Seite sitzen? Die können sich nicht anders hinsetzen, weil dafür gar kein Platz ist. Wenn die Leute nicht zu ihnen kommen wollen, zerren sie die mit vorgehaltener Waffe aus dem Boot.

Die Libyer können nicht mal Einsatzschlauchboote ins Wasser lassen. Im Juni wollten die ja zu uns auf das Schiff kommen, was wir dann verhindert haben – dazu gibt es auch ein Filmchen. Ich habe denen per Funk gesagt, dass, wenn sie mit uns reden wollen, eine unbewaffnete Person mit dem Schlauchboot zu uns rüberfahren soll. Das konnten die aber nicht! Wir haben dann die Libyer zu uns aufs Schiff geholt, mit unserem Schlauchboot. Völlig absurd! Aber mittlerweile sind ja auch die Moral und die Gesetzlosigkeit in Europa so weit, dass europäische Schiffe, zum Beispiel von der Reederei Vos, unter Gibraltars Flagge Menschen zurück nach Tripolis bringen. Da gibt es Berichte drüber.

Das ist unmöglich. Die Menschen werden in internationalen Gewässern aufgegriffen: die Genfer Flüchtlingskonvention greift also. Aber dann bringt man die Leute trotzdem zurück. Ein großes Problem ist, dass man diese Leute nicht verklagen kann. Das muss einer tun, der selbst betroffen war, aber die sitzen dann ja wieder in Libyens Lagern fest.

Gegen Sie läuft gerade ein Gerichtsverfahren. Wie ist da der aktuelle Stand?

Der Stand aktuell (12.03.2019) ist, dass der 7. Verhandlungstag vom Januar auf den 21. März verschoben worden ist. Ich wollte nicht nach Malta fahren, weil meine Mutter im Sterben lag.

Am 6. Verhandlungstag habe ich das erste Mal die Möglichkeit bekommen, selbst etwas zu sagen. An den Tagen davor war der Gerichtstermin jeweils in drei bis zehn Minuten erledigt – bei einem bin ich nicht mal dazu gekommen, mich hinzusetzen. Das kostet jedes Mal drei Tage Zeit plus den finanziellen Aufwand für den Flug. Man verklagt mich ausschließlich wegen der angeblich nicht richtigen Registrierung des Schiffes. Es geht also nicht darum, dass mein Patent nicht ausreichen würde oder um Beihilfe zur unerlaubten Einreise in die EU, sondern ausschließlich um dieses Flaggenzertifikat, von dem sie behaupten, dass das nicht zum Führen der holländischen Flagge berechtigt. Dabei steht da eindeutig drin: „Flag: Dutch, Home port: Amsterdam“. Das ist eine Farce. Für mein Verständnis geht es darum, dieses Schiff möglichst lange aus dem Verkehr zu ziehen. Das hat man bis jetzt ja ganz erfolgreich geschafft und wir können uns im Prinzip nicht dagegen wehren. Warum muss die Lifeline aus „Beweissicherungsgründen“ beschlagnahmt bleiben? Die haben das Schiff nicht mal richtig durchsucht. Da war einmal ein Gutachter da. Der Richter war auch mal auf dem Schiff und ganz beeindruckt von unserem Krankenhaus. Eigentlich sollte eine Bestandsaufnahme mit Fotos als Beweis genügen, aber das Schiff wird trotzdem festgehalten. Was will man da denn noch finden? Vor allem nach so viel Zeit?

Warum wird die Lifeline so lange festgehalten?

Es geht darum, die Seenotrettung der privaten NGOs im Mittelmeer abzuwürgen. Man muss ja auch mal ganz deutlich sehen: im Mittel haben die NGOs 40% der Menschen gerettet. 60% wurden von der italienischen Küstenwache, Militärschiffen und der Handelsschiffahrt aus dem Wasser gezogen. Auf dem kleinsten Element kann man da natürlich am einfachsten rumhacken. Es ist immer leichter, auf eine NGO loszugehen als auf eine weltweit operierende Containerschiffindustrie, auf die italienische Küstenwache oder auf die Kadetten auf den Militärschiffen. Die Operation Sophia¹⁾ aber patrouilliert jetzt 75 Meilen vor der Küste, da kann man niemanden retten und auch keine Schleuser fangen, was ja die eigentliche Aufgabe war. Das ist völlig lächerlich.

Bekommen Sie für den Prozess Unterstützung von der deutschen Politik?

Nein. Die Botschaft ist immer da, aber ich kann nicht erkennen, dass die deutsche Politik für mich irgendetwas getan hat. Ich kriege ja noch nicht mal einen Termin beim Außenminister, obwohl mir vor Monaten schon zugesagt wurde, dass ich bald einen bekomme.

Wenn der Prozess beendet ist, wie geht es dann bei Ihnen weiter?

Mit Mission Lifeline arbeiten wir gerade daran, ein neues Schiff zu kaufen und zum Einsatz zu bringen. Solange der Prozess gegen mich noch läuft, werde ich nicht mitfahren, weil ich mich damit zu weit aus dem Fenster lehnen würde und es auch genügend andere gibt, die fahren können. Aber danach – warum nicht?

Die Rolle, die ich jetzt inne habe, also Medienarbeit, ist aber auch sehr wichtig. Ich habe sie mir nicht ausgesucht, aber immerhin kann ich so die Problematik im Bewusstsein der Leute frisch halten. Das ist immens wichtig, um Spenden zu sammeln und damit nicht vergessen wird, dass da draußen Leute sterben. Bei gutem Wetter garantiert jeden Tag.

Wenn Südwind und wenig Wellengang herrschen, schicken die Libyer diese Gummiboote aufs Meer. Wer nicht freiwillig einsteigt, wird dann auch mal erschossen, das ist eine Art Entsorgung. Die Handelsschiffahrt findet dann halt mal wieder irgendwo ein treibendes Boot ohne Sprit. Diese Schlauchboote sind ja gar nicht dafür gemacht oder ausgerüstet, jemals in Europa anzukommen. Mit so einem Boot würden wir nicht mal über den Ammersee fahren.



Wie kann man Sie unterstützen?

Man kann uns und die Menschen, die diese Schlauchboote nutzen müssen, zum Beispiel finanziell unterstützen. Ohne Geld gibt es keine Rettungsmissionen.

Leute mit nautischer Erfahrung, also zum Beispiel mit höherwertigen Sportbootscheinen, mit Sportseeschifferschein oder Sporthochseeschifferschein können sich direkt bei uns engagieren. Auch Menschen mit medizinischem Hintergrund, Krankenschwestern, Ärztinnen, Rettungssanitäter, Elektriker, IT-Spezialisten, werden gesucht. Wir brauchen dringend Fachleute. ■

¹⁾ „Seit Anfang Mai 2015 beteiligte sich die Deutsche Marine zunächst an den Maßnahmen im Mittelmeer zur Rettung von Menschen in Seenot. Die deutschen Schiffe fahren seit dem 30. Juni 2015 unter der Flagge der EU-Mission EUNAVFOR MED. Ihr Hauptauftrag ist es, den Schleusern das Handwerk zu legen. Die Mission trägt seit Oktober 2015 den Namen Operation Sophia. Die Schiffe der Mission werden im Seegebiet zwischen der italienischen und libyschen Küste – außerhalb der libyschen Hoheitsgewässer – eingesetzt. Die Größe des Seegebiets entspricht in etwa der Fläche Deutschlands. Die Aufgabe der Seenotrettung bleibt weiterhin bestehen. Sie ist die Pflicht eines jeden Seefahrers nach dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen und dem Übereinkommen zum Schutz menschlichen Lebens auf See. Außerdem überwachen die Kräfte der Operation Sophia das Waffenembargo gegen Libyen. Zudem bilden sie die libysche Marine und Küstenwache aus.“, aus: Bundeswehr – EUNAVFOR MED Sophia: EU-Einsatz im Mittelmeer, <https://t1p.de/nf4z>, am 20.03.2019.



© Hermine Poschmann

Nach einem monatelangen Prozess wurde Claus-Peter Reisch am 14. Mai 2019 auf Malta zur Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von 10.000 € verurteilt, die an verschiedene lokale Hilfsorganisationen gehen sollte. Obgleich das Gericht ausdrücklich darauf hinwies, dass es lediglich um eine falsche Registrierung des Schiffes und nicht etwa um das Retten der Menschen gegangen sei, vermuten Reisch, die Organisation Mission Lifeline und die beiden betrauten Anwälte geopolitische Ursachen hinter dem Urteil. Ca. 25.000 weitere Schiffe seien auf dieselbe Art in den Niederlanden registriert, aber dennoch habe die niederländische Regierung gegenüber Malta bestätigt, dass die Registrierung nicht korrekt sei. Reisch ging in Berufung; Ein endgültiges Urteil steht noch aus. Bis dahin wird die Lifeline den Hafen nicht verlassen können.

CLAUS-PETER REISCH ist gelernter Kfz-Mechatroniker und stammt aus Landsberg am Lech. Obwohl er sich selbst als konservativ bezeichnet, avancierte er zu einer der bekanntesten Persönlichkeiten der Seenotrettungsbewegung.

Neben Claus-Peter Reisch stehen u.a. auch die jungen Aktivist*innen von Jugend Rettet derzeit vor Gericht.

Spenden:

JUGEND RETTET e.V.

IBAN: DE28 1005 0000 0190 4657 43

BIC: BELADEBEXX

Zivilgesellschaftliche Initiativen für sichere Fluchtwege

Im Jahr 2008 wurde in München die Kampagne *Save me – eine Stadt sagt ja* gestartet, um in der Flüchtlingspolitik ein Zeichen der Aufnahmebereitschaft zu setzen. Die Zahl der Asylanträge in Deutschland war ab Mitte der 1990er Jahre stetig gesunken und im Jahr 2008 auf einem historischen Tiefstand angelangt.¹⁾ Hier setzte die Save-Me-Kampagne an, indem sie die Lage von Flüchtenden an den Rändern Europas und in den Herkunftsregionen auf die Agenda setzte und zugleich die Verantwortung von Deutschland betonte. Die dauerhafte Einrichtung eines Programms zur Aufnahme von Geflüchteten sowie zu deren gleichberechtigten Integration in Deutschland ist das Kernziel von *save-me*. Die Kampagne tritt ein für „sichere und legale Wege nach Europa“. Sie stellt hierzu jedoch keine radikalen Forderungen, sondern verlangt, dass auch Deutschland sich am Resettlement von Geflüchteten beteiligen soll, einem Programm, das seit Jahrzehnten fest zum internationalen Fluchtreime gehört.²⁾ Resettlement wird durch das UNHCR koordiniert, das in Erstaufnahmeländern eine begrenzte Zahl von Geflüchteten auswählt, die als besonders schutzbedürftig gelten und die auf absehbare Zeit nicht in Herkunftsländer zurückkehren können. Daraufhin werden Länder wie Deutschland dazu aufgefordert, die ausgewählten Geflüchteten auf direktem Wege aufzunehmen, sodass sie nicht darauf angewiesen sind, undokumentiert und auf oftmals gefährlichen Wegen die Landesgrenzen zu überqueren. [...] In den folgenden Jahren kann in 55 Städten bzw. Gemeinden sowie in den Bundesländern Schleswig-Holstein und NRW ein Ratsbeschluss zur Aufnahme von Flüchtlingen erreicht werden. Der *save-me* Kampagne ist es damit gelungen, in der migrationspolitischen Debatte ein vielstimmiges Signal zu setzen, das sich gegen die weit verbreitete Argumentation richtet, eine pro-migrantische Politik sei der deutschen Bevölkerung nicht zu vermitteln. Im Jahr 2012 stellt sich ein Teilerfolg der Kampagne ein, als die Bundesrepublik Deutschland erstmals ein dauerhaftes Resettlement-Kontingent von 300 Geflüchteten einrichtet. Auch wenn die Aufnahmekontingente in den folgenden Jahren schrittweise erhöht werden, zeigt sich hierin auch die sehr begrenzte Wirkung, die Initiativen für legale Zugänge zum Flüchtlingsschutz gemessen an der Gesamtzahl von Flüchtlingen entfalten.

¹⁾ BAMF Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Das Bundesamt in Zahlen 2016. Asyl, Migration und Integration, 2017

²⁾ Die deutsche Übersetzung als Neuansiedlung trifft nur bedingt zu und wird mittlerweile kaum noch verwendet. Zur Geschichte sowie der gegenwärtigen Bedeutung und Praxis von Resettlement siehe Popp, Karoline: Die Zukunft der Flüchtlingspolitik? Chancen und Grenzen von Resettlement im globalen, europäischen und nationalen Rahmen, 2018, https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2018/06/SVR-FB_Resettlement.pdf; Kleist, J. Olaf: Legale Zugänge zum Flüchtlingsschutz. Resettlement und andere Aufnahmeprogramme für Flüchtlinge, 2016, <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurz dossiers/230488/resettlement>



MARLENE ERTLMAIER / LEONIE THIES | BORDERLINE EUROPE

Der gemeinsame Feind

Kriminalisierung von Fluchthilfe im Rahmen Europäischer Migrationspolitik

Im Jahr 2012 erhielten 15 Personen, die in der Vergangenheit Menschen über die Grenze zwischen Ost- und West-Deutschland gebracht haben, das Bundesverdienstkreuz zu „Anerkennung und Dank“ für besondere Leistungen. Sie wurden offiziell gekürt und als Fluchthelfer*innen bezeichnet.

Gleichzeitig wird Hanna L., der 270 Menschen aus Syrien über Athen nach Deutschland verholten hat, zu 110.000 Euro Geldstrafe und zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Seine Tätigkeit wird als illegales Schleusertum bezeichnet.

Worin begründet sich der eklatante Unterschied in Definition und zugehöriger Behandlung? Schleusen, Schleppen, Fluchthilfe, Menschenschmuggel, Menschenhandel,

Beihilfe zum Schlepperwesen... Diese Begriffe stehen im aktuellen europäischen Diskurs im Zusammenhang mit geschlossenen Grenzen und in Bezug auf Menschen, die diese nur auf „illegale“ Weise übertreten können. Die Annahme, der Unterschied zwischen den Handlungen bestehe darin, dass es sich in der DDR nur um sogenannte „humanitäre“ und nicht um kommerzielle Fluchthilfe gehandelt habe, entspricht nicht der Realität. Burkhard Veigel, einer der prominentesten Fluchthelfer¹⁾, hat zwischen 1961 und 1970 etwa 650 DDR-Bürger*innen über die Grenze nach Westdeutschland und zu einem neuen Leben verholten. Zwischenzeitlich nahm er für diese Arbeit zwischen 5.000 und 8.000 D-Mark pro Fahrt, denn nur so konnte er nach eigenen Angaben in einem solchen Umfang Menschen helfen.

¹⁾ Der West-Berliner Veigel erhielt ebenfalls 2012 das Bundesverdienstkreuz für sein „Engagement für die Freiheit“.

Vielmehr begründet sich die Kategorisierung in Held*innen und Kriminelle also im jeweiligen politischen Kontext: Die Mauer als geschlossene Grenze und die damit verbundene Einschränkung von Freiheitsrechten stand in West-Deutschland unter starker Kritik. Das Mittelmeer als aktuell tödlichste Grenze weltweit²⁾ wird im Mainstream-Diskurs jedoch nicht hinterfragt. Die gemeinsame europäische Grenzpolitik und damit verbundene Abschottungspraxis scheint im Angesicht nationalstaatlicher Vorbehalte und exklusionärer Meinungsmache gerechtfertigt und notwendig. Zudem werden in diesem Zusammenhang die Schleuser*innen für die Migrationsbewegungen und folglich für die zahlreichen Todesopfer auf der Überfahrt nach Europa verantwortlich gemacht. So findet man auf der Seite der Bundesregierung zum Thema *Flucht im Mittelmeer* vor allem Verweise auf die "Bekämpfung von Schleusernetzwerken" durch die Bundeswehr. Darüber hinaus verschreibt sich beispielsweise auch die multinationale Operation *Sophia* von EUNAVFOR MED³⁾ nach offiziellen Quellen nicht der Rettung von Menschen auf See, sondern der Aufdeckung und Unterbindung von illegalen Grenzübertritten und der Verfolgung beteiligter Personengruppen. Die Ablösung der Seenotrettungsoperation *Mare Nostrum* durch die FrontexMission *Triton*, welche ebenfalls rein sicherheitspolitisch motiviert ist, schreibt sich in diese Entwicklung der Unterordnung von internationalem Flüchtlingsrecht und universellen Menschenrechten unter nationales Strafrecht ein.

Die Forderung von zahlreichen Menschenrechtsorganisationen, legale Fluchtwege zu schaffen, findet in der Europäischen Union aktuell keinen Anklang. Die Möglichkeiten zur Erlangung eines (humanitären) Aufenthaltstitels in Europa bleiben durch bürokratische wie individuelle Hürden sehr begrenzt. Darüber hinaus wird auf regionaler Ebene die Bewegungsfreiheit weiter eingeschränkt: Durch die Schaffung des Schengenraumes und der zugehörigen Dublin-Regelung ist es für Geflüchtete ohne Passfälschung oder Schleusungen nicht möglich, nach erstmaliger Ankunft in Europa in einen anderen Staat zu gelangen. Der Rückgriff auf inoffizielle Akteur*innen liegt folglich in einem Mangel an sicheren und geregelten Einreisemöglichkeiten begründet und nicht in der Omnipräsenz krimineller Netzwerke, welche die europäischen Behörden stetig aufzudecken versuchen. Im Vergleich zur Situation in der DDR werden also nicht Grenzen und die zugehöri-

ge Abschottungspolitik als das Kernproblem verstanden, sondern organisiertes Schleppertum. Schleuser*innen und „Menschenhändler*innen“ sind alleinverantwortlich für die hohe Anzahl der tödlich endenden Fluchtversuche Richtung Europa – was die Staatengemeinschaft in der öffentlichen Wahrnehmung entlastet.

Die Unterscheidung zwischen kriminellen Netzwerken, welche aus rein eigenmotivierter Profitgier handeln, und Gruppen, welche aus persönlichen oder moralischen Gründen Menschen zur Flucht verhelfen, ist hierbei nicht immer eindeutig. In den vergangenen Jahren war eine Verschiebung des öffentlichen Diskurses zu beobachten, welcher auch die zivile und individuelle Fluchthilfe zunehmend kriminalisiert und somit die strikte Grenzpolitik der EU legitimieren soll. Durch Strafverfolgung und Verurteilung von Menschen, die sich durch Erleichterung von Grenzübertritten solidarisch mit Geflüchteten zeigten, sollen Exempel statuiert und zukünftige „Schleuser*innen“ abgeschreckt werden. Hierbei verstrickt sich die EU in einem gefährlichen Positivismus: die jeweiligen Beweggründe und Hintergrundfakten werden kaum beachtet, die harsche Durchsetzung von Gesetzen rangiert über dem Motiv der einzelnen Personen. Problematisch ist hierbei, dass „kommerzielle“ und „humanitäre“ Fluchthilfe teilweise schwer differenzierbar sind und sich die Rechtsgrundlagen auf europäischer und nationaler Ebene nochmals unterscheiden.

Allgemein ist in den letzten Jahren die Entwicklung hin zur härteren Bestrafung von „Beihilfe zur unerlaubten Einreise und Aufenthalt“ vollzogen worden. Die Studenten Saraardini⁴⁾ und Sean Binder, welche der Zusammenarbeit mit Schleusernetzwerken bezichtigt wurden, kamen erst im Januar dieses Jahres nach über 100 Tagen Gewahrsam in einem griechischen Gefängnis vorerst aus der Untersuchungshaft frei. Die Crew der *Luventa* wird nach Beschlagnahmung ihres Schiffes im August 2017 nun in den kommenden Monaten in Italien wegen Beihilfe und Anstiftung zur illegalen Einwanderung vor Gericht gestellt – ungeachtet der Tatsache, dass sie in Eigeninitiative über 14.000 Menschenleben auf Hoher See retten konnten, werden sie in einem politisch motivierten Schauprozess als organisierte Menschenhändler*innen angeklagt. Neben empfindlichen Gerichtskosten im sechsstelligen Bereich müssen die Angeklagten bei Verurteilung mit Haftstrafen von bis zu 20 Jahren und hohen Geldstrafen pro nach Italien gebrachter Person rechnen.⁵⁾ Fatalerweise sind diese

²⁾ Nach offiziellen Zahlen des UNHCR steigt die Todesrate der über die Mittelmeer-Route nach Europa Fliehenden trotz sinkender Flüchtlingszahlen stetig. Im Vergleich zum Jahr 2017 kommt heute eine Person aus 14 auf der Reise um – jeden Tag sterben statistisch gesehen 6 Menschen auf dem Mittelmeer.

³⁾ Abkürzung für European Union Naval Force – Mediterranean (Europäischer Marineverband im Mittelmeer)

⁴⁾ Mardini engagierte sich in den Jahren nach ihrer eigenen Flucht aus Syrien auf den griechischen Inseln, arbeitete mit Binder unter dem Dach der NGO ERCI (Emergency Response Center International) in der Flüchtlingshilfe auf Lesbos. Im August 2018 wurden beide wegen des Vorwurfs der Spionage und des Menschenhandels in Berlin verhaftet.

⁵⁾ Mittlerweile wurde der Verein Solidarity at Sea ins Leben gerufen, um durch die Aqise von Spendengeldern die Prozesskosten zu decken und die angeklagte Crew durch Öffentlichkeitskampagnen zu unterstützen. Der kleine Trägerverein der *Luventa*, Jugend Rettet, hielt dem politischen wie strafrechtlichen Druck nicht stand – die finanzielle Belastung im wahrscheinlichen Falle einer Verurteilung würde endgültig das Ende der Einsätze für Grund- und Menschenrechte bedeuten.



© www.sea-eye.org

Fälle nur zwei Beispiele für die umfassende Ausweitung der Kriminalisierung von Solidarität und Humanität im Rahmen der europäischen Asylpolitik. Immer komplexere Rechtssysteme zur Bestrafung von „Schleuserkriminalität“ und eine hohe Anzahl an Verurteilungen als Präzedenzfälle verschärfen die Lage für alle Beteiligten. Die komplizierte Wechselwirkung zwischen den verschiedenen Rechtsrahmen zeigt sich in einer Gegenüberstellung von deutschem und internationalem Recht: Während das Protocol *against the Smuggling of Migrants* der Vereinten Nationen eine Verurteilung als „Schleuser“ an die Existenz eines finanziellen oder materiellen Profits knüpft, nennt das deutsche Recht nur „Vorteilsverschaffung“ mit sehr breiter Interpretationsmarge als notwendiges Merkmal. Außerdem schließt das UN-Protokoll Fluchthilfe aus humanitären Gründen von Kriminalisierung aus, während deutsches Recht hierzu keine Unterscheidung vornimmt und daher als restriktiver als internationale Richtlinien angesehen werden kann.⁶⁾

Der Diskurs über Fluchthilfe und Schleppertum hat sich demnach im Vergleich zu Zeiten vor der Gründung der Europäischen Union stark gewandelt: Von der Sicht auf Fluchthelfer*innen als politische Akteur*innen hin zur Panikmache vor hochkriminellen organisierten Netzwerken. Dieses Narrativ ist Ausdruck des Versuchs, das restriktive und exklusive europäische Migrationsregime zu legitimieren. Die Kriminalisierung von Fluchthilfe ist hierbei nur ein kleiner Aspekt der allgegenwärtigen Kriminalisierung von Flucht und Migration. Die Geflüchteten werden hierbei im starken Kontrast zu den Menschen in DDR-Zeiten als passive Akteure in der Konstellation Schlepper-Fliehen-

der dargestellt. Dies wird insbesondere in der medialen Darstellung deutlich: die konstante Verwendung passiver Verbformen wie „werden eingeschleust“, „über das Meer gebracht“, „an Land gesetzt“, „umverteilt“ sprechen den Menschen ihre Selbstbestimmung und Handlungsfähigkeit ab. Durch zusätzliche Begriffe wie „Migrantenstrom“ oder „Flüchtlingsmassen“ werden sie dehumanisiert und sind in der öffentlichen Wahrnehmung den Schleuser*innen hilflos ausgeliefert – was diese Gruppen zu den alleinigen Schuldträgern macht, ohne jemals die zugrundeliegende Verschärfung des Grenzschutzes in Frage zu stellen.

Es ist daher von umso größerer Bedeutung, sich vor Augen zu führen, dass die Präsenz von Schleusernetzwerken ebenso wenig einen „Pull-Faktor“ darstellt wie die zivile Seenotrettung. Migration ist eine weltweite Realität und das Ausweichen auf illegalisierte Einreisewege unvermeidlich hinsichtlich des Mangels legaler Alternativen. Die Existenz von Schlepper*innen, Schleuser*innen und Fluchthelfer*innen ist die Auswirkung einer gescheiterten Politik, nicht deren Ursache. Das EU-Grenzregime schafft durch seine Abschottungspolitik einen Markt für (organisierten) Menschenhandel – und kriminelle Netzwerke profitieren am stärksten von den enormen Mengen an Schwarzmarktgeld, welche hierbei generiert werden. Statt der Fokussierung auf die „Bekämpfung von Schleuserkriminalität“ ist eine Umstrukturierung der Migrationspolitik notwendig:

Ein Beispiel wäre die Präsenz von Regierungsinstitutionen in den jeweiligen Dritt- und Transitstaaten und somit die Möglichkeit der Planung der Ausreise bei Verzicht

⁶⁾ Grundlage der Strafverfolgung in Deutschland bilden die §§ 96 und 97 des Aufenthaltsgesetzes. Demnach macht sich strafbar, wer Ausländer aus Drittstaaten dabei unterstützt, ohne ein legales Aufenthaltsrecht in das Bundesgebiet einzureisen. Strafverschärfend wirkt es sich aus, wenn Fluchthelfer*innen „erwerbs- oder bandenmäßig“ handeln oder das Leben der Flüchtenden in Gefahr bringen – in solchen Fällen reicht das Strafmaß bis zu zehn Jahren Haft.

auf inoffizielle, „illegale“ Systeme. Es müssen humanitäre Korridore für Migrant*innen und Flüchtende geschaffen werden sowie eine bessere Kooperation zwischen Drittstaaten wie der Türkei und dem SchengenRaum stattfinden. Menschen, welche ihr Heimatland aus individuellen oder politischen Gründen verlassen oder vor Krieg, Armut oder Naturkatastrophen fliehen, werden sich in ihrer Not immer an bestehende Strukturen klammern – eine verschärfte Verfolgung von Fluchthelfer*innen und deren Einordnung als Schlepper*innen verkennt die eigentliche Problematik. Die von Europa praktizierte Einschränkung der Bewegungsfreiheit ist ultimativ der Grund für die angeprangerte Kriminalität und die stetig steigenden Todeszahlen auf bekannten Fluchtrouten. Durch die Kriminalisierung von Fluchthilfe schafft sich die EU vielmehr ihren eigenen Feind, gegen den mit immer höheren finanziellen wie materiellen Ressourcen vorgegangen wird. Die damit einhergehende Verweigerung des formal anerkannten Grundrechts auf Asyl wird im öffentlichen Diskurs jedoch vollständig ausgeklammert.

Wir fordern demnach: Eine offene mediale Debatte über die Konsequenzen der zunehmenden Kriminalisierung der „Erleichterung illegaler Einreise“. Eine unmittelbare Entkriminalisierung von solidarischer Unterstützung und von Migrant*innen selbst. Ein strafrechtliches Umdenken – die Unterscheidung zwischen gefährdender und sicherer statt kommerzieller und humanitärer Fluchthilfe. Das Schaffen legaler Einreisemöglichkeiten statt der Fokussierung auf Grenzschutz. Der Diskurs sollte sich nicht darum drehen, wer als Fluchthelfer*in oder Schlepper*in einzustufen sei, sondern darum, wie Menschen ein Recht auf Bewegungsfreiheit gewährleistet werden kann. In der europäischen Debatte über Kriminalisierung darf nicht vergessen werden, dass hierbei in erster Linie nicht Fluchthelfer*innen oder Schleuser*innen im Fokus stehen, sondern die Menschen, denen ein legaler und sicherer Grenzübertritt verwehrt wird. ■

BORDERLINE EUROPE ist eine 2007 gegründete Organisation mit Sitz in Berlin, Palermo und Lesbos, die die Situation an den europäischen Außengrenzen dokumentiert und veröffentlicht sowie konkrete humanitäre Interventionen unterstützt.

Mehr Informationen gibt es unter www.borderline-europe.de.

Spenden:

borderline-europe e.V.

IBAN: DE11 4306 0967 4005 7941 00

BIC: GENODEM1GLS

Zivilgesellschaftliche Initiativen für sichere Fluchtwege

Im Zuge der zahlreichen Ankunft von Geflüchteten wurden Flucht und Migration in den Jahren 2015 und 2016 zum zentralen Thema in Europa und Deutschland.¹⁾ Das Engagement für und gegen Migration polarisiert seit dem „langen Sommer der Migration“ die Gesellschaft. 2015 setzten viele Flüchtende von Griechenland aus ihre Reise über die sogenannte Balkanroute fort, um nach Deutschland sowie in andere nord- und westeuropäische Länder zu gelangen.²⁾ In dieser Situation entstanden Zusammenschlüsse von freiwilligen Helfer*innen, die spontan und unter prekären Bedingungen eine Versorgung und Unterstützung für die Flüchtenden organisierten. Darüber hinaus schlossen sich Freiwillige zusammen, die mit Autos von Österreich und Deutschland aus Konvois organisierten, um Geflüchteten die Mitfahrt über die europäischen Binnengrenzen hinweg anzubieten und somit Fluchthilfe zu leisten. Während viele dieser solidarischen Mitfahrgelegenheiten versuchten nicht entdeckt zu werden, wurde über die Aktion „Refugee Convoy - Schienenersatzverkehr für Flüchtlinge“ vom 6. September 2015 umfassend in den Medien berichtet. Dabei wurden mit rund 170 Autos 380 Reisende auf ihrem Weg aus Ungarn abgeholt und direkt zum Wiener Westbahnhof gebracht.³⁾ Bereits im August 2015 war zudem vom künstlerisch-aktivistischen Pengli-Kollektiv die öffentlichkeitswirksame Kampagne *Fluchthelfer.in* gestartet worden. In einem aufwendig produzierten Video wurde dafür geworben, Flüchtende im eigenen Auto – „zum Beispiel auf dem Rückweg aus dem Urlaub“ – mit nach Deutschland zu nehmen.⁴⁾ Im Rahmen der Kampagne wurden seitdem über 500 erfolgreiche Fluchthilfeaktionen durchgeführt und zugleich wurde eine neue gesellschaftliche Anerkennung von Fluchthilfe angestrebt.

¹⁾ Schwiertz, Helge; Ratfisch, Philipp: Antimigrantische Politik und der „Sommer der Migration“, 2016, <https://www.rosalux.de/publikation/id/8653/antimigrantische-politik-und-der-sommer-der-migration/>; Hanewinkel, Vera: Das Jahr 2015. Flucht und Flüchtlinge im Fokus - ein Rückblick, 2016, <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdosiers/217367/das-jahr-2015-ein-rueckblick>

²⁾ Hess, Sabine; Kasperek, Bernd; Kron, Stefanie; Rodatz, Matthias; Schwertl, Maria; Sontowski, Simon (Hg.): Der lange Sommer der Migration, 2017

³⁾ Szabó, Erzsébet; Hammer, Heide; Wendt, Kurto; Fittko, Lisa: Fluchthelfer*innen - einst und jetzt, 2015, <http://www.migrazine.at/artikel/fluchthelferinnen-einst-und-jetzt>

⁴⁾ <http://www.fluchthelfer.in/>

Interview mit **HAMED ALHAMED**

Niemand will ein Flüchtling sein.

Das Interview wurde am 30. Januar 2019 geführt.

Interview und biografische Angaben von Svenja Bloom.

Bevor du geflohen bist, warst du schon mal in Europa?
Nein. Als Syrer ist es zu schwierig, ein Visum zu bekommen. Aber ich habe vor meiner Flucht nach Deutschland bereits eineinhalb Jahre in der Türkei gelebt und als Grafikdesigner gearbeitet. Das ging auch ohne Studienabschluss.

Was wusstest du vorher über Deutschland?
Ich mochte zum Beispiel die deutsche Fußballmannschaft, da war ich schon immer ein Fan. Aber sonst wusste ich nicht so viel über Deutschland, und ich hatte auch viele falsche Vorstellungen. Ich dachte, man spricht Englisch, und dass alles sehr einfach ist hier. (lacht) So bin ich davon ausgegangen, dass die Menschen, die Hilfe brauchen, sie auch kriegen, zum Beispiel durch kostenlose Busfahrkarten, kostenlose medizinische Versorgung oder Wohnungen. Viele Leute haben mir sowas erzählt, aber schon nach einem Monat in Deutschland wusste ich die Wahrheit.

Woher kommen diese Vorstellungen?
Viele sehen, dass Deutschland sehr reich ist und verbreiten dann falsche Gerüchte. Europa ist bei vielen ein Traum, in dem alles einfach und schön ist.

Beim Ausbruch des Krieges musste Hamed sein Studium abbrechen und zog in die Türkei. Eineinhalb Jahre später erfuhr er vom Tod seiner besten Freunde. Als sein Bruder es dann mit großen Schwierigkeiten über die türkische Grenze schaffte, entschlossen sich die beiden zur gemeinsamen Flucht nach Deutschland.

Warum genau seid ihr geflohen?
Niemand will seine Heimat verlassen. Niemand will ein Flüchtling sein. Seine Stadt, seine Freunde, seine Gesellschaft – all das verlässt man nicht einfach so. Man

macht das nicht zum Spaß, denn das macht keinen Spaß. Wir haben Krieg in Syrien. Der läuft noch immer und wird auch immer schlimmer. Wir haben sehr viel verloren, unter anderem unser Zuhause. Ich wurde auch verletzt, als ich noch zuhause war. Meine ganze Familie war in unserem Haus und eine Rakete hat uns getroffen. Ich habe immer noch eine Narbe am Kopf. Wir konnten also nicht bleiben, wo wir waren. Aber erstmal wussten wir gar nicht, wohin. Überall sind Check-Points und gerade Leute in unserem Alter können sich nicht frei bewegen.

Ein anderer Grund war, dass ich viele meiner Freunde verloren habe. Einige wurden vom Assad-Regime festgenommen, andere vom IS umgebracht. Ich habe das mitbekommen, durch Facebook, YouTube oder so. Man hat überhaupt keine Möglichkeit mehr, sich einen Raum zu schaffen, bei dem man sagen kann: Okay, hier bin ich sicher und kann meinen Frieden finden in diesem Land.

Deswegen sind wir abgehauen. Ehrlich gesagt wussten wir gar nicht genau, wohin; wir hatten keinen Plan. Wir sind einfach gelaufen.

Seit vier Jahren sind wir nun von unserer Familie getrennt. Seit vier Jahren konnten wir sie nicht in den Arm nehmen. Das tut richtig weh, weil wir nie geglaubt hätten, dass das möglich ist. Wir sind sehr ungern gegangen.

Wo ist deine Familie jetzt?

Sie sind noch in Syrien. Nicht mehr in der Stadt, in der ich aufgewachsen bin, sondern außerhalb. Sie überleben von dem Geld, das wir in der Ausbildung verdienen. Das ist nicht viel, aber sie freuen sich über jede 50€. Auch sie haben alles verloren. Mein Papa hatte zum Beispiel eine große Käserei. Er war immer ein bisschen sauer auf mich, weil ich die nicht übernehmen wollte, aber ich mochte die Arbeit dort nie. Jetzt hat er alles verloren, die Fabrik ist



komplett zerstört. Deswegen sind wir verantwortlich dafür, unserer Familie zu helfen.

Wie seid ihr hierhergekommen?

Eigentlich genauso wie viele andere auch hierhergekommen sind. Wir sind über die Türkei geflohen, dann mit dem Boot und dann zu Fuß. Wir haben die ganze Reise dokumentiert und einen Film gemacht, den wir nun gerne bekannter machen wollen.

Ihr seid also über das Meer gekommen?

Ja. Mein Bruder und ich sind nach Izmir gereist, von wo aus die Schlepper die Flucht nach Griechenland organisieren. Man kann entweder über die Landgrenze oder über das Meer fliehen; das Meer ist gefährlicher, man weiß nicht, ob man überhaupt ankommen wird. Das ist ja ein Meer und kein Schwimmbad. Wenn man aus dem Boot fällt, stirbt man.

Als wir in Izmir ankamen, sahen wir erstmal überall Schwimmwesten. Selbst Dönerläden verkaufen die. Natürlich wissen auch die Polizisten, worum es geht, aber sie machen nichts. Überall sind Menschen mit Rucksäcken, die sich ganz offensichtlich auf die Reise vorbereiten. Wir haben also ein paar Leute gefragt, wie wir nach Griechenland kommen können, und von einem Platz erfahren, auf dem die Schlepper sind. Dort kamen direkt 50 Leute auf uns zu und wir verhandelten. Die Preise gingen hoch bis zu 3000 € pro Person. **Uns war gar nicht klar, dass wir**

da über unser Leben verhandeln. Wir haben dann jemanden gefunden, der uns beide mit dem Boot für insgesamt 4000 € überbringen wollte. Das war auch der Grund, warum wir ohne unsere Familie fliehen mussten: Es war einfach viel zu teuer. Wir haben uns das Geld von ihnen geliehen und dafür versprochen, sie nachzuholen, wenn

wir in Deutschland sind. Mittlerweile wissen wir natürlich, dass das nicht geht, weil wir schon über 18 Jahre alt sind.¹⁾

Du sprichst von Schleppern.

Was sind das für Leute? Türken vermutlich, auf jeden Fall sprechen sie türkisch. Aber das können viele Araber auch. Unser Schlepper arbeitete genauso wie alle

anderen. Er sagte: „Gib mir das Geld bar auf die Hand und ich rufe euch abends an und sage, ob es heute passiert oder morgen oder nächste Woche.“

Man kann nicht wissen, ob die Person das Geld einfach klaut oder nicht. 4000€ für einen Fremden! Wenn wir Pech haben, haut er einfach ab. Aber wir hatten keine Wahl und taten dasselbe wie alle anderen.

Wie ging es dann weiter?

Nachdem wir bezahlt hatten, sind wir los, um Rettungswesten zu kaufen. Manche Menschen haben nicht einmal mehr genug Geld, um 50€ für eine Rettungsweste auszu-

Der Film...

der Hameds und Ahmeds Flucht dokumentiert, heißt „The long way to Germany“ und ist unter diesem Titel bei YouTube zu finden. Hamed hält auch regelmäßig multimediale Vorträge über Syrien, die Flucht und das schwierige Ankommen in Deutschland. Kontaktanfragen werden über das Eine Welt Netz NRW weitergeleitet.

¹⁾ Zum Familiennachzug berechtigt sind nach deutschem Recht lediglich Ehegatt*innen, minderjährige ledige Kinder der*s Antragssteller*in bzw. bei minderjährigen ledigen Antragssteller*innen die Eltern. Bei Flüchtlingen gilt außerdem, dass nur Menschen, die bereits Flüchtlingsschutz, Asylberechtigung oder, mit Einschränkungen, subsidiären Schutz bekommen haben, ihre Familie nachholen können.



geben. Die Leute in Izmir verkaufen sie viel teurer, als sie hier wären, und nutzen die Not der Menschen damit aus. Alle wollen Geld machen mit den Flüchtlingen.

Am Abend riefen die Schlepper an und sagten, es könne jetzt losgehen. Am verabredeten Ort waren viele Leute, die auch nach Griechenland wollten. Von einem sehr aggressiven Mann wurden wir mitten ins Nirgendwo gefahren und mussten dort im Dunkeln warten. Irgendwann kamen zwei Männer mit Lichtern und Schlagstöcken. Sie schlugen einen von uns, sodass wir große Angst hatten und völlig geschockt waren. Diesen Leuten sollten wir unser Leben anvertrauen! Wir sagten kein Wort mehr und machten alles, was sie wollten. Zwanzig Minuten lang liefen wir hinter ihnen her, bis wir an einen Ort kamen, an dem schon ca. 200 Leute waren. Sie saßen in der Kälte auf dem Boden und keiner durfte etwas sagen, oder er wurde geschlagen. Irgendwann sagten sie uns, wir sollten uns vorbereiten. Das heißt, Rettungswesten anziehen, Handys in Tüten packen. Wobei das eigentlich sinnlos ist. Wenn man ins Wasser fällt, ist man sowieso tot. Trotzdem steckten wir unsere Handys in Kondome, das schien uns am sichersten.

Kurz darauf sollten wir uns dann auf zwei Schlauchboote verteilen, die die ganze Zeit im Dunkeln neben uns gewesen waren. Unser Schlepper hatte uns gesagt, es wären maximal 30 Leute in einem Schlauchboot, nun waren wir aber über 100. Die Frauen und Kinder fing an zu weinen, es war schrecklich. Diese bösen Menschen haben gebrüllt und sie geschlagen, damit sie leise sind.

Wir haben versucht, in Ruhe einzusteigen. Als wir im Boot waren, hat der Schlepper laut geschrien, dass wir unsere Rucksäcke ins Wasser werfen sollen. Wir haben das verneint. Das war schließlich unser Restleben! Ich habe dann fast alle meine Kleidung weggeworfen, nur eine Hose und

eine Jacke nicht. Das war wirklich schlimm für mich. Kleidung ist ja nicht einfach nur Kleidung. Da war zum Beispiel eine Jacke dabei, die ich meinem besten Freund „geklaubt“ hatte, der dann im Krieg umgebracht wurde. Eine wichtige Erinnerung für mich, die ich wegwerfen musste.

Wir fuhren eine Weile über einen Fluss. Ab und zu haben wir am Strand Lichter gesehen. Das waren Zeichen, die die Schlepper dann erwidert haben. Das ist eine Art Mafia, sie arbeiten alle zusammen. Vielleicht auch die Polizei.

Sobald wir am Meer ankamen, verließ uns der Schlepper. Er sagte, jemand von uns müsse das Boot jetzt übernehmen, sprang ins Wasser und verschwand. Das Wasser wurde wirklich laut und es gab viele Wellen; die Frauen schrien und Panik brach aus, bis einer von uns, ein Algerier, das Boot übernahm. Er hatte auch keine Erfahrung, meinte aber: „Was sollen wir tun? Hier bleiben?“. Das war wirklich mutig von ihm. Wenn wir erwischt worden wären, wäre das für ihn sehr schlimm gewesen, denn es gibt hohe Strafen in der Türkei.

Wir waren ganz leise. Man realisiert gar nicht, dass man wirklich im Meer ist. Mit einem Schlauchboot im Meer! Das Boot ist so schwach. Es bewegt sich genauso wie die Wellen, kann jederzeit kaputtgehen, und dann sind wir einfach im Meer. Man kann nicht schwimmen, dafür ist es viel zu kalt, und wir wussten auch nicht, wohin. Wir entdeckten irgendwann ein Licht, ganz weit weg, und fuhren einfach auf gut Glück in die Richtung. Ich weiß nicht, ob wir gerade fuhren oder zickzack. Aber am Ende sind wir angekommen und das war wie ein neues Leben. Wir waren komplett nass, aber in Europa und am Leben.

Wie war das dann, als ihr in Griechenland wart?
Wie ein neues Leben, so froh waren wir!
Zuerst zerstörten wir unser Boot, damit die griechische Polizei uns nicht zurückziehen kann. Danach suchten wir nach ihnen, weil wir glaubten, sie würden sich um uns kümmern. Aber das stimmte nicht. Sie waren eigentlich wie die Schlepper; sie schrien uns an, schlugen uns, brachten uns ins Gefängnis, stahlen unser Geld. Mein Bruder war sehr seekrank gewesen und völlig fertig, und schließlich schliefen wir ein.

Später hat uns dann ein großes Schiff nach Athen gebracht, wo wir einen Tag auf eine Erlaubnis zur Weiterreise warten mussten. Ich weiß nicht warum, aber ich war sehr traurig und enttäuscht und starrte einfach nur aufs Meer.

Weiter ging es dann nach Mazedonien. Dort gab es ein paar Organisationen, die uns Essen und Medizin gaben, das war gut. Danach Serbien. Dort fühlten wir uns wirklich unsicher. Die Leute sahen uns so böse an, wir bekamen wirklich Angst. Aber dann, in Kroatien, wurde es noch schlimmer. Ohne es zu merken hatten wir die Grenze überquert. Wir sind einfach mit den Menschenmassen mitgelaufen, ohne Karten, ohne Internet. Dort gab es viele Zelte und noch mehr Polizei. Wir mussten uns in eine Reihe stellen; die Polizisten sind an uns vorbeigelaufen und haben einzelne rausgezogen. Als sie bei mir und meinem Bruder ankamen, schickten sie ihn weiter und nahmen mich mit. Ich hatte große Angst, meinen Bruder zu verlieren. Auf Englisch sagte ich dem Mann, dass ich bei meinem Bruder bleiben wollte, aber der Polizist konnte kein Englisch. Ich wurde in ein Zelt gebracht, in dem es Laptops, Drucker usw. gab. Dort sollte ich Dokumente ausfüllen und unterschreiben, aber es war alles auf Kroatisch! Ich fragte nach einer Übersetzung, aber sie schrien mich nur auf Kroatisch an. Auf einmal sah ich hoch und entdeckte meinen Bruder in einem Bus, der gleich abfahren würde. Da sagte ich: Okay, ich mache was ihr wollt, aber ich will zu meinem Bruder. So habe ich dann alles unterschrieben und meine Fingerabdrücke abgegeben. Wie ein Krimineller.

Der Bus brachte uns schließlich nach Ungarn. Dort war es noch schlimmer: Die Polizisten schrien, schlugen, alles Mögliche. Sicher gefühlt haben wir uns erst in Österreich. Dort waren die Menschen freundlich, sie gaben uns die Hand und halfen. Wir konnten endlich duschen, uns rasieren, frische Kleidung anziehen. Ich habe einen neuen Pullover bekommen. Nach einer Nacht sind wir zum Bahnhof in Wien gefahren und von dort aus mit dem Zug nach Deutschland.

Als wir die erste deutsche Flagge sahen, war ich wirklich froh. Am Bahnhof in Bonn wurden wir auf Arabisch begrüßt. „Willkommen in Deutschland“ stand da. Das hat uns sehr geholfen, uns sicher zu fühlen.

Was denkst du nun, nach drei Jahren hier, über die deutsche und europäische Migrationspolitik?
Ehrlich gesagt, es ist einfach unfair und macht oft keinen Sinn. Zum Beispiel die Residenzpflicht: Auch, wenn man komplett alleine ist und keine Möglichkeit zur Integration hat, weil die Leute um einen herum keine Flüchtlinge wollen, darf man nicht umziehen. Trotzdem wird erwartet, dass man die Sprache lernt, nichts Böses macht und sich integriert.

Ich versuche mein bestes hier, aber es wird mir nicht leichtgemacht. Ich darf nicht umziehen, ich darf keinen weiteren Deutschkurs machen, weil das Jobcenter meine Busfahrkarte nicht bezahlen will, ich habe wenig Möglichkeiten, Freunde zu finden. Da, wo ich wohne, macht die Stadt nichts. Wenn die Politik sagen würde, dass ihnen Integration wichtig ist und das ernsthaft unterstützen würde, würde man auch die Flüchtlinge dazu anregen, sich mit Politik zu beschäftigen. Ich habe das Gefühl, die Politik weiß nicht, wie sie mit den Flüchtlingen umgehen soll. Mir gibt es aber Kraft, wenn ich Leute treffe, die sich engagieren und Lust haben, etwas mit Flüchtlingen zu machen. Dadurch lerne ich neue Orte und die deutsche Kultur kennen und kann die Sprache üben. Der erste Karneval in Deutschland war zum Beispiel ein ziemlicher Schock für mich. Ich wusste gar nicht, was das soll. Aber ein paar Deutsche haben mich mitgenommen und mir die Chance gegeben, es zu verstehen. Wenn man sich kennenlernt, fühlt man sich nicht mehr allein und hat mehr Kraft. Aber leider haben immer noch viele Leute Angst vor Flüchtlingen und verurteilen sie. Das finde ich sehr schade und vielleicht hat das auch mit der Politik zu tun.

Hast du Ideen für eine gute und sinnvolle europäische Flüchtlingspolitik?
Dazu kann ich einen Satz sagen: Verkauft bitte keine Waffen mehr! Dann kommen auch keine Kriegsflüchtlinge mehr. Zurzeit kämpft man mit deutschen Waffen in Syrien, immer noch. Das heißt nicht, dass Deutschland schuld ist, aber das kann man besser machen. ■

Der 28-jährige **HAMED** aus Deir Ezzor im Osten Syriens studierte bis zum Ausbruch des Krieges Elektrowissenschaften. Seit dem langen Sommer der Migration 2015 lebt er mit seinem jüngeren Bruder Ahmed im Raum Münster. Im Interview berichtet er von türkischen Schleppern, 12 Tagen auf der Balkanroute und Integrationshindernissen.



DOMINIK MEYER

Die EU entzieht sich ihrer Verantwortung

Lampedusa, 3. Oktober 2013: Bei einem Schiffbruch kommen mindestens 366 Menschen ums Leben. Die Tragödie löst einen internationalen Aufschrei aus. EU-Kommissarin für Innenpolitik Cecilia Malmström macht klar: „Das ist das Bild einer Union, die wir nicht wollen.“¹⁾ Der damalige italienische Ministerpräsident Enrico Letta verkündet: „Wir betrachten die Toten als italienische Staatsbürger“.²⁾ Der Schiffsbruch war ein Einschnitt in der europäischen Flüchtlingspolitik: Das Sterben von Schutzsuchenden bei der Flucht über das Mittelmeer fand schon lange vorher statt, doch seitdem steht das Thema im Fokus einer breiten Öffentlichkeit.

Italien startete nach dem Schiffbruch die Marineoperation „Mare Nostrum“. Im November 2014 wurde diese durch die Frontex-Operation „Triton“ abgelöst. Die EU-Militär-

mission EUNAVFOR-Med nahm 2015 ihre Arbeit auf. Im selben Jahr entschieden sich Akteur*innen aus der europäischen Zivilgesellschaft, dem Sterben nicht länger zusehen zu wollen und begannen mit dem Aufbau einer zivilen Seenotrettung.

Aufgrund der hohen Zahl an Geretteten wurde „Mare Nostrum“ im Nachgang als Rettungsmission bezeichnet. Vorrangiges Ziel der Operation war jedoch, wie auch von EUNAVFOR-Med und Frontex, vor allem die Kontrolle der Seegrenze. Menschen aus Seenot zu retten, ergibt sich aus völker- und seerechtlichen Verpflichtungen. Lediglich die NGOs formulieren Seenotrettung als den Grund ihrer Einsätze.

Seit Lampedusa 2013 sind Zählung des UNHCR 18.028 Menschen im Mittelmeer ertrunken.

¹⁾ Süddeutsche Zeitung: „Katastrophe ohne Ende“, 30.12.2013. Online abrufbar: <https://bit.ly/2UWXA66>.

²⁾ Taz: „Die Insel der kleinen Gesten“, 23.10.2013. Online abrufbar: <https://bit.ly/2kiR8B>.

Im Folgenden werde ich die Entwicklungen der letzten Jahre skizzieren und am Ende die gegenwärtige Situation einordnen.

„Mare Nostrum“

Trotz aller Erklärungen, Lampedusa dürfe sich nicht wiederholen, war es nur die italienische Regierung, die aktiv wurde. Am 18.10.2013 startete sie eine Mission der italienischen Marine mit dem Namen „Mare Nostrum“. Vom italienischen Verteidigungsministerium wurde sie als Reaktion auf die steigenden Migrationsbewegungen und die Schiffbrüche in der zweiten Hälfte des Jahres beschrieben.³⁾ Das Verteidigungsministerium bilanzierte: Durch „Mare Nostrum“ wurden 330 Schmuggler festgenommen, 150.810 Migrant*innen gerettet und 5 Mutterschiffe beschlagnahmt.

Italien stellte die Mission nach einem Jahr wieder ein. Die EU war nicht willens, sie zu übernehmen. Von diversen Seiten wurde gewarnt, eine ersatzlose Einstellung „Mare Nostrums“ werde zu noch mehr Todesfällen führen.

Frontex Joint Operation – „Triton“ und zivile Seenotrettung

„Mare Nostrum“ wurde am 1. November 2014 von der deutlich kleineren Frontex-Operation „Triton“ abgelöst. Das Einsatzgebiet beschränkte sich auf 30 Seemeilen vor der italienischen Küste. Missionen in internationalen Gewässern vor Libyen waren nicht vorgesehen.

Mehrere Akteur*innen aus der europäischen Zivilgesellschaft wussten um die dadurch entstehenden Gefahren. Nach und nach entstand eine zivile Seenotrettung. Die ersten NGO-Schiffe waren bereits 2015 im Mittelmeer. 2017 führten sie zeitweise 30% der Rettungen durch. So beschämend es für die EU ohnehin sein sollte, dass NGOs diese Aufgabe übernehmen müssen, drehte sich mit der Zeit der Wind sogar gegen die Seenotretter*innen. Erst wurden sie durch einen Code of Conduct gegängelt, dann kriminalisiert und angeklagt (mehr dazu in anderen Artikeln dieser Publikation).

Am 18. April 2015 kamen bei einem Schiffsbruch vor Lampedusa mindestens 845 Menschen ums Leben, lediglich 28 überlebten. Als ob es keine Warnungen gegeben hätte, war die Bestürzung bei den politisch Verantwortlichen erneut groß. Fünf Tage nach der Tragödie, am 23. April 2015, fasste der Europäische Rat den Beschluss, die Mittel für „Triton“ zu verdreifachen und das Einsatzgebiet auf die Hohe See auszuweiten. Am 1. Februar 2018 wurde „Triton“ durch

die Operation „Themis“ abgelöst, der Auftrag im Wesentlichen aber nicht geändert.⁴⁾ Der Rat beauftragte außerdem die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, eine Operation der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu erarbeiten.

Militäroperation „Sophia“

Am 22. Juni 2015 beschloss der Rat der EU für Auswärtige Angelegenheiten die Militäroperation EUNAVFOR-MED. Auftrag der Mission: das „Geschäftsmodell der Menschen-smuggel- und Menschenhandelsnetze im südlichen zentralen Mittelmeer zu unterbinden, indem systematische Anstrengungen unternommen werden, um Schiffe [...] auszumachen, zu beschlagnahmen und zu zerstören“.⁵⁾

Die Mission muss jedes Jahr neu beschlossen werden. Bereits 2017 verzögerte die italienische Regierung die Verlängerung und nutzte sie als politisches Druckmittel. Konnte der Streit damals durch finanzielle Unterstützung der EU an Italien beigelegt werden, gestaltete sich die Situation 2018 schwieriger. Italiens neuer Innenminister Matteo Salvini kündigte an, Italiens Häfen für die Ausschiffung von Schutzsuchenden zu schließen. Die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen beschwerte sich Anfang 2019, die Einsatzkräfte würden nur in den entlegensten Gebieten eingesetzt. Sie setzte die deutsche Beteiligung vorerst aus. Der Fortgang der Mission ist unklar. Das Mandat läuft bis Ende März 2019.⁶⁾

Teil der Mission ist seit ihrer ersten Verlängerung am 20 Juni 2016 auch die Ausbildung der „libyschen Küstenwache“.

Zusammenarbeit mit libyschen Milizen

Am 3. Februar 2017 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EU auf Malta offiziell, die Zusammenarbeit mit der sogenannten „Einheitsregierung“ des Bürgerkriegslands zu intensivieren.⁷⁾

Libyen ist vom jahrelangen Bürgerkrieg zerrüttet. Die international anerkannte Regierung kontrolliert nur einen Teil des Landes. Auch hier ist die Sicherheitslage alles andere als stabil.

Für Schutzsuchende ist die Situation katastrophal. Aus den offiziellen Lagern, in denen die libysche Regierung sie einsperrt, gibt es Berichte über Folter und Vergewaltigungen. Die systematischen Menschenrechtsverletzungen sind seit Langem allgemein bekannt.⁸⁾ Berichte und Videos von Sklavenhandel hatten bereits im November 2017 für internationale Empörung gesorgt.⁹⁾ Der Zusammenarbeit tut dies keinen Abbruch.

³⁾ Italienischen Verteidigungsministeriums, online abrufbar: <https://bit.ly/2V4sQjN>.

⁴⁾ Frontex: „News Release“, 01.02.2018. Online abrufbar: <https://bit.ly/2LPRkfl>.

⁵⁾ Beschluss des Rates der EU online abrufbar: <https://bit.ly/2N6M3i1>.

⁶⁾ Tagesspiegel: „Was der Rückzug aus der Flüchtlingsmission Sophia bedeutet“, 24.01.2019. Online abrufbar: <https://bit.ly/2GqaHcP>.

⁷⁾ Tagesschau: „Libyen soll Flüchtlinge aufhalten“. Online abrufbar: <https://bit.ly/2tgVXo1>.

⁸⁾ Hierzu gibt es eine ganze Liste an Berichten. Der Jüngste stammt von Human Rights Watch, „No Escape From Hell“. Online abrufbar: <https://bit.ly/2R5gNQZ>.

⁹⁾ CNN: „Migrants being sold as slaves“. Online abrufbar: <https://cnn.it/2RpDzns>.

Im Sommer 2018 kam es zur Anerkennung der libyschen Such- und Rettungszone. Die Seenotleitstelle in Rom verweist nun bei Notrufen auf die Zuständigkeit der „libyschen Küstenwache“.¹⁰ Die Such- und Rettungszone erstreckt sich auf 76 Meilen vor der libyschen Küste. Kaum ein Flüchtlingsboot schafft es weiter.

Die Organisation „Watch the Med - Alarmphone“, die mit einer Telefonhotline Schutzsuchenden in Seenot Hilfe leistet, dokumentiert regelmäßig, dass die „Seenotleitstelle“ in Tripolis oft gar nicht erreichbar ist.¹¹ Doch selbst dann wird Rom nicht oder erst mit großem Verzug aktiv.

Bei ihren Einsätzen setzt die „libysche Küstenwache“ Menschenleben leichtfertig aufs Spiel. Ein Video der Seenotrettungsorganisation „Sea Watch“ zeigt die riskanten Manöver der Libyer.¹² Am 06. November 2017 kamen bei einem Zusammenstoß zwischen dem NGO-Schiff und der „libyschen Küstenwache“ 50 Menschen ums Leben.

Italien schließt seine Häfen

Die neue Regierungskoalition in Italien eskaliert die Situation im zentralen Mittelmeer weiter. Der rechtsradikale Salvini erklärte kurz nach seinem Amtsantritt Italiens Häfen für Schutzsuchende für geschlossen. Auch Maltas Häfen sind geschlossen.

Als erstes Schiff betroffen war die „Aquarius“ der NGO „SOS Méditerranée“. Am 9. Juni 2018 nahmen die Seenotretter*innen 629 Menschen im zentralen Mittelmeer auf. Zuvor wurden mehrere Rettungseinsätze, wie gewohnt, von der Seenotleitstelle in Rom koordiniert.

Die „Aquarius“ übernahm auch Menschen, die zuvor von Schiffen der italienischen Marine und Küstenwache gerettet wurden. Dennoch bekam sie keine Erlaubnis zur Ausschiffung der Schutzsuchenden. Nach tagelangem Warten musste sie schließlich nach Valencia fahren, um die Menschen dort an Land zu bringen. Die spanische Regierung hatte zuvor deren Ausschiffung zugesagt.

Mittlerweile steht jedoch auch Spanien nicht mehr für Ausschiffungen zur Verfügung. Italien und Malta knüpfen die Ausschiffung von Schutzsuchenden an deren Überstellung in andere EU-Mitgliedstaaten. Schutzsuchende werden zu Spielbällen der Politik.

Die Liste solcher Fälle ist lang. Doch nicht nur die Ausschiffung wird den NGOs untersagt. Immer wieder werden sie unter Vorwänden festgesetzt und zum Teil angeklagt.

Von den Hafenschließungen betroffen waren hauptsächlich NGOs, doch es kam auch zu Fällen, in denen der ita-

lienischen Küstenwache und kommerziellen Schiffen die Ausschiffung verweigert wurde.

Der Fall „Diciotti“

Am 14. August 2018 rettete die „Diciotti“ der italienischen Küstenwache 177 Menschen aus Seenot. Nachdem Salvini deren Ausschiffung untersagt hatte, drohte er sogar, die Schutzsuchenden nach Libyen zurückzubringen.¹³ Nur ein Beispiel von vielen für die Rechtsstaatsfeindlichkeit des Innenministers.

Zehn Tage mussten die Menschen auf der „Diciotti“ bleiben. Salvini erlaubte ihre Ausschiffung erst als ein Staatsanwalt Ermittlungen gegen ihn wegen Freiheitsberaubung und Amtsmissbrauch aufnahm.

Der Fall „Diciotti“ hat die Unsicherheit im zentralen Mittelmeer weiter erhöht und schreckte ab: Noch während die Häfen für die „Diciotti“ geschlossen waren, wurden erste Fälle dokumentiert, in denen kommerzielle Schiffe Menschen nicht aus Seenot retteten, weil sie ein ähnliches Szenario befürchteten.¹⁴

Der Fall „Nivin“

Am 7. November 2018 gerieten 95 Menschen in internationalen Gewässern in Seenot. Die Schutzsuchenden kontaktierten das „Watch the Med-Alarmphone“, das den Notruf an die Seenotleitstelle in Rom weiterleitete. Diese sah sich nicht als zuständig an und verwies auf die „libysche Küstenwache“. In Tripolis war jedoch einmal mehr niemand erreichbar.

Erst am nächsten Tag wies Rom das Transportschiff „Nivin“ an, die Menschen zu retten. Sie verwiesen allerdings weiterhin auf die Zuständigkeit Libyens.¹⁵ Die Menschen wurden schließlich von der „Nivin“ zurück ins libysche Misrata gebracht. Nachdem sie sich 10 Tage weigerten auszusteigen, wurden sie gewaltsam von libyschen Einheiten vom Boot geholt.

Wie immer in diesen Fällen wird der genaue Ablauf nicht der Öffentlichkeit preisgegeben. Hat Rom allerdings den Einsatz koordiniert – und dafür spricht vieles – wäre dies ein klarer Verstoß gegen internationales Recht: Artikel 33 der Genfer Flüchtlingskonvention verbietet es, Schutzsuchende in ein Land zu bringen, in dem sie von Verfolgung bedroht sind. In Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention ist der Schutz vor Folter verbrieft. Seit dem Hirsi-Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ist es europäischen Ländern ausdrücklich verboten, Schutzsuchende nach Libyen zurückzubringen.¹⁶

¹⁰ Deutsche Welle: „Libyen als Retter in der Not - für die EU“. Online abrufbar: <https://bit.ly/2tfymEe>.

¹¹ Watch the Med-Alarmphone: „I don't Need to Be on the News, I Need to Be Rescued“, 07.02.2019. Online abrufbar: <https://bit.ly/2Dhnydq>.

¹² Das Video von Sea Watch e.V. ist online abrufbar: <https://bit.ly/2Gnnxsl>.

¹³ Tagesschau: „Italien droht mit Rückführung nach Libyen“, 20.08.2018, online abrufbar: <https://bit.ly/2PojDaz>.

¹⁴ Borderline Europe: „Salvinis Italien: Abschottungspolitik auf Kosten von Menschen in Seenot“. Online abrufbar: <https://bit.ly/2laXPZK>.

¹⁵ Für eine ausführlichere Beschreibung des Falls siehe Watch the med-Alarmphone: „Torture or Death - The Options Europe offers to Freedom-Seekers“, 19.11.2018, online abrufbar: <https://bit.ly/2SreiON>.

¹⁶ Das Urteil ist online abrufbar unter: <https://bit.ly/2vbOMAE>.



EU verabschiedet sich von Menschenrechten

Die Zusammenarbeit mit der „libyschen Küstenwache“ ist genauso völkerrechtswidrig wie zynisch: bereits 2017 zeigt Amnesty International in einem Bericht, dass die libyschen Einheiten mit Schleppern zusammenarbeiten.¹⁷⁾ In ihrem Kampf gegen Schlepper unterstützt die EU deren Partner und gefährdet die Leben von Menschen auf der Suche nach Schutz.

Durch die Ausrüstung und die Ausbildung der Libyer und die Tatenlosigkeit bei Notrufen aus der libyschen Such- und Rettungszone leistet die EU Beihilfe zu Menschenrechtsverletzungen.¹⁸⁾ Völkerrechtswidrige Pushbacks lässt sie in Stellvertretung durch ihre Söldner in Libyen durchführen.

Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Artikels fahren keine NGO-Schiffe im Mittelmeer. EUNAVFOR-MED hat noch zwei Schiffe im Einsatz. Am 19. Januar 2018 ertrinken 170 Schutzsuchende in internationalen Gewässern zwischen Italien und Libyen. Für internationalen Aufschrei reicht dies nicht mehr aus.

Laut UNHCR ist die Todesrate im zentralen Mittelmeer auf Rekordhoch: durchschnittlich starb einer von 14 Schutz-

suchenden auf der Route.¹⁹⁾ Doch auch 2014 verloren trotz „Mare Nostrums“ 3093 Menschen im zentralen Mittelmeer ihr Leben. Es ist klar: Wer das Sterben im Mittelmeer beenden will, muss legale Wege in die EU schaffen. Innerhalb der EU braucht es ein solidarisches Prinzip der Aufnahme, das die Bedürfnisse der Schutzsuchenden zum Ausgangspunkt nimmt. Die Politik der Exklusion – im Innern der EU, wie an ihren Grenzen – ist Wasser auf die Mühlen der Rechtsradikalen. In manchen Mitgliedstaaten sitzen die Menschenfeinde bereits in der Regierung. Sie schlachten jedes Tauziehen um die Aufnahme von Schutzsuchenden im zentralen Mittelmeer für ihre Agenda aus. Die unerträglichen Lebensbedingungen in griechischen Hotspots und Flüchtlingslagern der EU produzieren die Bilder, die die Rassist*innen von Schutzsuchenden zeichnen.

Ihnen gegenüber steht eine europäische Zivilgesellschaft, die für ein offenes Europa der Menschenrechte eintritt, allen voran die zivile Seenotrettung. In den letzten Jahren sind Bewegungen, die für ein solidarisches Miteinander streiten, enorm gewachsen. Diese Bewegungen gilt es zu unterstützen und auszubauen. ■

17) Amnesty International: „Libya's Dark Web of Collusion“, 12.12.2017.

Online abrufbar: <https://bit.ly/2GzaMre>.

18) Ausführlicher zur Frage der Beihilfe, siehe Deutsches Institut für Menschenrechte: „Seenotrettung und Flüchtlingsschutz“, 31.07.2018.

Online abrufbar: <https://bit.ly/2DgnSf5>.

19) Info Migrants: „UNHCR says death toll at sea on the rise“, 31.01.2019.

Online abrufbar: <https://bit.ly/2SaABCE>.

Spenden:

Pro Asyl e.V.

IBAN: DE70 3702 0500 5050 5050 50

BIC: BFSWDE33XXX

DOMINIK MEYER arbeitet in der Europaabteilung von ProAsyl, einer Organisation, die sich für die Rechte von Flüchtlingen und Migrant*innen einsetzt. Sie helfen Schutzsuchenden im Asylverfahren, recherchieren Menschenrechtsverletzungen an den Grenzen und kämpfen für eine offene Gesellschaft, in der Flüchtlinge Schutz erhalten.

Mehr Informationen gibt es unter www.proasyl.de

JONAS ERULO

Menschenrettung – Rettung des Menschen

Notizen zur Kritik der westlichen Demokratien angesichts des Mittelmeers als Massengrab

42

Zivile Seenotrettung und wie wir sie überflüssig machen

Menschen auf der Flucht sterben im Mittelmeer. Man kann sie wortwörtlich nicht zählen. Ihre Körper können die Küsten Europas nicht lebendig erreichen.

Menschen organisieren sich, um zu retten. Sie werden aktiv daran gehindert und kriminalisiert. Man wirft ihnen vor, die staatliche Sicherheit zu gefährden.

Man stellt die Frage, ob überhaupt gerettet werden sollte. Regierungen stellen internationales Recht in Frage und versuchen sich in rechtlich wilden Konstruktionen.

Im Hintergrund bewegen sich offen rassistische und autoritäre politische Kräfte. In einigen Ländern sind sie bereits an der Regierung. In allen bestimmen sie die öffentliche Debatte.

Das ist ungefähr die „Urszene“, in der zivile Seenotrettung und die mit ihr solidarische Bewegung entstanden ist.

Schlüsselt man diese „Urszene“ auf, lässt sich wesentliches erkennen über verdrängte Aspekte unserer modernen, freiheitlichen Zivilisation und ihrer gegenwärtigen Lage.

In einem ersten Anlauf stelle ich die Frage: Was sagt die Tatsache, dass der Raum der freiheitlichen Staaten, die sich explizit auf Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit beziehen, durch ein Regime der systematischen Entrechtung und Verachtung menschliches Leben umzäunt ist, über diesen Raum (in unserem Fall: Europa) und seine Ordnung aus? In diesem Zusammenhang deute ich Seenotrettung und Migration als Anfechtung dieses Regimes und seiner eigenen Widersprüchlichkeit.

In einem zweiten Anlauf möchte ich auf die vielschichtige Ambivalenz der „Menschenrechte“ – auf die sich immer wieder solidarische Kräfte berufen – eingehen. Hier stelle ich drei Einwände: (1) „Menschenrechte“ bedürfen eines Souveräns als Instanz ihrer Durchsetzung: Sie werden

übersetzt in die Gesetzgebung eines (National)Staates und existieren als Bürger*innenrechte. Damit ergibt sich eine Spannung zwischen der Universalität der Menschenrechte und Bedingtheit ihrer Durchsetzung. (2)

Menschenrechte beruhen demnach auf einer Rechts- und Staatsform, die ihrerseits wesentlicher Teil der Gesellschaftsform ist und dadurch selbst eine Herrschaftsform reproduziert. Dies stellt die Grundursache der Verletzungen von Menschenrechten dar (das Versprechen eines guten Lebens für alle).

(3) Schließlich verlegt sich die Logik der Menschenrechte auf ein Minimalprogramm, in dem der Mensch hauptsächlich als verletzliches und bedrohtes Wesen vorkommt. Ist das aber nicht zu wenig?

In einem dritten Teil liefere ich Argumente weshalb man – angesichts der sich anzeichnenden Regression in menschenverachtende Rechtslosigkeit durch faschistoide Kräfte – unbedingt an den Menschenrechten festhalten sollte.

Schließlich möchte ich einen Ausblick versuchen, wie man aus den angedeuteten Engpässen herauskommen könnte.



I. Politik der Lager: Entmenschlichung und Entrechtung als Systemfunktion

43

Zivile Seenotrettung und wie wir sie überflüssig machen

Das Mittelmeer ist nicht bloß als natürliche Barriere, sondern als Teil des europäischen Grenzregimes zu betrachten, zusammen mit den bewaffneten Grenzen, den „hot spots“, den „transitional centres“, mit den nach Nordafrika verlegten Lagern. Das Mittelmeer selber ist in einem: Grenze, Lager und Massengrab.

So wird zu Recht oft auf das Konzept des „biopolitischen Lagers“ des italienischen politischen Philosophen Giorgio Agamben zurückgegriffen, um die Art und Weise, in der dieser Mechanismus funktioniert, zu schildern. Mit „Lager“ bezeichnet Agamben die zeitliche und räumliche Ausdehnung eines rechtfreien Zustandes, in dem „Norm und Ausnahme nicht mehr zu unterscheiden sind, bzw. der Ausnahmezustand zur Norm wird“. Dort wird Recht so radikal außer Kraft gesetzt, dass es auch möglich wird, unmittelbar über das Leben oder Sterben von Menschen zu entscheiden: ein Leben kann zum „lebensunwerten Leben“ erklärt werden. Passiert nicht genau das in Bezug auf das Mittelmeer?

Viel mehr aber als eine Lücke aufzuzeigen in einem Gefüge, in dem sonst Recht und Rechte herrschen, sind die Nicht-Orte des Lagers das Bestimmende „des politischen Raumes, in dem wir auch heute noch leben“ (Agamben). Der Ausnahmezustand des „Lagers“, ist gerade als Ausnahme von der juristisch politischen Ordnung ihre verschwiegene Voraussetzung, das, worauf diese Ordnung baut und eine sie immer begleitende Erscheinung. Also sagt die Existenz von Massengrab und Lager etwas über das Gesamte unserer Gesellschaft aus: unsere Gesellschaften, gekennzeichnet von individuellen Rechten und Rechtsstaatlichkeit, beruhen darauf, unzählige Menschen

aus diesem Raum, in dem Leben zugelassen und Rechte gewahrt werden, auszuschließen. Dieser Sachverhalt wird nochmal verdrängt, unsichtbar gemacht und geleugnet. Versteht man mit Foucault die Machtausübung der modernen Staaten als Ausdruck der Entscheidung darüber, „leben oder sterben zu lassen“, wird deutlich, dass sich diese Macht aktuell ziemlich explizit als ein „Leben-Lassen“ nach innen und als ein „Sterben-Lassen“ nach außen artikuliert.

Da „Lager“ aus dem Kriegsrecht und aus dem Ausnahmezustand entstanden sind, zeigt ihre Existenz und ihre strukturierende Funktion, dass unsere Gesellschaften und ihre Institutionen selbst auch als „Maschinen“ eines ununterbrochenen „Bürgerkrieges“ verstanden werden können. Was geführt wird, ist tatsächlich ein Krieg gegen Millionen Entrechteter nach außen. In der Tat: die Zahl der Toten an den europäischen Außengrenzen ist mit den Folgen eines Krieges zu vergleichen. Neurechte stilisieren ohnehin explizit Migrant*innen als Hauptfeind. Nach innen wird ein Krieg geführt gegen emanzipatorische Kräfte, die sich auch nur auf minimalster Form mit den zu Opfern gemachten solidarisieren: In dieser Linie kann man auch die Kriminalisierung von Seenotrettung deuten.

Vor diesem Hintergrund kann aber auch die politische Bedeutung von Seenotrettung verstanden werden. *Zivile (oder besser: aktivistische) Seenotrettung greift in diesen Konflikt zwischen einer ausschließenden Ordnung und der Regung nach Freiheit und Leben von Migrant*innen ein. Sie öffnet eine kleine Bresche in der Mitte der tötenden Grenzpolitik und macht damit Raum für die autonome Bewegung von Migrant*innen, die ein Handeln gegen jene Ordnung ist, die*

schlechte Lebensbedingungen an ihren Rändern produziert, sich mit Gewalt und Folter verteidigt und sich als unhinterfragbar präsentiert. Das kommt besonders deutlich zum Vorschein, wenn man die Tatsache berücksichtigt, dass Seenotrettung den Teufelskreis unterbricht, der zwischen Festung Europa, libyscher „Küstenwache“, „Schleppern“ und Lagern besteht und auf dem die Mittelmeergrenze aufbaut. Seenotrettung unterbricht das reibungslose Funktionieren dieser Maschine und die lügnerische Erzählweise, nach der europäische Staaten „Menschenhandel“ und „Schlepperei“ mit ihrer Grenzpolitik bekämpfen wollen – das Gegenteil ist der Fall. Damit ist aber Seenotrettung eine Praxis der Hoffnung und des Widerstandes indem sie minimale Solidarität leistet. Seenotrettung stellt darin nicht nur Lager und Massengrab in Frage, sondern das große Ganze, das diese produziert und das gleichzeitig auf diesen gründet. Dabei geht es um vielmehr, als um eine Garantie körperlicher Unversehrtheit, um die Aufhe-

bung von Folter, um die Einforderung des bloßen Überleben-Könnens. Diese Welt der Lager und Mauern ist dann überwunden, wenn weiter gegriffen wird: Wenn es um die Ermöglichung menschlichen, von Zwang befreiten, selbstbestimmten Lebens für Alle geht.

Die Befreiten von der Mare Jonio sind aus dem Schiff gestiegen und haben im Chor: „Liberté, liberté! Vive la liberté!“ gerufen. Sie haben sich im europäischen Raum, aus dem sie ausgeschlossen und verdrängt wurden, als lebendige Menschen präsent gemacht und damit die Entmenschlichung überwunden.

II. Umkämpfte und ambivalente Menschenrechte

Eine Linie, entlang derer man das Ganze in Frage stellen kann und gleichzeitig die Perspektive eines „humanen Lebens“ eingenommen wird, bietet die Thematik der Menschenrechte. Menschenrechte können einerseits als zentrale Selbstverständigungskategorie der aufgeklärten Moderne verstanden werden, weisen aber andererseits auch auf zahlreiche Spannungen und Widersprüche der modernen Gesellschaften und ihrer Denkformen in sich hin.

In ihrem Kern verweist die Idee der Menschenrechte auf etwas Universales (für alle gültig) und Unbedingtes (an keine andere Bedingung gebunden). Damit bringt die Idee der Menschenrechte eine Unbedingtheit des Menschseins selbst zur Sprache: Weil man Mensch ist, hat man Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben, auf die Verwirklichung von Glück, auf Freiheit vor Bedrohung und Zwang, auf die Möglichkeit freier Beziehungen. Das gilt gleichermaßen für jeden Menschen, sodass es prinzipiell keine Herrschaft von Menschen über Menschen geben sollte. Menschenrechte stehen somit für einen von Herrschaft, Zwang und Angst befreiten Leitsatz. Ihre Logik verbindet sich mit dem Los der aufgeklärten Moderne, der Annahme der Gleichheit und Freiheit aller. Man kann behaupten, dass unsere Verfassungen dadurch legitimiert sind, dass sie den Anspruch erheben, im Dienste der Verwirklichung dieses Leitsatzes zu stehen. Beim Blick auf Lager, Mauern und das Massengrab Mittelmeer kann dies aber nicht mehr behauptet werden. Die Widersprüche werden sichtbar.

Eine erste Spannung ist darin eingeschrieben, dass Menschenrechte als Bürgerrechte innerhalb von Nationalstaaten gewährt werden: Etwas eigentlich Universales

wird durch etwas vermittelt, was eine Abgrenzung und damit einen Ausschluss darstellt. Faktisch zeigt sich im Fall Flüchtender immer wieder, dass diese Spannung zum Nachteil der Logik der Menschenrechte gelöst wird, wie schon Hannah Arendt feststellte: „Der Begriff der Menschenrechte [...] brach in dem Augenblick zusammen, als diejenigen, die sich zum Glauben daran bekannten, zum ersten Mal mit Leuten konfrontiert waren, die wirklich alle ihre anderen Eigenschaften verloren hatten – außer dass sie immer noch Menschen waren“ (Arendt).

Damit – so Agamben – „stürzt“ die Figur des Geflüchteten die Konstruktion des freiheitlich-demokratischen Nationalstaates und dessen Bürgers in eine „radikale Krise“: Die Idee des Bürgers eines Nationalstaates hat verdeckt, dass die Universalität der Menschenrechte durch sie nicht nur mangelhaft verwirklicht, sondern strukturell beschädigt wird. Der Flüchtling* entlarvt die implizite Grenzziehung zwischen denen, die Anteil haben an einer Anerkennung ihrer Humanität und denen, die nicht mal berücksichtigt werden sollen; diese Grenzziehung vollzieht sich de facto als Leugnung der Menschlichkeit der nicht Zugehörigen. Auch deshalb muss eine Gestaltung der Welt, die an der Idee Staat-Nation-Territorium festhalten will, auf Lager im Umgang mit Geflüchteten setzen: Um nicht in die Krise zu geraten, neigt der Nationalstaat dazu, das Leben Geflüchteter zur Disposition zu stellen, um diese nicht in die Gesamtrechnung einbeziehen zu müssen. *Diese Kritik in ein positives Programm umwendend, könnte man mit Balibar sagen, „dass in gewissem Sinne heute das politische Subjekt par excellence [...] der Flüchtling, homeless und heimatlos, „ohne Papiere“ oder „ohne Staat“ ist (Balibar). Dieser fordert nicht nur Rechte ein, sondern eine „Umgestaltung des Politi-*



schen“ (Balibar). Sein „Recht auf Rechte“ (Arendt) gegen eine Ordnung, die ihm Rechte verwehrt, einfordernd, leistet er eine „Subversion der Normen und bestehenden Codes“ (Balibar) im Namen einer universalen Verwirklichung der „Gleichfreiheit“.

Eine fundamentalere Spannung besteht darin, dass die Logik der Menschenrechte sehr eng mit der Logik des modernen Rechts verwandt ist und dessen Ambivalenz teilt. In modernen Gesellschaften gibt es keine unmittelbare Herrschaft von Menschen über Menschen, da alle vor dem Gesetz gleich und frei sind (d.h., es gibt keine direkte, formal sanktionierte Unterordnung von Menschen unter Menschen, wie etwa in einer feudalen Gesellschaft). Die Rechtsform drängt sogar unmittelbare Gewaltverhältnisse zurück (so z.B. Franz Neumann). Dasselbe Recht garantiert aber einerseits das erheblich ungleiche Eigentum an Mitteln, andererseits die Möglichkeit für alle – weil gleiche und freie! – sich aufeinander als Warenbesitzer und Warentauscher zu beziehen. Gerade aber durch diesen freien Tausch von Waren wird die spezifische Herrschaft moderner Gesellschaften produziert und reproduziert: die Herrschaft des Zwanges zur Kapitalverwertung über Individuen und gesellschaftliche Beziehungen. Sprich: Ge-

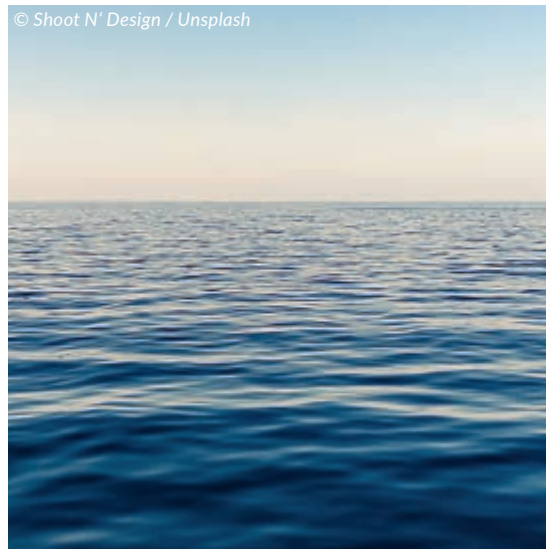
rade durch die Behauptung universal (jedoch: formaler) Gleichheit und Freiheit wird eine ungerechte Welt legitimiert und reproduziert, die Menschen als real ungleiche und unfreie hervorbringt. Zu dieser um das Gesetz der Verwertung aufgebauten Welt gehört aber auch die Konkurrenz unter Nationalstaaten sowie der Umstand, dass große Teile des Planeten aus Zwecken der Verwertung schlechter bewohnbar als andere gemacht werden und dadurch ihren Bewohner*innen deutlich weniger Chancen einräumen können. Tatsächlich gleich und frei sind in den bestehenden Verhältnissen „Waren“ und „Geldzeichen“: für diese gibt es „eine Welt“ – nicht aber für die „lebenden Menschen“, die durch sichtbare und unsichtbare Mauern getrennt werden. *Will man sich vor dem Hintergrund dieser zweiten Spannung positiv auf „Menschenrechte“ berufen, dann müssen diese als Verdichtung eines Programmes verstanden werden, um diese eine, allen Menschen zugängliche Welt hervorzubringen. Dieses Programm impliziert aber dann auch eine Überwindung der gegebenen Vergesellschaftung. Darin ginge es um nichts weniger, als um eine „wahre Demokratie“, die gegen deren strukturelle Verunmöglichung im Gegebenen zu behaupten ist.*

III. Gegen die Barbarei

Man muss aber feststellen, dass sich gegenwärtig eine Tendenz verstärkt, Menschenrechte überhaupt in Frage zu stellen, im Rahmen einer generellen Regression. Ungleichheitsideologien sind verbreitet sowie die Tendenz, Menschenrechte aus anscheinend pragmatischen Gründen außer Kraft zu setzen. Gerade in Bezug auf Migrationsfragen, weichen Politiker*innen gern von Rechtsstaat, internationalen Abkommen und Menschenrechten ab, behandeln Migrant*innen und sich mit Migrant*innen Solidarisierende durch Mittel des Ausnahmezustands. Wieder Agamben formuliert treffend: „Der normative Aspekt des Rechts kann [...] ungestraft entwertet, ihm kann widersprochen werden von einer Regierungsgewalt, die im Ausland internationales Recht ignoriert, im Inneren einen permanenten Ausnahmezustand schafft und vorgibt, immer noch das Recht anzuwenden“ (Agamben). Dass Vollzieher dieser Tendenz oft Innenminister (Salvini, Seehofer, Kickl) sind, ist kein Zufall: Politik wird Polizeisache, soziale Fragen werden als Fragen der „Sicherheit“ und der „öffentlichen Ordnung“ behandelt, Aktivist*innen werden auch des Terrorismus beschuldigt.

Dabei wird gerade die Logik der Rechtsstaatlichkeit pervertiert. Zum einen wird „Rechtsstaat“ nicht als Schutz vor der Willkür der Staatsapparate, sondern gerade als Durchsetzung staatlicher Macht verstanden, auch gegen geltendes Recht. Aber nicht nur das: Die Polizei als Organ der Bekräftigung des Gesetzes wird mit zunehmend eigener gesetzgebender Macht ausgestattet und zum Teil sogar zur Durchsetzung von Partikularinteressen eingesetzt. So kann der italienische Innenminister Salvini durch gezielte polizeiliche Interventionen seinen (permanenten) Wahlkampf – in dem er sich als starker Mann, der angesichts einer vermeintlichen externen Bedrohung eingreift, inszeniert – flankieren, während er zunehmend Bereiche unter der Kompetenz von Innenministerium und Polizei fallen lässt. Die Polizei selbst bekommt Merkmale einer Bande und es zeichnet sich eine Degeneration des bürgerlichen Rechtsstaates in eine Bandenherrschaft an. Demgegenüber lohnt es sich, den erreichten Stand des Menschenrechtsschutzes und die noch bestehende Zustimmung zur Idee der Menschenrechte zu verteidigen, im Wissen, dass es „es etwas Schlimmeres gibt als die kapitalistische Herrschaft“: ihre negative Aufhebung. In diesem Sinne gilt auch, dass man noch in der Kritik der bürgerlichen Welt „dieselbe gegen ihre immanente »Barbarisierung« [die faschistische Bedrohung, J.E.] verteidigen muss, was nur dann nicht in ihre Apologie umschlägt, wenn sie sie [...] als fortexistierenden Grund der stets drohenden Katastrophe denunziert.“

© Shoot N' Design / Unsplash



Das bedeutet aber auch zu berücksichtigen, dass die Möglichkeit der Regression in die „Barbarei“ sowie der Ausnahmezustand in diesen Verhältnissen angelegt sind – nicht zuletzt aufgrund ihrer Tendenz zur Krise. Bestimmte Wirtschaftspolitiken (land grabbing, Freihandel, Waffenexporte u.a.), die direkt dazu beitragen, dass Menschen sich zum Weggehen entscheiden (müssen) sind verbunden mit der „notwendigen“ Suche nach neuen Verwertungsmöglichkeiten eines wirtschaftlichen Systems, das von selbst darauf angelegt ist, sich die eigene Grundlage zu nehmen: Stärkere, erzwungene Migrationsbewegungen sind dabei Ausdruck der systemischen Krise dieser Gesellschaft. Der permanente Ausnahmezustand – der Rechte und Demokratie außer Kraft setzt – ist dann zum einen die Bestätigung des schon immer gegebenen tendenziellen Widerspruchs zwischen bürgerlicher Gesellschaft und Freiheit und Gleichheit aller, zum anderen aber auch Zeichen der Tendenz der bürgerlichen Gesellschaft zur eigenen negativen, antiliberalen Aufhebung. Daher sind Kämpfe für Menschenrechte und gegen die Erscheinungsformen des konstitutiven Ausnahmezustands (Grenzen, Lager; Repression) nicht nur in einer Logik der Abwehr zu verstehen, sondern auch als das, was Möglichkeiten anbietet, „das Funktionieren der Maschine zu unterbrechen, die den Okzident derzeit in den weltweiten Bürgerkrieg führt“ (Agamben).

IV. Ausbruch aus der Welt der Opfer

Und doch bleibt die Perspektive der „Menschenrechte“ aus vielerlei Hinsicht in dem verhaftet, was sie zu kritisieren meint: Eine Welt, in der die Möglichkeit, menschlich leben zu können – sogar: überleben zu können – für so viele systematisch in Frage gestellt wird. Für den Philosophen Badiou ist die „Ethik der Menschenrechte“ gar Bestandteil der tragenden Ideologie der Gegenwart, die dazu führt, dass das gegenwärtige Elend ungebrochen und unhinterfragt bleibt. Gemäß der Logik der Menschenrechte werden letztendlich Menschen darauf reduziert, Träger*innen von Bedürfnissen zu sein und Teilnehmer*innen an den vielfältigen Varianten des Warentausches: Was im Idealfall garantiert werden soll, ist die Beteiligung aller an dem Tausch und damit an der Reproduktion dieser Verhältnisse. Damit rückt der Mensch vor allem als bedrohtes Tier und potenzielles Opfer ins Zentrum. „Die Menschenrechte sind Rechte zum Nicht-Bösen: weder beleidigt noch verletzt werden an seinem Leben (Grauen vor dem Mord und der Hinrichtung), noch am Körper (Grauen vor der Folter, vor den Misshandlungen und vor der Hungersnot)“ (Badiou). Menschenrechte bieten bloß ein internes und stabilisierendes Korrektiv zu einer Welt, die gerade durch die „Entfesselung der Egoismen, das Verschwinden oder die äußerste Unsicherheit der emanzipatorischen Politik, die Vervielfältigung der „ethnischen“ Gewaltsamkeiten und die Universalität der wildwüchsigen Konkurrenz“ (Badiou) gekennzeichnet ist. Ist aber der Mensch nicht gerade dadurch charakterisiert, dass er sich von seinem tierischen Bedroht-Sein distanzieren kann und für „Wahrheiten“ wie die Liebe, die Kunst, die Politik zu leben fähig ist?

Badiou wendet die Perspektive um: „Wenn es „Menschenrechte“ gibt, [sind] es sicherlich nicht Rechte auf das Leben gegenüber dem Tod oder Rechte des Überlebens gegenüber dem Elend“. In diesem Sinne ginge es darum, einen Weltzusammenhang zu überwinden, in dem nicht nur Menschen als Opfer produziert werden (um dieses aufrechtzuerhalten!), sondern in dem der „Mensch“ selber darauf reduziert wird, entweder potenzielles Opfer oder bloß passiv Überlebender zu sein und in dem das höchste Denkbare das „Menschenrecht“ ist. Menschliches Leben sollte aber nicht nur darin bestehen, ums Überleben zu kämpfen oder sich in der traurigen Welt der Verwertbarkeit zurecht finden zu müssen.

In dieser Perspektive ist dann aber der Kampf von Migrant*innen und Aktivist*innen weniger als Einforderung ihnen zustehender Rechte innerhalb des Bestehenden zu verstehen. Ihre Kämpfe sind schon immer ein Ausgriff auf eine andere Welt und damit auch schon auf ein Leben aus dem, was Badiou „eine Wahrheit“ nennt: etwas was gegenüber dem Gegebenen überschüssig ist, das einen „immanenten Bruch“ mit dessen Selbstverständlichkeiten einleitet und selber die bloße Orientierung an dem „Überlebensprinzip des menschliches Tieres“ durcheinander bringt. Tatsächlich greifen Migrant*innen und Aktivist*innen weiter hinaus, sie antizipieren die Wahrheit der „einen Welt aller lebender Männer und Frauen“ (Badiou), welche im Bestehenden als „illegal“ gilt. Sie klagen die Politik des Ausnahmezustands und der Katastrophenverwaltung an; nicht im Namen der körperlichen Unversehrtheit, sondern des befreiten, „wahren“ Lebens aller. Was sie in die gegenwärtige Situation hineinbringen, ist die Möglichkeit, alles neu zu denken und gestalten:

„Die ausländischen Arbeiter*innen und ihre Kinder zeugen in unseren alten, erschöpften Ländern von der Jugend der Welt [...]. Mit ihnen erfindet sich die zukünftige Politik. Ohne sie werden wir im nihilistischen Konsum und im Polizeistaat verdämmern. Mögen die Fremden uns lehren, uns selbst fremd zu werden, aus uns herauszugehen. Das ist das Thema der Demokratie. Wir dürfen nicht länger gefangen sein in dieser langen westlichen [...] Geschichte, die an ihr Ende kommt und von der wir nichts anderes mehr zu erwarten haben als Sterilität und Krieg. Begrüßen wir gegen diese katastrophische, repressive und nihilistische Politik die Fremdheit des Morgen.“ (Badiou)

Geflüchtete zeigen die Notwendigkeit einer radikalen Veränderung und eröffnen die Möglichkeit, eine Veränderung einzuleiten. *So eingzugreifen, dass diese Möglichkeit aufgegriffen wird: darauf käme es an.* ■

JONAS ERULO hat Theologie und Philosophie in Mailand und Freiburg studiert und ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Fundamentaltheologie und Religionsphilosophie der Universität Münster. Er ist politisch organisiert und in antirassistischen und antifaschistischen Zusammenhängen aktiv.

STEPHEN ADAAWEN / BENJAMIN SCHRAVEN

„Fluchtursachenbekämpfung“ – Kann Entwicklungszusammenarbeit die Seenotrettung überflüssig machen?

48

Zivile Seenotrettung und wie wir sie überflüssig machen

Entwicklungszusammenarbeit hat nach 2015 einen deutlichen Wertsteigerung in der öffentlichen und politischen Wahrnehmung in Deutschland und Europa erlebt. Aber kann sie es wirklich schaffen, Menschen von der Flucht oder – aus europäischer Perspektive – irregulären Migration in Richtung Europa abzuhalten? Oder verkürzt ausgedrückt: Ist Entwicklungshilfe die bessere (präventive) Seenotrettung? Nach dem Zuzug hunderttausender Geflüchteter v.a. aus Syrien, Afghanistan oder dem Irak im Jahr 2015 richtete sich bald der „auswärtige“ Fokus in der deutschen und europäischen Fluchtdebatte auf den afrikanischen Kontinent. Nicht nur, dass die politische Auseinandersetzung in Deutschland und seinen Nachbarländern durch den mit der sogenannten „Flüchtlingskrise“ eng im Zusammenhang stehende Aufstieg von AfD und Co. immer schriller wurde. Die Bilder von im Mittelmeer ertrinkenden Menschen, „Sklavenlagern“ in Libyen oder die zumindest im Jahr 2016 noch kaum gesunkenen Zahlen von Afrikanerinnen und Afrikanern, die es tatsächlich nach Europa geschafft haben, taten ihr Übriges. Dadurch wurde ein Ruf immer lauter: Wir – also die Deutschen oder die Europäer*innen – müssen nun endlich die Ursachen von Flucht, Vertreibung und Verzweiflungsmigration angehen. Und dies vor allem in Afrika. Das Mantra der Fluchtursachenbekämpfung war geboren. Schaut man auf diverse Medienbeiträge, die sich um dieses Mantra drehen, so waren diese Ursachen oft recht schnell und einfach erklärt: Neben Faktoren wie dem Klimawandel, schwachen Staaten und seinen typischen Begleiterscheinungen wie Korruption oder Konflikten, wird vor allem die allgegenwärtige Armut in den afrikanischen Ländern genannt. Armut und die mit ihr einhergehende



Perspektivlosigkeit ist (scheinbar) der Hauptgrund für die Flucht übers Mittelmeer - und das große Sterben in selbigem.

Im Umkehrschluss lag und liegt es für viele Deutsche und Europäer*innen nahe, den Schlüssel zur Überwindung von Flucht und irregulärer Migration vor allem in den Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit zu suchen. Getrieben von der eigenen Hybris hieß es recht bald, dass mit mehr Entwicklungszusammenarbeit nun die afrikanischen Staaten mal endlich richtig auf die eigenen Beine kommen müssten und mit der Losung „Jobs, Jobs, Jobs“ ihren Menschen bessere Perspektiven geboten werden müssten - damit sich eben nicht mehr so viele Menschen auf die gefährliche Reise in Richtung Europa machen. Dementsprechend wurden einige Programme aufgelegt, wie etwa der „EU Emergency Trust Fund for Africa“ (EUTF), eine milliarden schwere Mischung aus Entwicklungshilfe und Migrationsmanagement – worunter nicht zuletzt auch Grenzsicherungen und andere eher sicherheitspolitische Maßnahmen entlang der großen Migrationsrouten fallen. Wie soll man dies nun beurteilen?

Als Erstes gilt es aus Sicht der Migrations- und Entwicklungsforschung festzuhalten, dass es für die afrikanische Migration in Richtung Europa nicht den einen Hauptgrund gibt. Wie andere Migrationsprozesse auch, kann man diesen nur mit einer komplexen Vielfalt aus wirtschaftlichen, politischen, sozialen oder kulturellen Gründen erklären. Bei der irregulären Migration in die EU vermischen sich oftmals klassische ökonomische Migrationsmotive wie etwa der Suche nach besseren Lebens-/Arbeitsbedingungen mit solchen Faktoren wie Konflikten (oft unterhalb der Schwelle eines offenen Bürgerkriegs), Repression, Terrorismus oder anderen Bedrohungen oder Beeinträchtigungen menschlicher Sicherheit. Nicht umsonst wird in diesem Zusammenhang immer öfters auch von „mixed migration“ (oder auf Deutsch: gemischten Wanderungen) gesprochen.

Auch der gern genannte Hauptfluchtgrund – Armut – taugt aus wissenschaftlicher Sicht wenig als erklärende Variable für menschliche Mobilität. Da Menschen Geld oder auch andere Ressourcen benötigen, um von A nach B zu gehen, verhindert Armut gemeinhin Migration viel eher als dass sie diese befördern könnte. Besonders arme Entwicklungsländer, wozu ein Großteil der afrikanischen Länder zählt, haben daher auch denkbar niedrige Migrationsraten. Erst wenn die wirtschaftliche Entwicklung in einem Land richtig „anspringt“, gehen auch die Zahlen bei der Migration nach oben – wobei es sich hierbei zumeist um reguläre Migration handelt. Eine schlichte Formel „Mehr Entwicklung führt zu weniger Migration“ geht so nicht auf. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall.

Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass es aufgrund der europäischen Intervention im Bereich Grenzsicherung, gerade in den Sahelländern, verstärkt zu einer Beeinträchtigung der intraregionalen Migration kommt. Diese macht – entgegen der Annahme einer afrikanischen „Völkerwanderung“ – gen Europa – bei weitem den größten Teil der internationalen Migrationsbewegungen in Afrika aus und ist eine elementare Lebensgrundlage für zig Millionen Menschen. Beeinträchtigungen wären dementsprechend ziemlich fatal. Auch besteht die Gefahr, dass wichtige Prinzipien für eine effizientere Entwicklungszusammenarbeit wie „Ownership“ oder die Achtung von Demokratie und Menschenrechten, die mühsam in den 1990er und 2000er Jahren erarbeitet wurden, ein Stück weit auf dem Altar der „Fluchtursachenbekämpfung“ geopfert werden. Schlimmstenfalls wären dann etwa die Rücknahme abgelehnter Asylbewerber bei einem Partnerland wichtiger als dessen Fortschritte im Bereich Rechtsstaatlichkeit.

Das soll nun aber nicht bedeuten, dass Entwicklungszusammenarbeit in diesem oder auch anderen Kontexten falsch oder unsinnig wäre. Sie kann grundsätzlich wichtige Beiträge dazu leisten, dass sich wirtschaftliche, soziale, politische oder auch ökologische Verhältnisse in Entwicklungsländern verbessern. Migration unterbinden oder eindämmen kann sie allerdings nicht, da Migration und Entwicklung ein Stück weit wechselseitig bedingen (s.o.). Die Aufgabe der Entwicklungshilfe sollte es vielmehr sein, die positiven und entwicklungsfördernden Aspekte von Migration, wie etwa Rücküberweisungen, zu pflegen (etwa durch Bereitstellung von Informationsdienstleistungen oder Qualifizierungsmaßnahmen für Migrant*innen). Andererseits sollte es ihre Aufgabe sein, negative Aspekte oder Formen von Mobilität wie Gewaltmigration oder gemischte Wanderungen zu adressieren. Dazu wäre eine Stärkung solcher Aktionsfelder wie ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung unerlässlich. Und auch an einer Diskussion, wie und inwieweit Europa die Möglichkeiten der regulären Zuwanderung nicht erweitern müsste, wird der alte Kontinent auf kurz oder lang nicht vorbeikommen. ■

Der Geograph **DR. STEPHEN ADAAWEN** und der Sozialwissenschaftler **DR. BENJAMIN SCHRAVEN** sind Mitarbeiter beim Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE).

PROF. THOMAS GROß

Kann legale Arbeitsmigration eine Alternative zur Flucht über das Mittelmeer sein?

50

Zivile Seenotrettung und wie wir sie überflüssig machen

Viele der Personen, die aus Afrika oder Asien nach Europa reisen und dabei oft lebensgefährliche Überfahrten auf sich nehmen, haben bei realistischer Analyse keine Chance, als Flüchtling oder sonst schutzbedürftig anerkannt zu werden, weil sie nicht nachweisen können, dass ihnen in ihrem Herkunftsland politische Verfolgung droht oder sonstige humanitäre Gründe eine Rückkehr ausschließen. Deshalb müssen sie mit einer Ablehnung ihres Asylanspruchs und der zwangsweisen Abschiebung rechnen oder sie nehmen einen illegalen Aufenthalt auf sich, in dem sie aber weitgehend schutzlos sind.

Da es ungeachtet dieser Aussichten eine nicht geringe Zahl von Personen gibt, die dennoch ihr Heimatland verlassen, weil sie sich – stark vereinfacht – trotz aller Hindernisse in Europa ein besseres Leben erhoffen, stellt sich die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, ihnen eine legale Möglichkeit zur Einreise zu eröffnen, indem sie von einem europäischen Staat ein Visum zur Erwerbstätigkeit erhalten. Allerdings sind nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen europäischen Ländern die Hürden für ein solches Visum sehr hoch. Das deutsche Aufenthaltsgesetz schreibt vor, dass sich die Zulassung ausländischer Beschäftigter zur Erwerbstätigkeit an den Erfordernissen des Wirtschaftsstandorts Deutschland orientiert, wobei

die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt zu berücksichtigen sind. Eine Chance auf eine Aufenthaltserlaubnis haben bisher im Wesentlichen nur akademisch gebildete, hochqualifizierte Personen sowie solche, die in Mangelberufen wie der Kranken- oder Altenpflege tätig sind. Bei allen anderen muss die Bundesagentur für Arbeit bestätigen, dass ihre Beschäftigung unproblematisch ist und insbesondere keine deutschen Bewerber*innen oder solche aus anderen EU-Ländern zur Verfügung stehen. Deshalb bewegt sich die Einwanderung aus Nicht-EU-Ländern zum Zweck der Erwerbstätigkeit in den letzten Jahren auf einem Niveau von wenigen 10.000 Personen pro Jahr.

Auf der anderen Seite beklagt die deutsche Wirtschaft schon seit Jahren einen steigenden Fachkräftemangel, wobei ein jährlicher Bedarf von bis zu 500.000 Personen prognostiziert wird. Auch die Bundesregierung hat mittlerweile erkannt, dass die geltenden Regelungen zu restriktiv sind und im Dezember 2018 den Entwurf eines Arbeitskräfteeinwanderungsgesetzes verabschiedet, mit dem der Zugang von Personen mit Berufsausbildung oder mehrjähriger Berufserfahrung erleichtert wird, auch wenn sie keinen Hochschulabschluss haben. Außerdem soll die Anerkennung ausländischer Qualifikationsnachweise erleichtert und die Einreise zur Nachqualifikation sowie zur



Arbeitsplatzsuche ermöglicht werden. Sollte dieses Gesetz vom Bundestag verabschiedet werden, wäre es ein wichtiger Schritt hin zur Anerkennung, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und dauerhaft auf den Zuzug von Arbeitskräften angewiesen ist.

Auch dann bleiben allerdings wichtige Einschränkungen bestehen, die verhindern, dass Deutschland ein tatsächlich attraktives Einwanderungsland wird. Zunächst sind Berufsfelder, die keine oder nur eine geringe Qualifikation erfordern, nach wie vor ausgeschlossen, obwohl in der Landwirtschaft, der Bauwirtschaft oder in der Gastronomie auch hierfür eine erhebliche Nachfrage besteht. Wie viele junge Leute aus Afrika werden aber eine Berufsqualifikation nachweisen können, die einer deutschen Ausbildung äquivalent ist?

Ein zweites Problem liegt darin, dass die geplanten Erleichterungen allein die Bedingungen für die Erteilung der ersten Aufenthaltserlaubnis betreffen. Viele andere Regelungen des deutschen Rechts erschweren aber die dauerhafte Integration, weil sie von Misstrauen geprägt sind. Dies gilt etwa für die Behinderung des Familiennachzugs, wenn von Ehepartner*innen einfache, und über 16-jährigen Kindern sogar gute Deutschkenntnisse verlangt wer-

den, die vor der Einreise nachzuweisen sind. Die Erteilung eines unbefristeten Aufenthaltstitels (Niederlassungserlaubnis) bleibt von vielen Bedingungen abhängig, u.a. einer Mindestfrist von fünf Jahren Aufenthalt, die etwa in Kanada nur drei Jahre beträgt. Unattraktiv sind auch die Bedingungen für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. Hierfür ist in der Regel ein achtjähriger Aufenthalt erforderlich. Insbesondere wird aber nach wie vor die doppelte Staatsbürgerschaft nicht generell zugelassen, obwohl das viele Betroffene wünschen und andere westliche Staaten es nicht mehr als Problem ansehen. Auch erhalten in Deutschland geborene Kinder erst dann automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ihre Eltern seit mindestens acht Jahren hier leben. Alle diese Regelungen signalisieren, dass die Integration als Belohnung und nicht als Angebot verstanden wird.

Daneben gibt es praktische Hindernisse für eine Erleichterung der Arbeitsmigration, die nicht durch gesetzliche Änderungen beseitigt werden können. Ein erhebliches Problem sind nach vielen Berichten die deutschen Botschaften, bei denen ein Visum beantragt werden muss. In vielen Ländern haben sie zu wenig Personal, so dass man oft monatelang warten muss, um überhaupt einen ersten Termin zu bekommen. Gerade in den afrikanischen Län-

dern werden Visumsanträge offensichtlich mit besonderem Misstrauen betrachtet, sodass die Ablehnungsquote sehr viel höher ist als in anderen Teilen der Welt. Verbesserungsbedürftig ist schließlich auch die Information über die Voraussetzungen einer Einreise nach Deutschland.

Es gibt also eine ganze Reihe von Maßnahmen, mit denen die Arbeitsmigration aus Afrika erleichtert werden könnte. Es wäre allerdings eine Illusion zu glauben, dass eine Veränderung der rechtlichen und praktischen Rahmenbedingungen für die Einwanderung nach Deutschland quasi automatisch zu einem Rückgang der irregulären Migration führen würde. Auch ein deutlich liberaleres Regime würde sich vorrangig an den ökonomischen Erfordernissen in Deutschland ausrichten, sodass sich etwa Wirtschaftskrisen negativ auf die Aufnahmekapazität auswirken würden. Deshalb wäre es ohnehin sinnvoller, eine gemeinsame europäische Strategie zu finden, sodass die Zulassungsvoraussetzungen nicht allzu unterschiedlich sind. Diese Perspektive ist aber, jedenfalls angesichts der Uneinigkeit über die europäische Migrationspolitik, kaum realistisch.

Außerdem ist die individuelle Migrationsmotivation in der Regel von einem Bündel von Motiven abhängig. Das Vertrauen in die Fairness europäischer Regierungen dürfte

bisher bei den wenigsten ausschlaggebend sein. Selbst wenn sich in Europa der politische Wille zur Erleichterung der Einwanderung durchsetzen würde, würde es deshalb lange dauern, bis eine solche Trendwende nachhaltigen Einfluss auf Migrationsbewegungen aus Afrika gewinnen würde.

Die internationale Migration ist ein komplexes Geschehen, das von vielen Faktoren abhängig ist, die sich zudem ständig ändern. Eine monokausale Strategie, wonach eine Erleichterung der Arbeitsmigration ausreicht, um künftig Menschen davon abzuhalten, auf eigene Faust über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen, wäre unterkomplex. Es spricht aber viel dafür, dass sie mittelfristig einen entsprechenden Einfluss haben könnte, wenn es sich um eine dauerhafte und effektive Abkehr von der bisherigen Abschottungspolitik handelt. ■





© Erik Marquardt

PROF. DR. THOMAS GROSS ist Professor für Öffentliches Recht, Europarecht und Rechtsvergleichung an der Universität Osnabrück sowie Mitglied des Instituts für Migrationsforschung und interkulturelle Studien (IMIS).

Zivilgesellschaftliche Initiativen für sichere Fluchtwege

Als im Jahr 2016 die Wege auf der sogenannten Balkanroute zunehmend versperrt wurden, erneut militarisierte Grenzanlagen im inneren Europas entstanden und erschreckende Bilder und Berichte aus Griechenland und anderen südosteuropäischen Ländern in den deutschen Medien kursierten, sind neue Initiativen für sichere Fluchtwege entstanden. Eine Vorreiterrolle nahm dabei die Initiative *50 aus Idomeni* ein. Die Kernforderung der Gruppe bestand darin, 50 Geflüchtete aus Idomeni in Osnabrück aufzunehmen. Die Initiative bezog sich auf das an der griechisch-mazedonischen Grenze gelegene Dorf Idomeni, da sich dort die schlechte Lage von Geflüchteten in Europa besonders drastisch zuspitzte, wobei Idomeni in der deutschen Berichterstattung zum Symbol der humanitären Krise wird. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, setzte *50 aus Idomeni* lokal an. Sie knüpften ein Netzwerk mit kirchlichen, gewerkschaftlichen und weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren der Stadt, warben erfolgreich für einen unterstützenden Beschluss des Stadtrats und erschienen in Berichten der lokalen Presse. Osnabrücker Geflüchtete stellten zudem Kontakt zu 50 Angehörigen in Idomeni her, die nach Osnabrück kommen sollen und die regelmäßig von unerträglichen Zuständen im griechischen Zeltlager berichteten. [...]

Neben der konkreten Hilfe für die Weiterflucht von 50 Personen aus Idomeni zielte die Gruppe daher auf eine Umsetzung des bereits beschlossenen Relocation-Programms und darüber hinaus auf eine Reform der deutsch-europäischen Flüchtlingspolitik. Während es *50 aus Idomeni* gelang, sich mit über 10 ähnlichen Initiativen aus anderen Städten zu verbünden und eine Petition zu ihrem Anliegen mit knapp 50.000 Unterschriften beim Bundesinnenministerium in Berlin zu überreichen, stockte das Vorhaben schließlich ab 2017 auf dieser Ebene. Trotz der kommunal- und landespolitischen Unterstützung wurden die Initiativen von der Bundesregierung ignoriert, ohne deren Einwilligung die Geflüchteten nicht einreisen können. Gemessen an dem Ziel, 50 Geflüchtete aus dem Transit in Griechenland nach Osnabrück zu holen, kann die Initiative – wie das Relocation-Programm der EU insgesamt – rund zwei Jahre später als gescheitert angesehen werden. Dennoch konnte *50 aus Idomeni* zahlreiche zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure einbinden und Wege aufzeigen, wie für die Forderung nach legalen Zugängen zum Flüchtlingsschutz eine breite Basis geschaffen werden kann.

SVENJA BLOOM

Offene Grenzen als Lösung

Wenn Sie nicht wüssten, ob Sie in Nigeria oder in Schweden geboren werden, würden Sie dann für abgeriegelte Grenzen oder das Recht auf Bewegungsfreiheit plädieren?

In ‚The Case for Open Borders‘ überträgt Joseph Carens, Professor für politische Theorie an der University of Toronto, das Gedankenexperiment des „Schleiers des Nichtwissens“¹⁾ auf die Migrationsfrage und verdeutlicht damit die Doppelmoral des Globalen Nordens: Solange es um uns geht, treten wir selbstverständlich für Bewegungsfreiheit ein, sobald es aber Menschen aus dem Globalen Süden betrifft, halten wir sie durch Grenzen von uns fern. Ich bin 1992 geboren. Lange Zeit waren Grenzen für mich etwas, das der Vergangenheit angehörte. Bei der Fahrt in die niederländische Nachbarstadt erzählten meine Eltern von früheren Grenzkontrollen, aber für mich klang dieses „Früher“ stets nach sehr lange her. Auch später, wenn ich bei Reisen außerhalb des Schengen-Raums doch mit ihnen konfrontiert wurde, wurde ich an den Grenzen immer schnell durchgewinkt: deutscher Pass, weiße Haut, kein Problem. Meine Privilegien wurden mir erst bewusst, als ich mit einer chinesischen Freundin verreisen wollte und unsere gemeinsame Welt durch ihre begrenzten Reise-möglichkeiten plötzlich deutlich kleiner wurde.

Eine Grenze ist zunächst einmal nicht viel mehr als eine geopolitische Trennlinie. Für mich und viele andere sind die Grenzen dieser Welt längst offen. Mit einem deutschen Pass können wir, wenigstens zu touristischen Zwecken, in 188 Länder visa-frei einreisen. Gleichzeitig gibt es nur 92 Staaten, deren Einwohner*innen kein Visum für die Einreise nach Deutschland benötigen. Damit verwehrt Deutschland (genauso wie viele andere Staaten) der Mehrheit der Menschen das Recht auf Bewegungsfreiheit, das wir selbst ganz selbstverständlich einfordern und nutzen. Der Schweizer Philosoph Andreas Cassee vergleicht Visumsanträge mit Heiratsanträgen: In beiden Fällen müsse man beweisen, dass man eine gute Partie sei, und in beiden Fällen gäbe es auch bei erbrachtem Beweis keine garantiert positive Antwort. Bei einer geplanten touristischen Reise ist eine negative Antwort ärgerlich, bei einem Umzug, ob freiwillig oder nicht, hängt der Verlauf des weiteren Lebens davon ab. Würde dieses Prinzip auf innerstaatlicher Ebene angewandt, erschiene es uns absurd: Bei einem Umzug von Hamburg nach München belegen zu müssen, dass man „eine gute Partie“ für die Stadt sei, würde eine Welle der Entrüstung erzeugen. Bei einem Umzug zwischen zwei Staaten erscheint uns dieses Vorgehen jedoch als so normal, dass wir es nicht hinterfragen.

Die EU-Außengrenzen verdeutlichen dieses ungerechte System besonders. Die „Festung Europa“ ist von innen nach außen durchlässig; andersherum soll sie „Unerwünschte“ draußen- und damit von unseren Ressourcen fernhalten. Die letzten Jahre haben aber eindeutig gezeigt, dass dies nur unter Missachtung von Menschenrechten

¹⁾Der „Schleier des Nichtwissens“ (veil of ignorance) ist ein Gedankenexperiment des US-amerikanischen Philosophen John Rawls, in dem Menschen in eine fiktive Entscheidungssituation versetzt werden, in der sie über eine zukünftige Gesellschaftsordnung entscheiden sollen, ohne zu wissen, welche Stellung sie in dieser Gesellschaft einnehmen werden.



© Erik Marquardt

funktioniert. Die Todeszahlen an den Grenzzäunen in Melilla und Ceuta, die Ertrunkenen im Mittelmeer und all die Toten und Verletzten auf der Balkanroute belegen eindeutig, dass Menschen sich durch verstärkte Grenzen nicht von der Migration abhalten lassen: Stattdessen wird deren Überquerung nur gefährlicher. Aber: Je mehr Menschen auf der Flucht sterben, desto weniger kommen bei uns an. Und: Je höher die Mauer, desto weniger Tote sehen wir. In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 heißt es:

Jeder hat das Recht, jedes Land, einschliesslich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren.

(Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948, Artikel 13.2)

Hier wurde eine paradoxe Situation geschaffen. Ohne das Recht, in andere Staaten einzuwandern, ist das Recht auszuwandern obsolet. Was wäre, wenn man dieses Paradoxon auflösen würde? Wenn jeder Mensch das Recht hätte, das Land, in dem er oder sie leben möchte, selbst zu wählen? Die Gewährung dieses Rechts hieße in letzter Konsequenz eine komplette Öffnung der Grenzen, jedoch nicht zwangsläufig ihre Auflösung. Wenn man das bisherige Nationalstaatsprinzip beibehalten, sich aber gleichzeitig zur Freizügigkeit von Menschen bekennen wollte, müssten die Staaten Migration grundsätzlich erlauben und dürften sie nur in nachvollziehbar begründeten Ausnahmen untersagen (beispielsweise für Straftäter*innen).

Dies brächte viele Vorteile mit sich, zunächst einmal natürlich für die Migrant*innen selbst. Statt Schlepper für eine monatelange, hochgefährliche Flucht zu bezahlen, könnten sie einfach in ein viel sichereres und günstigeres

Flugzeug steigen. Dadurch, dass Leib und Leben während der Flucht nicht mehr in Gefahr wären, wäre es auch viel eher möglich, die Familie mitzunehmen, sodass Frauen und Kinder nicht zurückgelassen werden müssten. Nach einem unerlaubten Grenzübertritt oder einem abgelehnten Asylantrag sind Migrant*innen und Geflüchtete aufgrund unseres Migrationsregimes zudem oft gezwungen, sich vor dem Staat zu verstecken. Diese Illegalisierung, auf die auch im Artikel von Tatjana Giese zu Sanctuary Cities eingegangen wird, ermöglicht und befördert prekäre Arbeitsbedingungen und Sklaverei. Deutlich sichtbar wird dies beispielsweise auf Obst- und Gemüseplantagen in Südeuropa, aber auch im Care-Work-Sektor in Deutschland. Wer illegalisiert ist, kann sich nicht auf die ihm*ihre zustehenden Rechte berufen und ist weitgehend schutzlos Arbeitsgeber*innen, Vermieter*innen und anderen „Wissenden“ ausgeliefert. Kinder zur Schule schicken, der Besuch beim Arzt, ein Führerschein – unmöglich. Eine umfassende Legalisierung von Migration würde allen Menschen den Zugang zu Grundrechten sichern.

Dadurch, dass Grenzen sicher und legal passierbar wären, entstünde voraussichtlich auch eine rege saisonale Migration. Menschen könnten problemlos nur einige Monate oder Jahre in einem anderen Land arbeiten, Geld sparen und anschließend, zurück im Herkunftsland, eigene Projekte und Unternehmen gründen und somit zur Entwicklung beitragen. Diese Annahme wird dadurch gestützt, dass Ergebnissen des Gallup Meinungsforschungsinstituts zufolge nur ca. 15 % der Menschen weltweit den Wunsch haben, sich dauerhaft in einem anderen Land niederzulassen. Es ist also keineswegs so, dass offene Grenzen dazu führen, dass „alle herkommen und für immer bleiben“. Der Großteil der Menschheit möchte seine Heimat nicht verlassen.

Für die Herkunftsländer der Migrant*innen bedeuten offene Grenzen also schon deshalb keineswegs einen dauerhaften Exodus. Der Ökonom Lant Pritchett legt in ‚Let their people come‘ überzeugend dar, wie steigende Emigration für wirtschaftlich schwächere Länder sogar ökonomisch sinnvoll sein kann. Er unterscheidet hier zwischen „Geistern“ und „Zombies“: Durch steigende Abwanderung entwickeln sich „Geisterländer“ mit weniger Einwohner*innen, die wirtschaftlich zwar nicht florieren, aber zumindest stagnieren. Sind die Grenzen allerdings geschlossen, kommt es zu „Zombieländern“ mit Einwohner*innen, die auch unter schlechten Bedingungen zum Bleiben gezwungen sind, mangels wirtschaftlicher Perspektiven aber kaum etwas an ihrer Situation ändern können. Remittances, also finanzielle Rücküberweisungen der Emigrant*innen in ihre Heimat, sowie zurückgekehrte Migrant*innen mit erspartem Vermögen können in den „Geisterländern“ Kapital einbringen und damit zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Der Weltbank zufolge wurden bereits 2018 rund 529 Milliarden US-Dollar in Form von Rücküberweisungen in low- und middle-income Staaten gesendet, die einen erheblichen Beitrag zur Entwicklung leisten. Im Vergleich: 2017 flossen weltweit nur ca. 162 Milliarden US-Dollar in offizieller Entwicklungszusammenarbeit. Insgesamt legen unterschiedliche Studien die Vermutung nahe, dass Emigration eher positive Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung in den Herkunftsländern hat.

Hauptziel der meisten Migrant*innen wären die reichen Staaten des Globalen Nordens, dem Gallup Institut zufolge allen voran die USA (21% der Migrationswilligen), darauffolgend mit großem Abstand Kanada und Deutschland (je 6%). Hier wäre demnach ein deutlicher Bevölkerungszuwachs zu erwarten. Panik vor einer sogenann-

ten Masseneinwanderung wäre dennoch fehl am Platze: Zuerst einmal, da nicht alle Menschen gleichzeitig und ohne Vorankündigung oder jegliche Regulierung einwandern würden. Außerdem könnte der Zugang zu Sozialleistungen in einem System der offenen Grenzen für Nicht-Staatsbürger*innen weiterhin begrenzt sein, sodass Einwanderung in ein bestimmtes Land nur so lange attraktiv wäre, wie es freie Stellen auf dem Arbeitsmarkt gibt. Insgesamt würde sich voraussichtlich eine ähnliche Entwicklung wie innerhalb des Schengen-Raumes vollziehen: Ein Teil der Arbeitslosen aus einer strukturschwachen Region würde in wirtschaftlich stärkere Gebiete ziehen, um dort zu arbeiten. Aber es würden eben genauso wenig „alle“ kommen, wie „alle“ Griech*innen während der Finanzkrise in das wirtschaftlich viel besser dastehende Deutschland gekommen sind. Der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Michael A. Clemens schätzt sogar, dass offene Grenzen aufgrund all dessen zu einem weltweiten BIP-Anstieg von zwischen 50 und 150% führen würden.

Insgesamt ließe sich also durch offene Grenzen eine fairere Verteilung von Ressourcen erreichen, da nahezu alle Menschen potenziell Zugang zu diesen hätten und diesen Zugang auch einfordern könnten. Wirkliche Gerechtigkeit lässt sich nur dann erreichen, wenn es keinen Unterschied mehr macht, ob man in Schweden oder Nigeria geboren wird, weil man anschließend selbst entscheiden kann, wo man leben möchte. Die Abkehr von der Geburtsrechtslotterie ist daher unumgänglich.

Jedoch liegt der letzte und wichtigste Grund dafür, eine Welt der offenen Grenzen anzustreben, in ihrer Alternativlosigkeit. Jedes Jahr sterben tausende Menschen bei dem Versuch, Grenzen illegal zu überqueren. Für eine sich selbst als zivilisiert bezeichnende Gesellschaft, noch da-



zu für die Friedensnobelpreisträgerin EU, ist das untragbar. Alle Versuche der letzten Jahre, diese Todeszahlen zu verringern – Grenzsicherung, Abschreckung, Kampf gegen Schlepperei oder auch die sogenannte Fluchtursachenbekämpfung - sind offensichtlich gescheitert. Menschen lassen sich nicht davon überzeugen, weiterhin in Armut oder Krieg zu leben, nur, weil sie wissen, dass eine*r von vier bei der Überfahrt von Libyen über das Mittelmeer nach Italien stirbt. Die Bilder von Folterlagern in Libyen gehen um die Welt und dennoch sehen viele Menschen keinen anderen Ausweg, als die Durchreise zu versuchen. Durch unser Wegsehen und, noch schlimmer, durch unsere Abschottung, tragen wir unmittelbar zum Leid dieser Menschen bei. Wir haben nun zwei Optionen: Entweder wir bauen immer höhere Mauern und üben uns weiterhin im Wegsehen, verlieren darüber aber Moral, Anstand und rechtsstaatliche Grundsätze, oder wir akzeptieren Migration als das, was sie ist: ein geschichtlich wie aktuell menschlicher Normalzustand, den wir weder verhindern können noch sollten.

Offene Grenzen würden Seenotrettung nicht überflüssig machen. Aber sie würden es unnötig machen, sich in ein seeuntüchtiges Schlauchboot zu setzen, mit Klingendraht gekrönte Zäune zu überqueren oder auf einem Pickup abseits der Wege durch die Sahara zu fahren. Allein die dadurch verhinderten Tode sollte uns der Versuch wert sein. ■

Zivilgesellschaftliche Initiativen für sichere Fluchtwege

In der konkreten Aufnahme von Flüchtenden waren Initiativen erfolgreich, die weniger auf eine politische Kampagne setzen, sondern die mit der Familienzusammenführung auf einen der wenigen individualrechtlichen Mechanismen zur Flüchtlingsaufnahme setzen. Über Verpflichtungserklärungen – bei denen Privatpersonen umfassend und langfristig die finanzielle Verantwortung für Flüchtende übernehmen – wurde durch Vereine wie *Flüchtlingspaten Syrien* oder *Herberge für Menschen auf der Flucht* einigen Hundert Personen die Einreise ermöglicht. Darüber hinaus sind es nach wie vor die Familien und Communities von Geflüchteten selbst, die oftmals die Einreise ermöglichen.

SVENJA BLOOM hat Internationale Migration und interkulturelle Beziehungen studiert und arbeitet als Promotorin für Junges Engagement und Koordinatorin für Seenotrettung beim Eine Welt Netz NRW.

Stimmen aus der Politik

BIRGIT SIPPEL | SPD

Die EU braucht legale Einreisemöglichkeiten

58

Zivile Seenotrettung und wie wir sie überflüssig machen

Solidarische und effektive Migrationspolitik hat viele Facetten. Grundsätzlich ist für ein besseres Management die Stärkung von Demokratie und Wirtschaft in den Herkunftsländern unerlässlich. Ebenso wichtig sind bereits in den Herkunftsländern leicht zugängliche Informationen über Möglichkeiten und Voraussetzungen für Ausbildung und Arbeit in der Europäischen Union, sowie klare Vereinbarungen zur Rücknahme eigener Bürgerinnen und Bürger, die keinen Asylstatus bekommen können. Zu all diesen Punkten hat sich das Europäische Parlament bereits vor Monaten klar positioniert.

Zugleich unterstreicht der immer wiederkehrende Streit um die Seenotrettung die Notwendigkeit, endlich eine nachhaltige Reform des europäischen Asylsystems und insbesondere der sogenannten Dublin-Verordnung vorzunehmen. Auch hier sind es die Mitgliedsstaaten, die Entscheidungen blockieren.

In diesem Beitrag will ich mich aber konkret auf unsere Forderungen zu legalen Wegen der Einreise konzentrieren. Das gilt sowohl für Schutzbedürftige als auch für Menschen, die sich auf der Suche nach Arbeit und Perspektiven für eine bessere Zukunft befinden.

Schleuser werden oft als das größte Problem für die Steuerung von Migrationsbewegungen dargestellt. Doch deren Geschäft beruht genau darauf, dass es insbesondere für Schutzbedürftige kaum sichere und legale Fluchtwege bzw. Einreisemöglichkeiten gibt; die Regeln für legale Arbeitsmigration sind meist national und damit ein unübersichtlicher Flickenteppich mit der Konsequenz, dass auch Arbeitsuchende häufig den Weg über Schlepper und Asyl-

system wählen. Die Kombination aus mangelnden legalen Einreisemöglichkeiten und steigender Grenzüberwachung, mit zum Teil gewaltsamer Abwehr von Schutzsuchenden, drängt Migrant*innen weiter in die Hände der Schleuser, die ihrerseits immer brutaler agieren.

Als sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament setzen wir uns zusammen mit anderen Fraktionen seit langem für andere Lösungen ein. Der Verzicht auf immer massivere Grenzkontrollen/ Abschottungen bei gleichzeitigem Ausbau legaler Einreisemöglichkeiten eröffnet Schutzsuchenden sicherere Wege. Dadurch können sowohl im Mittelmeer als auch auf anderen Routen Menschenleben gerettet werden und zugleich Kosten in den Bereichen Grenzkontrolle, Seenotrettung und dem Asylsystem insgesamt sinken.

Auch das zunehmende Problem, dass Migrant*innen zusätzlich zur Ausbeutung durch Schleuser Opfer des Menschenhandels werden und zu Zwangsarbeit und Prostitution gezwungen werden, könnte so reduziert werden.

Eine vor Kurzem veröffentlichte Studie kommt zu dem Ergebnis, dass durch die Kontrolle irregulärer Migration, die Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengen-Raum und den Auswirkungen des Menschenhandels durch organisierte Kriminalität Kosten von bis zu 28 Milliarden Euro jährlich entstehen können.¹⁾

Konkret setzen wir uns vor diesem Hintergrund für die verbindliche Einführung humanitärer Visa, sowie verbindliche Vorgaben für Neuansiedlungen (Resettlement) aus Flüchtlingslagern in Drittstaaten ein. Hier kann in Zusam-

¹⁾ Van Ballegooij, Wouter/ Navarra, Cecilia: The Cost of Non-Europe in Asylum Policy. Parliamentary Research Service, 2018.



© Daniel Schludi / Unsplash

menarbeit, etwa mit dem UNHCR, eine erste Auswahl schutzbedürftiger Menschen getroffen werden; das eigentlich Asylverfahren würde innerhalb der EU erfolgen.

Neben den vorgenannten Effekten würden damit auch die Staaten entlang unserer Außengrenzen durch Reduzierung irregulärer Einreisen entlastet. Gemeinsam könnten die Mitgliedstaaten so die Einreise und Verteilung schutzsuchender Menschen besser steuern und die Aufnahme der Asylsuchenden sowie die Asylverfahren selbst gezielter vorbereiten

Das Parlament hat den von unserer Fraktion angeführten Vorschlag zu humanitären Visa unterstützt und die Europäische Kommission verpflichtet, in Kürze einen Gesetzesentwurf zu präsentieren. Eine Einigung zur vorgeschlagenen Neuansiedlungsverordnung liegt im Parlament längst vor, die Mitgliedstaaten im Europäischen Rat konnten sich bisher jedoch nicht auf eine Position verständigen

Neben dem Grundrecht auf Asyl gibt es aber, ungeachtet weiterer notwendiger Bemühungen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Bedarf an Zuwanderung in Arbeit, teilweise auch in Ausbildung. Daher braucht eine zeitgemäße Migrationspolitik auch effektive Möglichkeiten, auf regulären Wegen einzureisen um sich um Arbeit bzw. Ausbildung zu bewerben. Ohne Klarheit, wer aus wirtschaftlichen Gründen einreisen darf und wer nicht und ohne leicht zugängliche Information bereits in Herkunftsländern ist Einwanderung nur schwer zu regulieren und verursacht vermeidbare Rückführungen.

Auf europäischer Ebene verabschiedeten wir bereits 2017 im Innenausschuss des Europaparlaments den von der S&D-Fraktion geführten Vorschlag zur Überarbeitung der

„Blauen Karte“. Diese wird aktuell aufgrund unterschiedlichster bestehender nationaler Systeme kaum genutzt. Daher sollte die Überarbeitung ein einheitlicheres Einreisensystem für Arbeitskräfte aus Drittstaaten schaffen und so auch bürokratische Hürden senken. Leider konnten sich auch hier die Mitgliedstaaten noch nicht über eine Neufassung einigen.

Ungeachtet dieser technischen Verfahren sollten Mitgliedstaaten, die Menschen für Ausbildung und/oder Arbeit suchen, diese zunächst in Staaten suchen, aus denen ohnehin Menschen zu uns kommen. Auch dies könnte ein Signal einer besseren Zusammenarbeit, etwa mit Staaten auf dem afrikanischen Kontinent, sein.

Es gibt also gute Gründe, sich weiterhin für das Gemeinsame Europäische Asylsystem und legale Einreisemöglichkeiten einzusetzen. Denn effektive und nachhaltige Instrumente zur Steuerung von Migration erlauben uns, die Zuwanderung, auf die wir in Europa angewiesen sind, endlich besser zu organisieren.

Zugleich können wir nur so unseren gemeinsamen Werten gerecht werden und Menschen vor Folter, Krieg und politischer Verfolgung retten. Nachhaltige und effektive Regeln sind notwendig für neues Vertrauen innerhalb unserer Gesellschaften und für ein gemeinsames europäisches Migrationssystem, das zugleich Entwicklungspotenziale in den Herkunftsländern stärkt und Fluchtursachen bekämpft. ■

BIRGIT SIPPEL ist Mitglied des Europäischen Parlaments für die Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD)

Stimmen aus der Politik

CORNELIA ERNST | DIE LINKE

Wir werden nicht aufhören

Als ich mit meinem Assistenten 2011, kurz nach Beginn des „arabischen Frühlings“, nach Lampedusa fuhr, standen wir am Ufer, um Geflüchtete zu empfangen. Einige Monate vorher waren die ersten größeren Boote dort angelangt, in der Frühjahrskälte. Leute aus dem Ort ertrugen es nicht, dass die Menschen schutzlos waren. Sie brachten Essen, Decken und nahmen Kinder mit nach Hause, damit sie die eiskalten Nächte nicht am Ufer zubringen müssen. Berlusconi hatte damals verboten, die Aufnahmelager zu öffnen. Als wir kamen, war das Italienische Rote Kreuz da, wie immer zig NGOs und die Lager waren offen.

Dann kamen die Boote, hölzerne Schiffe, kleine Boote aus Gummi. Ein Küstenschiff hatte Frauen und Kinder an Bord. Als diese ausstiegen, manche ohne Schuhe, mehrere hochschwanger, Mütter mit Babys im Arm, gingen für einen Moment lang die Kameras der Journalist*innen aus. Es war ein unfassbarer Moment. 2011 waren es die toten Kinder, die wenigstens die damalige Kommissarin Malmström zu Tränen rührten, die Särge mit Teddys drauf, vor denen sie gestanden hatte. Wir waren mehrmals in Lampedusa, haben die Gräber von Geflüchteten gesehen. Ins Europaparlament trugen NGOs ein Transparent mit den Namen an der EU-Grenze umgekommener Geflüchteter, ein viele Meter langes Transparent. Wir wissen, dass seit dem Jahr 2000 etwa 40.000 Menschen an Europas Grenzen gestorben sind, 16.400 allein seit 2014.

Wir als linke Fraktion - die GUENGL - haben in den letzten Jahren zig Schauplätze der Welt gesehen, wo sich täglich Dramen abspielen, Schicksale, die ganze Romane füllen könnten. 2015 erfuhren wir entlang der Balkanroute von den Tausenden verlorenen Kindern, auf den griechischen Inseln sprachen wir mit traumatisierten Fischern, die Leichen aufgefischt hatten, und überall trafen wir auf Freiwillige und NGOs, am Ende ihrer Kräfte. In Piräus traf ich eine afghanische Familie, die mich aufgeregt zu ihnen bat. Als ich vor ihnen stand und der Familienvater sagte, dass seine Familie am Leben sei, brachen er und seine Frau in Tränen aus. Solche Begegnungen machen dünnhäutig. Wenn dann im Januar 2019 die rumänische Ratspräsidentschaft mit stolzer Brust verkündet, dass sich die Flüchtlingszahlen reduziert hätten, weniger Geflüchtete nach Europa kommen, vergesse ich meine gute Kinderstube. In einer Ausschusssitzung platzte vielen Abgeordneten der Kragen, als Kommission und EAD allen Ernstes davon sprachen, dass Geflüchtete in libyschen Gefängnissen menschenwürdig leben würden.

Es gibt im Europaparlament viele Abgeordnete unserer, der grünen, sozialistisch-sozialdemokratischen und liberalen Fraktion, die das Sterben an den EU-Grenzen nicht hinnehmen. Wir sind in zahlreiche Initiativen in Mitgliedsstaaten involviert, veranstalten Pressekonferenzen, laden Geflüchtete und NGOs, Minister*innen und Anwalt*innen ein. Eine Mehrheit des Parlamentes spricht sich für humanitäre Visa und sichere Flüchtlingsrouten nach Europa aus. Eine Mehrheit des Parlamentes verlangt die Zulassung von Rettungsbooten auf dem Mittelmeer und das legale Anlegen dieser Schiffe an Häfen der EU. Als die Kommission ein ganzes Paket zur Novellierung sämtlicher EU-Asylgesetze 2015 auf den Tisch legte, Vorschläge, die

© Erik Marquardt



die Asylpolitik restriktiver machen und die Abschottung an den Grenzen perfektionieren sollen, haben sich die Mitte-Links-Fraktionen zur gemeinsamen Arbeit vereint. Wir haben den Kommissionsvorschlag zur Novelle der Dublin-Verordnung abgelehnt und einen Gegenvorschlag beschlossen. Während die Kommission ein verpflichtendes Verfahren zur Feststellung der Zulässigkeit jedes Asylantrages vorschlägt, womit das Prinzip so genannter sicherer Drittstaaten radikal umgesetzt werden soll, haben wir genau das gestrichen und den Gesetzesvorschlag komplett „umgestrickt“. Das Parlament schlägt statt neuer Restriktionen die Beachtung sozialer Anknüpfungspunkte von Geflüchteten zu bestimmten Mitgliedsstaaten bei der Verteilung der Geflüchteten vor. Ein Hauptpunkt ist das Recht auf Familienzusammenführung. Wir haben für unseren Gesetzesvorschlag eine Zweidrittelmehrheit im Plenum erreicht, was nicht gerade Normalität ist. Nach den Gepflogenheiten der EU müssen Europaparlament und Rat die endgültige Fassung von Gesetzen aushandeln. Der Rat, in dem die Innenminister*innen ihr illustres Unwesen treiben, hat heute noch nicht mal eine gemeinsame Position zum Gesetzesvorschlag. Seit, sage und schreibe, 18 Monaten sitzt der Rat die Verhandlungen mit dem Parlament aus. Bis zum heutigen Tag blockiert der Rat die Verhandlung zu sämtlichen EU-Asylgesetzen, während täglich weiter Menschen an den Grenzen sterben. Wir könnten seit mindestens einem Jahr eine vernünftige Verteilung von Geflüchteten in der EU haben und seit Monaten auch humanitäre Visa. Das ist die Lage.

Solange Mitgliedsstaaten die europäische Ebene missbrauchen, um ihre nationalistischen und rechtspopulistischen Ziele besser durchsetzen zu können, solange wird es keine Änderung der Lage geben. Deshalb brauchen wir eine Reform der EU, die die Macht des Rates beschränkt und das Parlament in seinen Entscheidungen stärkt. ■

CORNELIA ERNST ist Mitglied des Europäischen Parlaments für die Partei DIE LINKE

Stimmen aus der Politik

FILIZ POLAT | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Das Recht auf Schutz in Europa verteidigen – Die Krise des Flüchtlingsschutzes beenden

62

Zivile Seenotrettung und wie wir sie überflüssig machen

Während Menschen im Mittelmeer sterben, wütet in Europa ein erbitterter Streit um die Frage, ob und wie Geflüchtete geschützt werden. Statt Barrieren aus Stein an den Außengrenzen hochzuziehen, schotten sich die Staaten Europas durch eine Mauer aus Gesetzen ab. Diese höhlen die völkerrechtlich verbrieften Rechte der Flüchtlinge aus. Der Unwillen der europäischen Staaten, sich auf ein solidarisches System zu einigen und mehr legale Einreisemöglichkeiten zu schaffen, gefährdet Leben.

Die Regierungen der Länder mit Außengrenzen zum Mittelmeer, wie Italien und Malta, die meist Ziel der Überfahrten sind, reagieren mit der Schließung ihrer Häfen für aus Seenot gerettete Geflüchtete. Dies wird als Druckmittel in den unwürdigen Verhandlungen um ein gerechtes System des europäischen Flüchtlingsschutzes eingesetzt. Auch die Bundesregierung hält ihre Blockadehaltung auf Kosten der Geflüchteten aufrecht. Die Folgen sind gravierend. Denn wenn es gelingt, Menschenleben zu retten, müssen nun in jedem Einzelfall auf mühseligen Wegen Mitgliedsstaaten gefunden werden, die bereit sind, diese Menschen aufzunehmen.

Der Kurs muss heißen: Leben retten ist keine Option. Leben retten ist eine humanitäre, politische und rechtliche Verpflichtung, schlicht der Kern der Menschlichkeit.

Im Mittelmehr wird unsere Menschlichkeit von der zivilen Seenotrettung verteidigt, in dem die Retter*innen unter hohem persönlichen Einsatz in See stechen. Zivilgesellschaftliche Rettungsaktionen sind eine Reaktion auf das Massensterben im Mittelmeer und ein Ergebnis der Verantwortungslosigkeit europäischer Regierungen. Dabei werden die Retter*innen nicht nur allein gelassen, sondern aktiv bekämpft: Die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten versuchen zivilgesellschaftliche Rettungsaktionen mit allen politischen und juristischen Mitteln zu verhindern. Die Abschottungspolitik zeigt traurige Wirkung - in den letzten

Jahren ist die Zahl der in Deutschland und Europa ankommenden Flüchtlinge kontinuierlich gesunken. Das ist nicht die Folge einer erfolgreichen Fluchtursachenbekämpfung, sondern die Konsequenz einer unmenschlichen Abschottungspolitik. Der erschreckende Unterbietungswettbewerb der europäischen Regierungschef*innen und Innenminister*innen hält an, auf europäischer, aber vor allem auch auf nationalstaatlicher Ebene.

Wir brauchen endlich europäische Solidarität!

Das Prinzip der europäischen Solidarität muss mit Leben gefüllt werden. Es braucht selbstverständlich ein europäisch organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem und damit ein Ende der Kriminalisierung der zivilgesellschaftlichen Rettungsaktionen. Konsequenter weitergedacht, benötigen wir ein faires Verteilungssystem, in dem die Verantwortung anhand objektiver Kriterien bestimmt und solidarisch auf vielen Schultern verteilt wird. Dabei müssen die berechtigten Interessen der Schutzsuchenden berücksichtigt werden (z.B. Einheit der Familie, Sprachkenntnisse oder andere Beziehungen zu bestimmten Herkunftsländern). Solidarität bedeutet auch die Aufnahme von Schutzsuchenden aus Griechenland und anderen Ländern an der Außengrenze, die nach wie vor überlastet sind. Damit nicht genug, wir brauchen eine gerechte Verteilung der finanziellen Lasten, nicht einen Verschiebebahnhof für Menschen. Ein finanzieller Solidaritätsmechanismus könnte durch die Schaffung eines EU-Fonds realisiert werden. Gerade die deutsche Bundesregierung hat sich vor diesen Fragen immer wieder gedrückt. Es wird Zeit, dass Deutschland Verantwortung übernimmt und einen Beitrag zu einer gemeinsamen und vor allem menschenrechtsorientierten europäischen Flüchtlingspolitik leistet.

Flucht geht auch auf sicheren Wegen!

Um unserer Verantwortung und dem internationalen Schutz zu echter Wirksamkeit zu verhelfen, müssen legale und sichere Wege geschaffen werden, sodass Schutzsuchende ohne Einsatz ihres Lebens nach Europa kommen können.

Ein wichtiger Bestandteil ist der Ausbau der verschiedenen Resettlement-Programme, wobei es sich meist um Programme für Flüchtlinge handelt, die besonders vulnerable Personen sind (insbesondere alleinstehende Frauen, kleine Kinder, traumatisierte oder alte Flüchtlinge). Problematisch ist, dass viele Staaten, wie auch Deutschland, zusätzliche nationale Aufnahmekriterien haben, die mit denen des UNHCR nicht deckungsgleich sind und somit ein möglichst objektives Verfahren unterminieren. Diese Praxis muss aufhören. Im Jahr 2018 kamen über das Resettlement nur 383 Personen nach Deutschland. Das ist viel zu wenig!

Ein wichtiges, bisher nicht genutztes Konzept, ist das der humanitären Visa. Dabei wäre es möglich, ein Visum zur Einreise nach Deutschland zu erhalten, um hier ein Asylverfahren zu durchlaufen. Wichtig ist dabei, dass das Asylverfahren innerhalb Deutschlands geführt werden würde und somit die Verweildauer in unsicheren Regionen verkürzt wird.

Solidarität braucht alle, in Bund, Ländern und Kommunen!

Neben den Bundesprogrammen müssen wieder nationalstaatliche humanitäre Aufnahmeprogramme und Aufnahmeprogramme der Bundesländer, die eine unkomplizierte und kurzfristigere Aufnahme von größeren Kontingenten aus dem Ausland erlauben, auch ohne Zustimmung des Bundesinnenministeriums, das sich in Fragen Menschlichkeit immer wieder als Blockierer erweist, aufgelegt werden können. Darüber hinaus muss das Konzept der „Stadt der Zuflucht“ vorangetrieben werden. Hier geht es Städten und Gemeinden eine Option zu geben, freiwillig zusätzlich geflüchtete Menschen aufzunehmen. Die Gemeinden sind ohnehin die Orte, an denen Inklusion, Teilhabe und Partizipation in erster Linie stattfindet und sie haben den besten Überblick darüber, was möglich ist. Um sie in ihrer Entscheidung zu unterstützen, sollten sie nicht nur die bei der Flüchtlingsaufnahme entstehenden Kosten erstattet bekommen, sondern darüber hinaus Mittel erhalten, die sie für die Verbesserung der kommunalen Infrastruktur (Schulen, Verwaltung, Gewerbeförderung) verwenden können.

Klimabedingte Migration und Flucht würdevoll gestalten

Für Millionen von Menschen weltweit ist die Klimakrise längst kein theoretisches Phänomen mehr. Immer mehr Menschen werden durch den steigenden Meeresspiegel und sich ausbreitende Dürregebiete gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Wir wollen, dass die EU dazu beiträgt, diesen Menschen eine würdevolle und selbstbestimmte Migration zu ermöglichen – innerhalb ihres Landes, in ihrer Region, gegebenenfalls auch nach Europa. Historisch betrachtet, sind die westlichen Industriestaaten die Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase. Daher sollte die EU zusammen mit anderen Industriestaaten vorangehen und im Rahmen einer gemeinsamen Regelung den Bewohner*innen insbesondere von bedrohten Inselstaaten, die durch die Klimakrise unbewohnbar werden, Klimapässe anbieten.

Migration selbstbestimmt ermöglichen

Gerade in Zeiten der Globalisierung gehört zu einer menschenrechtsorientierten Flüchtlingspolitik auch eine zukunftsfähige Migrationspolitik. Wir brauchen daher ein echtes Einwanderungsgesetz, das legale Einwanderungswege und nachhaltige Aufenthaltsperspektiven für Menschen, außerhalb des Asylrechts schafft. Wir wollen die Arbeits- und Bildungs migration zum Zwecke des Studiums aber auch der Ausbildung und Weiterbildung vereinfachen und stärker unterstützen. Darüber hinaus möchten wir den Menschen, die sich bereits in Deutschland befinden und erfolglos ein Asylverfahren durchlaufen haben, die Chance geben, einen Aufenthaltstitel zum Zwecke der Ausbildung oder Arbeit zu erhalten. Nur so können die Chancen der zunehmenden internationalen Mobilität zum Tragen kommen. Dabei müssen die Interessen aller Beteiligten gleichwertig berücksichtigt werden, die der Herkunftsstaaten, Aufnahmestaaten und Einwandernden selbst.

Die außen- und entwicklungspolitische Perspektive nicht vergessen

Statt Flüchtlinge zu bekämpfen, sollten die europäischen Staaten endlich Fluchtursachen bekämpfen. Ziel muss es sein, Armut zu reduzieren, Krisen vorzubeugen, Folgen des Klimawandels zu reduzieren und nachhaltige Entwicklung zu fördern. Nur, wenn die Bevölkerung und die Bedürfnisse dieser Regionen in den Vordergrund gestellt werden, können nachhaltige Lösungen gefunden werden. Stattdessen knüpft die Bundesregierung immer wieder Unterstützungsangebote an die Voraussetzung, dass betreffende Staaten sie in ihrer Abschottungspolitik unterstützen. Diese Vermischung von Entwicklungspolitik und Migrationssteuerung wollen wir beenden.

Wie sich zeigt, ist es möglich, Lösungen für die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer zu finden. Klar ist aber auch, dass die fehlende Bereitschaft in allen genannten Bereichen ausreichend zu handeln ganz sicher zumindest eine Konsequenz hat: Ohne Seenotrettung wird es nicht weniger Flüchtlinge geben, aber ganz sicher mehr Tote auf dem Weg nach Europa. Es ist daher wichtig, dass insbesondere die (rechts-)konservativen politischen Akteur*innen in Europa endlich von ihrem realitätsfernen Überforderungsnarrativ abweichen und zurück an den Verhandlungstisch kommen. Was wir jetzt brauchen, ist internationale Solidarität. ■

FILIZ POLAT ist Mitglied des Bundestages für die Partei Bündnis 90/Die Grünen

Stimmen aus der Politik

EVA-MARIA SCHREIBER | DIE LINKE

Ohne Politikwechsel bleibt Fluchtursachenbekämpfung nur eine Floskel

64

Zivile Seenotrettung und wie wir sie überflüssig machen

Niemand flieht gerne aus seiner Heimat. Und niemand flieht freiwillig. Ursachen für Flucht sind, neben politischer Verfolgung, Rüstungsexporte und Krieg, aber auch Armut, Perspektivlosigkeit, Hunger und Umweltzerstörung.

„Fluchtursachen bekämpfen“ ist in aller Munde, reduziert sich aber in der politischen Realität häufig auf Abschottung vor Flüchtlingen. Wirkliche Fluchtursachenbekämpfung bedeutet Kampf gegen Hunger, Armut und Ungleichheit, eine globale Großbaustelle, die man nur mit vollem Einsatz in den Griff bekommt: Wer nicht bereit ist, das Fundament zu erneuern, dem stürzt irgendwann das Haus ein. Doch obwohl bereits die Wände wackeln, wurschteln wir weiter wie bisher.

Nur wenn die reichen Industriestaaten und ihre Zivilgesellschaften endlich bereit sind, auf wirtschaftliche Macht und Privilegien zu verzichten, werden die Auswirkungen des Klimawandels sowie die unweigerlich anstehenden Migrationsbewegungen im 21. Jahrhundert nicht in existentielle Katastrophen münden.

Verzichten auf Privilegien klingt einfach. Und ist es im Grunde auch. Doch die sich daraus ergebenden drängenden politischen Maßnahmen einzusehen und dann auch umzusetzen ist schwer. Der in weiten Teilen der Welt aktuell stattfindende Rechtsruck beschleunigt die Umverteilung von unten nach oben, das Gleiche gilt für die Umweltzerstörung.

In den allermeisten Fällen stehen Fluchtursachen auch im Zusammenhang mit der neoliberalen Politik der letzten Jahrzehnte und dem globalisierten Finanzkapitalismus. Sie sind systemisch bedingt. Infolge der Deregulierung staatlicher Ordnungs- und Lenkungs Kompetenzen kommt es

weltweit zu einer ungeheuren Konzentration wirtschaftlicher und politischer Macht ohne demokratische Legitimation und Kontrolle.

Die 62 reichsten Menschen besitzen heute so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, das entspricht etwa 3,6 Milliarden Menschen. Das Vermögen dieser Superreichen ist allein seit dem Jahr 2010 um satte 44 Prozent gewachsen.

Diese beispiellose Umverteilung von unten nach oben führt zu massiven Verwerfungen. Solange wir diesen Prozess nicht umkehren und allen Menschen weltweit ein Leben in Würde ermöglichen, bekämpfen wir nicht die grundlegendste aller Fluchtursachen.

Auch die gesamte Handels- und Finanzmarktpolitik der EU und Deutschlands steht dem Ziel, die Armut im globalen Süden zu beseitigen, diametral entgegen. Sie verhindert den Schutz schwacher Binnenökonomien zugunsten der Wirtschaftsinteressen der eigenen Unternehmen. Mit teils erpresserischen Methoden verhandelt die EU-Kommission Freihandelsabkommen mit dem Ziel, immer neue Märkte für europäische Unternehmen zu erschließen und den Zugriff der europäischen Industrie auf Rohstoffe zu sichern. Stattdessen brauchen wir Handelsbeziehungen, die die Ungleichheit zwischen den Partnern anerkennen, statt auf Verdrängungswettbewerb zu setzen.

Derzeit hungern weltweit etwa 800 Millionen Menschen, zwei Milliarden leiden an Mangelernährung. Dabei könnten die derzeit produzierten Nahrungsmittel bis zu 14 Milliarden Menschen ernähren. In den letzten Jahrzehnten haben die Industrieländer ihre überschüssige Nahrungsmittelproduktion zu Dumpingpreisen, etwa in afrikanische



Länder, exportiert und damit der Landwirtschaft in den Importländern schwer geschadet. Viele Bäuerinnen und Bauern mussten die Landwirtschaft aufgeben und sind geflüchtet.

Um die Fluchtursache Hunger endlich zu beseitigen, müssen wir Landgrabbing und Nahrungsmittelspekulationen stoppen sowie regionale Versorgungssysteme und die kleinbäuerliche Landwirtschaft stärken: weg von agroindustriellen und hin zu agrarökologischen Verfahren.

Der bekannteste Fluchtgrund, Krieg, wird durch Waffenexporte angeheizt; auch die Bundesregierung protegiert weiter Waffenexporte, die in Ländern wie Mexiko oder dem Jemen für zahllose weitere Menschen zu Fluchtursachen werden. Deutsche Arbeitsplätze haben Vorrang vor dem Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit der Menschen im globalen Süden.

Jeder hat zwar das Recht, sein Land zu verlassen; aber davor sollte doch das Recht, nicht fliehen zu müssen, stehen und das Recht, zu Hause in Würde zu leben.

Die Menschen brauchen Zugang zu einer Basis-Gesundheitsversorgung, ihre Kinder kostenlose Bildung, ihre unmittelbare Umwelt darf nicht durch Industrie, Großplan-

tagen oder Klimawandel unbewohnbar gemacht werden. Um das durchzusetzen müssen wir endlich bereit sein für sofortige und radikale Veränderungen. Dann werden auch nicht mehr so viele Menschen ihre Heimat verlassen müssen..■

EVA-MARIA SCHREIBER ist Mitglied des Bundestages für die Partei DIE LINKE

Stimmen aus der Politik

DR. LARS CASTELLUCCI | SPD

Sicherheit für flüchtende Menschen

66

Zivile Seenotrettung und wie wir sie überflüssig machen

Vor zwei Jahren sind drei Studenten in meinem Büro aufgeschlagen, die mir ihre Idee der „Nationenpatenschaften“ präsentierten. Ihnen fehlten „konstruktive Ansätze für die langfristige Verbesserung der Situation von flüchtenden Menschen“ und statt dies nur zu beklagen, hatten sie einen eigenen Vorschlag entwickelt. Dieser lautete in Kurzform: Jeder Mensch solle mit seiner Geburt per Zufallsziehung eine zweite Staatsbürgerschaft erhalten. Diese zweite Staatsbürgerschaft solle man dann in Notsituationen aktivieren können, um sich in Sicherheit zu bringen.

Obwohl ich an meiner Hochschule Seminare in Lösungsorientierung gebe und gegen das verbreitete ‘Aber’ anrede, das unsere Diskussionen – nicht nur in der Politik – prägt, so fielen mir doch als erstes Gegenargumente ein. Ist das machbar? Ist das durchsetzbar?

Unsere Kultur ist eben durch die Dialektik geprägt und das Denken lernen wir in der Schule anhand von Erörterungen, bei denen es darauf ankommt, zu jedem Argument ein kritisches Pendant zu finden. Dabei gerät die eigentliche Suche nach Lösungen ins Hintertreffen, obwohl selbst ein unrealistischer Vorschlag der notwendige Zwischenschritt zu einer am Ende realistischen Lösung sein kann. So habe ich meine Gegenargumente heruntergeschluckt. Die drei Studenten hatten nämlich tatsächlich eine Leerstelle der gesamten Migrationsdiskussion ausgemacht und noch dazu eine Lösung erdacht.

Das internationale Recht hat genau dort eine Leerstelle, wo die Not am existenziellsten ist, nämlich dort, wo das Leben von Menschen bedroht ist und sie zur Flucht gezwungen sind. Notwendig ist eine generelle Lösung, also eine (Neu-) Kodifizierung von internationalem Recht zugunsten Schutzbedürftiger. Welche Möglichkeiten bestehen hierfür?

Bereits im Jahr 2008 wurde in Ecuador die Visumfreiheit für alle Ausländerinnen und Ausländer verkündet. Die siegreiche Partei APASIS hatte schon in ihrem Wahlmanifest 2006 ein transnationales Verständnis von Staatsbürgerschaft beworben: „Von der Zentralregierung aus werden wir eine offensive internationale Kampagne zur Konsolidierung der supranationalen Expansion von Staatsbürgerschaft anstoßen. Das heißt, dass Bürgerrechte nicht von der einen oder der anderen Nationalität abhängen sollen, sondern einzig von der *conditio humana*. Im politischen Bereich stellt Migration eine Chance dar, eine neue Form der internationalen Verständigung voranzubringen“. Die dann in der Verfassung verankerte Migrationspolitik des Landes fußt auf dem Konzept der „menschlichen Mobilität“. Nach Art. 416 soll der Ausländerstatus enden. Alle hätten demnach auf ecuadorianischem Territorium die gleichen (Menschen-)Rechte. Dies betrifft auch diejenigen, die, vornehmlich aus Kolumbien, nach Ecuador fliehen. Immerhin nimmt Ecuador im lateinamerikanischen Maßstab die meisten Flüchtlinge auf, wenn auch in der Praxis Probleme in der Versorgung und gesellschaftlichen Teilhabe bestehen. Aufgrund fehlender Ausführungsgesetze lässt sich die Wirkung der vorgestellten Bestimmungen nicht abschließend bestimmen. Aber auch auf dem gegenwärtigen Stand handelt es sich um ein interessantes und innovatives Modell, das größere Beachtung verdient hätte.

Die große internationale Lösung nach dem Vorbild Ecuadors wäre eine Ergänzung des Artikels 13 Satz 2 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: „Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren.“ Dieses Recht beschreibt einen großen Rechtsfortschritt seiner Zeit. Und dieses Recht läuft gegenwärtig ins Leere. Es ist formuliert wie eine Starterlaubnis für ein Flugzeug, dem anschlie-



© www.sea-eye.org

ßend die Landeerlaubnis verweigert wird. Es fehlt das notwendige Gegenstück, nämlich das gleichermaßen gewährte Recht, in ein anderes Land aufgenommen zu werden. Dieses Recht würde lauten, eingefügt als neuer Satz 3: „Jeder hat das Recht, in einem Land aufgenommen zu werden“, mindestens jede*r, der*die in sein* ihr Land nicht zurückkehren kann.

Gleichzeitig muss geflüchteten Menschen frühzeitig dort geholfen werden, wo sie sich in Sicherheit gebracht haben. Für die Mehrheit der geflüchteten Menschen sind dies die Nachbarländer ihrer Heimat. Dort werden sie von den internationalen Organisationen versorgt. Bisher müssen sich viele Hilfsorganisationen von Jahr zu Jahr bei den Geberländern um neue Mittel bemühen. So hatte der UN-Nothilfefonds CERF gerade einmal 60 Prozent der für 2017 benötigten 450 Mio. US-Dollar bewilligt bekommen. Und für die kommenden Jahre rechnen die Vereinten Nationen mit deutlich höheren Ausgaben für humanitäre Hilfe. Der UN-Nothilfefonds ist daher auf eine Milliarde US-Dollar aufgestockt worden. Damit Hilfswerke wie CERF, UNHCR oder das Welternährungsprogramm (WFP) helfen können, benötigen sie nicht nur ausreichend hohe Mittel, sondern auch Planungssicherheit. Es bedarf einer angemessenen finanziellen Ausstattung des UNHCR und der Generaldirektion Humanitäre Hilfe und Zivilschutz der Europäischen Kommission.

Deutschland, Schweden und die Niederlande sind die wichtigsten finanziellen Unterstützer der Nothilfe. Die EU besteht aus mehr als drei Staaten. Deshalb sollte die finanzielle Unterstützung ebenfalls größer sein.

Schließlich muss der Schutz der EU-Außengrenzen dauerhaft einhergehen mit einem humanitär angemessenen

und für die Aufnahmeländer vertretbaren Kontingent für geflüchtete Menschen. Für die jährliche Aufnahme könnte eine Größenordnung von 0,1 Prozent der europäischen Bevölkerung ein Richtwert sein. Kontingent bedeutet: Im Rahmen eines dauerhaften Neuansiedlungsprogramms sollen Flüchtlinge in einem geordneten und sicheren Verfahren in die EU gebracht werden und dort auf alle EU-Mitgliedsstaaten verteilt werden. Das Mittel der Wahl ist also die gut gesteuerte Neuansiedlung geflüchteter Menschen. Statt Schlepperunwesen und unkontrollierten Grenzübertritten bedeutet Neuansiedlung ein geordnetes Verfahren. Dieses wird in Teilen den Druck lindern, sich aus den Krisengebieten auf den gefährlichen Weg nach Europa zu machen. Es ist jedenfalls eine moralische Bankrotterklärung, wenn die politischen Vertreter von 500 Millionen Menschen zwei Wochen über die Aufnahme von 50 aus Seenot geretteten Menschen diskutieren. ■

DR. LARS CASTELLUCCI ist Mitglied des Deutschen Bundestages für die Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD)

Stimmen aus der Politik

STEFAN LENZEN | FDP

Seenotrettung braucht eine europäische Lösung

68

Zivile Seenotrettung und wie wir sie überflüssig machen

Das internationale Seerecht ist in der Frage der Seenotrettung unmissverständlich. Alle Küstenstaaten sind verpflichtet, in ihrem Seegebiet die Rettung Schiffbrüchiger sicherzustellen. Die Rettung hilfsbedürftiger Menschen auf See ist eine Verpflichtung aller Schiffe und deren Besatzung.

Allerdings hat die Rettung von in Seenot geratenen Geflüchteten zu Diskussionen geführt, die den Eindruck erwecken, dass Menschen, die versuchen aus Afrika nach Europa zu gelangen, im Gegensatz zu anderen Schiffbrüchigen Menschen zweiter Klasse sind. Völkerrechtswidrige Zurückweisungen (sog. Push-back-Operationen), das Zurücklassen von Ertrinkenden sowie die Weigerung von einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, Rettungsschiffe in ihre Häfen einlaufen zu lassen, widersprechen den Grundsätzen des Seerechts. Für uns als Liberale stehen hingegen das einzelne Individuum und der Schutz der Menschenrechte im Mittelpunkt.

Leben zu retten ist eine humanitäre Verantwortung. Aber neben der Rettung ist auch die Bekämpfung von Ursachen der Seenot eine Verpflichtung. Ein wesentlicher Aspekt sind dabei die Schleusernetzwerke. Diese müssen entschieden bekämpft werden. Wir dürfen Menschen nicht Schmugglern überlassen, die aus der Not der Betroffenen Profit schlagen und sie in überfüllte, nicht gesicherte Boote setzen. Die Bekämpfung von Menschenschmuggel und -handel sowie den Schutz der europäischen Außengrenzen dürfen wir auch nicht Organisationen wie der ‚libyschen‘ Küstenwache überlassen, die nicht an die Einhaltung unserer Werte und Regeln gebunden sind. Menschenrechte und der Schutz von Menschenleben dürfen niemals in Frage gestellt werden.

Auch muss zwischen der Förderung krimineller Schleuser und der humanitären Seenotrettung klar differenziert werden. In diesem Sinne bedeutet die Überlassung der Seenotrettung an private oder gemeinnützige Organisationen keine Lösung, sondern eine Flucht vor Verantwortung der europäischen Staatengemeinschaft. Deshalb brauchen wir endlich einen gemeinsamen europäischen Ansatz.

Wir müssen beispielsweise die europäischen Grenzen schützen oder besser noch, anfangen von einer einzigen europäischen Grenze zu sprechen. Die europäische Grenzschutzmission FRONTEX darf aber nicht einseitig auf Grenzsicherung und Abwehr ausgerichtet sein, vielmehr sollte von FRONTEX auch die humanitäre Seenotrettung organisiert werden. Dazu muss FRONTEX mit mehr Befugnissen ausgestattet werden; genauso wie die parlamentarische Kontrolle gesichert sein muss. Deutschlands Teilrückzug von der Sophia-Mission ist in diesem Zusammenhang der falsche Weg und stellt einen gemeinsamen europäischen Ansatz in Frage.

Von zentraler Bedeutung ist zudem die Bekämpfung von Fluchtursachen, sodass Menschen keinen Grund haben, diesen gefährlichen Weg über das Mittelmeer auf sich zu nehmen. Deshalb ist eine Verbesserung der Situation in Herkunfts- und Transitländern von entscheidender Bedeutung. Solange in den Herkunftsländern die Chancen auf Bildung, sozialen Aufstieg und wirtschaftlichen Erfolg für einen Großteil der Bevölkerung gering sind, solange werden Menschen ihr Glück selbst auf zum Untergang geweihten Schlauchbooten suchen.



© Erik Marquardt

Mit einem echten Einwanderungsgesetz können legale und sichere Wege nach Europa und Deutschland für qualifizierte Migranten geschaffen werden. Für politisch oder anderweitig Verfolgte, (Bürger-)Kriegsflüchtlinge, Opfer von Folter bzw. einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung muss darüber hinaus das Asylsystem weiter offenstehen. Hier gilt es, gefährliche Fluchtwege durch sichere zu ersetzen. Dazu zählt eine verstärkte Nutzung von UNHCR-Kontingenten, Visa-Erteilungen und die Möglichkeit einer Asylantragstellung im außereuropäischen Ausland. Um dies erfolgreich umzusetzen, braucht es ein gemeinsames, europäisches Asylsystem, an dem sich alle Mitgliedsstaaten der Union beteiligen und dass eine Nichteinhaltung von Regeln Konsequenzen mit sich trägt.

Die Bekämpfung des Schleuserwesens, die Schaffung von Perspektiven in den Herkunftsländern, menschenwürdige Unterbringung und Versorgung in den Transitländern, ein Einwanderungsgesetz, die Schaffung legaler und sicherer Wege sowie ein europäisches Asylsystem sind somit beste Voraussetzungen, Einsätze von Seenotretter*innen seltener zu machen. ■

STEFAN LENZEN ist Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen für die Freie Demokratische Partei (FDP)

LIZA PFLAUM | SEEBRÜCKE

Brücken zu Sicheren Häfen

Die SEEBRÜCKE-Bewegung

70

Zivile Seenotrettung und wie wir sie überflüssig machen

Als innerhalb von nur wenigen Wochen nach dem Zwischenfall mit der Aquarius erneut ein ziviles Seenotrettungsschiff, in diesem Fall die Lifeline, mit 234 geretteten Menschen an Bord keinen sicheren Hafen anfahren durfte, haben sich Menschen aus der Kunst-, Kultur- und Aktivisszene, vor allem aus Berlin, in einem Messenger-Chat zusammengefunden und entschieden, dass mit der aktiven Blockade von Rettung eine rote Linie überschritten wurde und es hierauf dringend eine zivilgesellschaftliche Antwort braucht. In kürzester Zeit fand ein erstes Treffen statt, in welchem sofort klar wurde, dass, wenn Staaten internationales Recht brechen und Menschenrechte mit Füßen treten, die Zivilgesellschaft aktiv werden muss. Auf diesem Treffen wurde sich für den Namen SEEBRÜCKE entschieden um zu verdeutlichen, dass es keine weitere Abschottung braucht, sondern Brücken und Wege, wie Menschen sicher in Europa ankommen können. Ebenfalls wurde die Farbe Orange gewählt, als Zeichen der Solidarität mit Geflüchteten und der zivilen Seenotrettung. In den ersten Tagen ging alles sehr schnell: Nach zwei Tagen war die Webseite online und eine erste Demo in Berlin angemeldet.

Von Anfang an war es das Ziel der SEEBRÜCKE, Möglichkeiten der Beteiligung zu schaffen und Menschen zu ermächtigen, sich anzuschließen und selbst aktiv zu werden. Für viele wurde durch die Brutalisierung des europäischen Migrationsregimes und die hiermit verbundene komplette Entrechtung geflüchteter Menschen eines deutlich: Weiter zuzusehen, wie Menschen davon abgehalten werden, anderen Menschen das Leben zu retten, ist keine Option. Ein zentrales Anliegen der SEEBRÜCKE ist es, die Stimme der solidarischen Zivilgesellschaft laut werden zu lassen und sichere Häfen für alle Menschen zu schaffen.

Allein in der ersten Woche sind dem Aufruf der SEEBRÜCKE über 13 Städte gefolgt: es fanden deutschlandweit Proteste mit über 22.000 Teilnehmer*innen statt. Die Unterstützung aus der Zivilbevölkerung war enorm, es bildeten sich weitere Chatgruppen zu unterschiedlichen Themen, in denen Menschen Tag und Nacht weitere Aktionen planten, sich organisierten und vernetzten. In den darauffolgenden Wochen ließen die Demonstrationsanmeldungen nicht nach, sondern nahmen immer weiter zu. Es fanden wöchentlich dutzende Aktionen in Deutschland, Österreich und der Schweiz statt. Besonders in kleinen Orten fingen Menschen an, sich zu organisieren, meldeten ihre ersten Demos an oder standen ganz alleine am Brunnen in ihrem Dorf, um auf die unhaltbaren Zustände auf dem zentralen Mittelmeer aufmerksam zu machen. Schon nach der ersten Woche war klar, dass hier eine Bewegung entsteht. Eine Bewegung, die sich gegen die tödliche Abschottungspolitik der Europäischen Union wendet und sich für eine offene und solidarische Gesellschaft einsetzt.

Nur ein paar Wochen nach Gründung der SEEBRÜCKE fand eine europaweite Aktionswoche statt, mit Protesten in über 20 europäischen Ländern. Ebenfalls beteiligte sich die SEEBRÜCKE mit einem 30.000 Menschen starken Demoblock an der Unteilbar---Demonstration in Berlin. Bis heute haben sich über 250.000 Menschen an SEEBRÜCKE-Aktionen und Protesten beteiligt; allein in den letzten Monaten fanden über 1000 solcher SEEBRÜCKE-Aktionen statt. In den letzten Monaten sind aus spontan entstandenen Aktionsgruppen und Zusammenschlüssen feste Strukturen gewachsen. Heute gibt es ca. 90 aktive SEEBRÜCKE-Gruppen, die sich täglich dafür einsetzen, dass Menschenrechte für alle Menschen gelten, mit oder ohne europäischen Pass, und dass die Rettung von Menschen in Seenot eine Pflicht ist, die nicht zur Diskussion



© Dominik Butzmann

steht. Weiter vernetzen sich die SEEBRÜCKE-Gruppen regelmäßig bei offenen regionalen wie auch überregionalen Treffen, um gemeinsame Strategien und Aktionen zu planen.

Durch die Schließung der europäischen Häfen wurde deutlich, dass die Aufnahmebereitschaft aller europäischen Länder, also auch von mitteleuropäischen Ländern wie z.B. Deutschland, in direkter Verbindung mit den Todeszahlen im zentralen Mittelmeer steht. Seit der Schließung der italienischen und maltesischen Häfen im Sommer 2018 sind die Sterberaten auf der Fluchtroute über das Mittelmeer massiv angestiegen. Alleine 2018 sind über 2000 Menschen im zentralen Mittelmeer ertrunken. Als Gegenentwurf zur Verweigerung Sicherer Häfen durch Italien und Malta fordert die SEEBRÜCKE Städte und Kommunen dazu auf, sich symbolisch als Sichere Häfen somit dazu bereit zu erklären, über den Königsteiner Verteilungsschlüssel hinaus mehr geflüchtete Menschen in ihren Städten und Kommunen willkommen zu heißen.

Lokale SEEBRÜCKE-Gruppen begannen bereits in den ersten Wochen des Bestehens mit Demonstrationen und kreativen Aktionen, diese Forderungen lauthals an ihre Bürgermeister*innen und Kommunen heranzutragen. Angefangen mit einer öffentlichen Erklärung der Städte Köln, Bonn und Düsseldorf können wir heute, wie auch in Italien und Spanien, eine Bewegung der solidarischen Städte und Kommunen in Deutschland erkennen. Bis heute haben sich auf Druck der SEEBRÜCKE 78 Städte und Kommunen zu Sicheren Häfen erklärt (Stand: 22.07.2019). Damit bekennen sie sich öffentlich dazu, einerseits aus Seenot gerettete Menschen freiwillig aufzunehmen und andererseits, sich für sichere Fluchtwege und die Entkriminalisierung ziviler Seenotrettung einzusetzen. Außerdem entstand Anfang Juni 2019 das Bündnis „Städte Sicherer

Häfen“ mit zunächst zwölf teilnehmenden Städten und Kommunen in Potsdam, die den Forderungen der Seebrücke öffentlich Nachdruck verleihen möchten.

In nur einem Jahr hat die SEEBRÜCKE schon sehr viel bewegt, doch ist der Kampf leider noch lange nicht zu Ende. Derzeit befindet selten mehr als ein einziges ziviles Seenotrettungsschiff noch im Einsatz, während anderen Schiffe werden mit fadenscheinigen Begründungen in unterschiedlichen Häfen vom Retten weiterer Menschenleben abgehalten. Alleine im Januar sind über 200 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Die Flucht über das zentrale Mittelmeer ist immer noch die gefährlichste Fluchtroute der Welt: Jede fünfte Person stirbt bei der Überquerung des Mittelmeers. Die SEEBRÜCKE muss noch lauter und noch größer werden, um diesem Sterben endlich ein Ende zu bereiten.

Wir sind weiter aktiv: europaweit vernetzen wir uns mit anderen Initiativen und Kommunalregierungen und lenken überregional wie in den über 90 Lokalgruppen Aufmerksamkeit auf dieses Thema. ■

Die **SEEBRÜCKE** ist eine politische Bewegung, die sich für sichere Fluchtwege, Sichere Häfen und zivile Seenotrettung einsetzt. Entstanden ist die SEEBRÜCKE im Juni 2018, als Italien und Malta ihre Häfen für zivile Seenotrettungsschiffe sperrten und Rettungsschiffe tagelang, mit geretteten Menschen an Bord, daran gehindert wurden, einen sicheren Hafen anzufahren.

Alle Aktionen werden auf der Internetseite www.seebruecke.org angekündigt

Spenden:
<https://seebruecke.org/spenden/>

PIT CLAUSEN | OBERBÜRGERMEISTER DER STADT BIELEFELD

Seenotrettungen und die Bielefelder Reaktion

Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge über die Quote hinaus

72

Zivile Seenotrettung und wie wir sie überflüssig machen

Im Sommer 2018 erreichten uns nahezu täglich Nachrichten über Seenotrettungsoperationen, weil Flüchtlinge seeuntüchtige Boote besteigen, um ihrer Heimat zu entfliehen. Dabei spielen sich menschliche Tragödien ab, Boote kentern, Menschen ertrinken. Erreichten Boote die europäische Küste, wurden sie abgewiesen oder mussten tagelang warten, bis sie an Land gehen dürfen. Dieses Schicksal ereilte zum Beispiel die Aquarius, auf der u.a. auch rund 50 minderjährige Flüchtlinge tagelang durchs Mittelmeer irrten.

Doch was war die Reaktion im politischen Berlin? Es wurde diskutiert, wie man Europa und Deutschland am besten vor Zuwanderung abschotten könne. Nicht diskutiert wurde die Lage der Menschen, die gefährliche Wege auf sich nahmen und nehmen, um aus ihrer Heimat zu fliehen. Ausgeblendet wurde, dass allein in der ersten Jahreshälfte 2018 über 1.400 Menschen an den Grenzen der Europäischen Union gestorben sind, viele von ihnen sind im Mittelmeer ertrunken.

Dieser Umgang mit Menschen in Seenot war und ist empörend.

Im Juli 2018 schrieben die Oberbürgermeisterin aus Köln, Henriette Rekers und die Oberbürgermeister von Düsseldorf und Bonn, Thomas Geisel und Ashok Sridharan, einen Brief an die Bundeskanzlerin. In diesem Brief erinnerten sie an den Kern der Europäischen Idee und deren Basis aus Humanismus, Aufklärung und Menschenrechten. Sie boten an, ihren Beitrag zu leisten, um Seenotrettung wieder zu ermöglichen und die Aufnahme der geretteten Menschen zu sichern.

Auch in Bielefeld wurden die unhaltbaren Zustände rund um die Seenotrettung diskutiert. Natürlich brauchten wir

in Europa Zeit, um eine europäische Lösung für die Aufnahme, die Asylverfahren sowie die Integration oder auch Rückführung von Geflüchteten zu finden. Bis zu einer Einigung durften wir aber nicht einfach die konkrete Gefährdung des Lebens vieler Menschen tatenlos hinnehmen.

Aus dieser Einsicht heraus entstand die Idee, dass auch Bielefeld einen besonderen Beitrag zur Aufnahme geflüchteter Menschen leisten müsse.

Bei dieser Idee habe ich mich davon leiten lassen, was Bielefeld besonders gut kann. Bielefeld hat in der Vergangenheit nicht nur immer seine Aufnahmequote erfüllt, sondern insbesondere die Aufnahme und Versorgung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen hervorragend bewältigt. Bis zu 550 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind in Spitzenzeiten in Einrichtungen der freien Träger und der Stadt untergebracht und versorgt worden. In Bielefeld gibt es ein vorbildliches Netz professioneller und ehrenamtlich Engagierter aus dem Bereich der Wohlfahrt. Die Erfahrungen aus den letzten Jahren zeigen eine große Hilfsbereitschaft vieler Bielefelderinnen und Bielefelder. Diese erfolgreiche Arbeit trägt auch Früchte: wir bekommen immer mehr Berichte aus Unternehmen, die diese jungen Menschen beschäftigen: sie sind in der Mehrheit äußerst lernwillig und arbeitsbereit, im Handwerk kommt man ohne sie kaum noch aus.

Darum habe ich als Oberbürgermeister dem Rat der Stadt Bielefeld im September 2018 vorgeschlagen, der Bundesregierung und der Landesregierung mitzuteilen, dass Bielefeld bereit ist, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die in Seenot geraten und aus ihr gerettet worden sind, über die gesetzliche Quote hinaus aufzunehmen. In der Stadtgesellschaft stieß dieser Vorschlag auf ein geteiltes Echo. Natürlich gab es heftige Kritik. Erfreuli-

cherweise teilten mir auch viele Bürgerinnen und Bürger ihre Zustimmung mit. Ich gebe zu: das hat mich richtig stolz auf "meine" Stadt gemacht!

Der Rat der Stadt Bielefeld hat in seiner Septembersitzung meinen Vorschlag mehrheitlich befürwortet. Im Oktober wurde dann mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verabredet, junge Geflüchtete aus einem Flüchtlingslager auf Malta aufzunehmen. Da das Jugendamt schon im Vorfeld Kontakt mit den freien Trägern aufgenommen hatte, war die Aufnahme vor Ort schnell geklärt. Letztlich sind acht junge Menschen Anfang Dezember 2018 nach Bielefeld gekommen, zwei Mädchen und sechs Jungen. Im Aufnahmezeitpunkt waren die beiden Mädchen 16 bzw. 17 Jahre alt. Einer der Jungen war 14 Jahre alt, zwei weitere 16 Jahre und die drei anderen 17 Jahre. Sie kommen aus Somalia, Eritrea und Pakistan.

Um die jungen Menschen darauf vorzubereiten, was sie in Bielefeld erwartet, sind im Vorfeld bereits schriftliche Informationen in Landessprache nach Malta übermittelt worden. Am Flughafen Düsseldorf wurden die Mädchen und Jungen vom Jugendamt gemeinsam mit den beiden betreuenden freien Trägern empfangen und nach Bielefeld in die jeweilige Clearingeinrichtung gefahren. Die Aufnahme der beiden Mädchen ist in einer speziell auf die Betreuung von weiblichen Geflüchteten ausgerichteten Clearingeinrichtung erfolgt. Die sechs Jungen sind gemeinsam in einer Clearingeinrichtung für junge Männer aufgenommen worden. Beide Einrichtungen verfügen schon seit Jahren über die notwendige Kompetenz für die Unterbringung, Versorgung und Betreuung von jungen Geflüchteten. Da die acht Jugendlichen in Bielefeld verbleiben werden, prüfen das Jugendamt und der betreuende freie Träger bereits während des Clearingverfahrens, welche passgenauen Anschlussmaßnahmen angezeigt sind.

Natürlich war die Aufnahme dieser acht Jugendlichen nur ein ganz kleiner Tropfen auf den heißen Stein. Dennoch war sie ein klares Zeichen und auch ein Signal: wir stehen zu einem humanitären Umgang mit Geflüchteten. ■

Zivilgesellschaftliche Initiativen für sichere Fluchtwege

Eine Gemeinsamkeit der Initiativen für sichere Fluchtwege ist, dass sie – im Zusammenhang mit Bewegungen für urban citizenship und solidarische Städte¹⁾ – maßgeblich *lokal organisiert* sind: Eine Stadt „sagt Ja!“ (save-me), „hat Platz“ (Relocation-Initiativen) oder soll zum „sicheren Hafen“ (Seebrücke) werden. Die Initiativen mobilisieren in Kommunen und drücken ihre Forderungen als Teil einer lokalen Gemeinschaft aus indem sie sagen: ‚Unsere Stadt ist für die Aufnahme von Flüchtlingen‘. Sie vermeiden dadurch zum einen den Bezug auf eine nationale Gemeinschaft, die Geflüchtete ausschließt. Zum anderen umgehen sie die Bundes- und EU-Ebene, die zwar in vielen Bereichen zuständig ist, aber nur wenig Spielräume für pro-migrantische Politiken zulässt. Indem die Initiativen für sichere Fluchtwege in der lokalen Mobilisierung Zustimmung erzeugen, können sie wiederum Druck auf die Bundespolitik ausüben. Dennoch scheitern viele Bestrebungen letztlich an Bundesbehörden wie dem Innenministerium oder dem Kanzleramt. Daher ist es bedeutsam, dass sich lokale Initiativen zusammenschließen, um ihre Handlungsmacht zu vergrößern und sich nicht zu isolieren. Eine translokale Vernetzung ist zudem entscheidend, um in überregionalen Medien und einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden, wie es im Sommer 2018 insbesondere der Seebrücken-Bewegung gelungen ist.

Neben dem gemeinsamen Bezug auf Städte und Gemeinden unterscheidet die Initiativen jedoch die unterschiedliche Zielsetzung. Dies hängt eng mit dem *Wandel des deutsch-europäischen Migrationsregimes sowie des gesamtgesellschaftlichen Diskurses* zusammen. [...]

Mit dem politischen Kontext verschieben sich die Forderungen von der direkten Aufnahme von Geflüchteten aus Nicht-EU-Staaten, hin zu einer Aufnahme von Geflüchteten, die bereits in der EU angekommen sind, und schließlich zu einer Forderung, die noch vor kurzem ob ihrer Selbstverständlichkeit unvorstellbar gewesen wäre: Dass Schiffe auf dem Mittelmeer nicht daran gehindert werden, Menschen vor dem Ertrinken zu retten. Mit Resettlement wurde in Deutschland die Einführung eines Programms zum Flüchtlingsschutz gefordert, mit Relocation nur noch die Umsetzung eines bestehenden Programms der EU und mit der Seenotrettung schließlich die bloße Möglichkeit, den unmittelbar bevorstehenden Tod von Menschen zu verhindern. Insgesamt zeigt diese Verschiebung eher nicht, dass Initiativen weniger politisch geworden sind oder sie mehr Zugeständnisse machen. Vielmehr zeigt sie, dass angesichts der sukzessiven Verschärfung anti-migrantischer Politiken bereits die Forderung nach humanitärer Hilfe und Rettung zu einem politischen Akt geworden ist. [...]

¹⁾ Heuser, Helene: Kommunale Spielräume zur Förderung legaler Zufluchtswege, 2019, <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdoessiers/283140/kommunale-spielraeume-zur-foerderung-legaler-zufluchtswege?p=all>

Kron, Stefanie; Lebuhn, Henrik: Solidarische Städte: Globale Soziale Rechte und das Recht auf Mobilität, 2018, <https://www.rosalux.de/publikation/id/39274/solidarische-staedte-globale-soziale-rechte-und-das-recht-auf-mobilitaet/>



TATJANA GIESE

Sanctuary City – Eine Perspektive für deutsche Kommunen?

Die Möglichkeiten der legalen Einwanderung in europäisches Terrain verringern sich stetig. Staaten und supranationale Institutionen versuchen politisch unerwünschte und rechtlich unzulässige Migration durch (Grenz)Kontrollmechanismen zu verhindern. Doch spätestens *der lange Sommer der Migration* 2015 hat gezeigt, dass die Mobilität der Menschen und die Kontrollmechanismen der europäischen Staaten in starkem Widerspruch zueinander stehen. Denn trotz einer zunehmenden Verlagerung der europäischen Außengrenzen in den afrikanischen Kontinent, verstärkten und gewaltvollen Grenzschutzmaßnahmen sowie einer immer restriktiver werdenden Asylpolitik, kommen Menschen in Deutschland und anderen europäischen Staaten an – und bleiben. Ein Resultat aus dem

Widerspruch zwischen menschlicher Mobilität und der Abschottung Europas ist die Entstehung prekärer Aufenthaltssituationen und die Schaffung aufenthaltsrechtlicher ‚Illegalität‘¹⁾. Dieses Phänomen ist ein Produkt der europäischen Migrationspolitik der letzten 20-30 Jahre, in denen legale Einreisemöglichkeiten sukzessive abgeschafft und die *Festung Europa* aufgebaut wurde.

Der Lebensalltag von Illegalisierten und Migrant*innen in prekären Aufenthaltssituationen findet meist in Städten statt und ist häufig von Exklusionen, Abhängigkeiten und Unsicherheiten geprägt. Gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten werden größtenteils entlang von Staatsbürger*innenschaft und eines hierarchischen Sys-

¹⁾ Menschen, die ohne Erlaubnis nach Europa einreisen oder ohne gültigen Aufenthaltstitel in den Staaten der europäischen Union leben, werden von der europäischen und den nationalen Politiken ‚illegalisiert‘. Der Begriff illegalisiert verdeutlicht, dass Legalität und Illegalität keine menschlichen Attribute sind, sondern das Resultat rechtlicher und sozialer Kategorisierung sowie politischer Handlungen.

tems von Aufenthaltstiteln ermöglicht, sodass viele kaum Möglichkeiten haben, am gesellschaftlichen Leben zu partizipieren und von der Inanspruchnahme grundlegender Rechte ausgeschlossen werden. Die politische Praxis der Illegalisierung und die damit einhergehende ständige Angst vor Abschiebungen zwingt sie dazu, im öffentlichen Raum weitestgehend unsichtbar zu werden. Dennoch werden sie zu einem Teil der Bevölkerung, der weder von der Bundes- noch von der Kommunalpolitik ignoriert werden kann. Die Stadt wird somit zu einem konfliktiven Raum, in dem Kämpfe um Teilhaberechte stattfinden. Es sind daher insbesondere die Kommunen, die in ein Spannungs- und Konfliktfeld zwischen der Durchsetzung nationaler Interessen, ihrer eigenen Verwaltungshoheit und zunehmenden zivilgesellschaftlichen Protesten für einen solidarischen und humanitären Umgang mit hier lebenden Geflüchteten und Migrant*innen rücken. Sie werden so zu einem zentralen Ort, an dem gesellschaftliche Grenzen zwischen erwünschten und unerwünschten Zuwanderern gezogen werden.

Diese Entwicklungen und der völlig inakzeptable und unmenschliche Umgang mit den vielen Menschen auf dem Mittelmeer führen dazu, dass sich unter Betroffenen und ihren Unterstützer*innen zunehmend Entsetzen ausbreitet und Widerstand formiert. Die lokale Ebene avanciert dabei zum Aushandlungsraum für die Rechte und Teilhabechancen Geflüchteter und (illegalisierter) Migrant*innen. In deutschen Städten gründen sich vermehrt Initiativen, die ihre ‚Stadt-Mitbürger*innen‘ vor den restriktiven und menschenunwürdigen Praktiken des europäischen Grenzregimes und der Bundesregierung schützen möchten und sich für mehr Willkommen und gesellschaftliche Teilhabechancen einsetzen. Sie orientieren sich dabei u.a. an dem aus den USA stammendem Konzept der *Sanctuary City*.

Vorbild Sanctuary Cities

Als Sanctuary Cities werden gemeinhin Städte bezeichnet, die sich selbst dazu verpflichten, (illegalisierten) Migrant*innen Zuflucht zu bieten, sie durch unterschiedliche Praktiken vor Ausweisung zu schützen und ihnen einen gleichberechtigten Zugang zu kommunalen Leistungen und zivilgesellschaftlicher Unterstützung zu gewährleisten. Die Idee dahinter ist, alle Bewohner*innen einer Stadt als Stadtbürger*innen anzuerkennen und zwar unabhängig ihres aufenthaltsrechtlichen Status. Jede Person, die faktisch in der Stadt lebt, soll auch Zugang zu den gleichen Leistungen haben sowie die gleichen Rechte genießen. Durch kommunalpolitische Beschlüsse wollen Sanctuary Cities eine eigene Position im Spannungsfeld zwischen nationalen Interessen, eigenen Verwaltungsaufgaben und zivilgesellschaftlichen Protesten einnehmen. Bislang existieren Sanctuary Cities nur in den USA, Kanada und im Vereinigten Königreich Großbritannien und weisen je nach

nationalem Kontext sowohl Ähnlichkeiten als auch Unterschiede auf. Neben humanitären Ansprüchen, wie dem Schutz vor Ausweisung, dem gleichberechtigten Zugang zu kommunalen Leistungen und gesellschaftlicher Teilhabe, steht auch immer eine sicherheits- und ordnungspolitische Funktion im Mittelpunkt. Das Konzept soll helfen, Risiken des städtischen Zusammenlebens zu verringern, die u.a. dadurch entstehen, dass Menschen aus Angst vor Abschiebung oder Sanktionen den Gang zu Behörden wie der Polizei oder dem Gesundheitsamt meiden.

City sanctuary ist immer eine Reaktion auf bestehende rechtlich-administrative Rahmenbedingungen. Demnach stehen auch unterschiedliche Migrant*innengruppen im Fokus. In den USA und in Kanada steht der Schutz von illegalisierten Migrant*innen, die meist schon lange im Land leben, im Vordergrund, während in Großbritannien die Etablierung einer Willkommenskultur und die Verschiebung des Diskurses über Geflüchtete zentrale Bestandteile sind. In den USA, wo es bis heute die meisten Sanctuary Cities gibt, geht die Idee maßgeblich auf das Sanctuary Movement zurück, welches seine frühen Wurzeln in den späten 1960er Jahren und seine Hochzeit in den 1980er Jahren hatte. Zwischen 1980 und 1991 flohen rund eine Million Menschen aus den Kriegsgebieten Mittelamerikas, insbesondere El Salvador und Guatemala, in die USA. Die damalige Regierung Reagans verweigerte den fliehenden Menschen Asyl, tausende von ihnen bekamen keine Chance auf ein faires Verfahren und wurden abgeschoben. Es formierte sich zunehmend Widerstand gegen die restriktiven Regierungspraktiken, zunächst getragen von religiösen und zivilgesellschaftlichen Gruppen, später auch durch die Städte selbst. Immer mehr Städte erklärten sich zu Sanctuary Cities und stellten ihre illegalisierte Bevölkerung unter Schutz und schränkten die Zusammenarbeit mit der nationalen Einwanderungsbehörde weitestgehend ein. Beispielsweise wurde Mitarbeitenden lokaler Behörden und der Polizei untersagt, bei Kontrollen nach dem Aufenthaltsstatus zu fragen, um sie so vor Abschiebung zu schützen. Dies ist auch heutzutage noch eine gängige Praxis in den über 40 Städten und 300 Counties in den USA, die Sanctuary-Gesetze und -Richtlinien verankert haben.

Gängige Maßnahmen einer Sanctuary City

1) No Deportation

Niemand soll aus der Stadt abgeschoben werden. Alle Menschen, die in der Stadt leben, sollen ein Recht auf Bleiben und Teilhabe haben.

2) Don't Ask Don't Tell

Mitarbeitenden lokaler Behörden sowie der Polizei ist es untersagt, nach Aufenthaltspapieren zu fragen. Sofern sie dennoch einmal Kenntnis darüber bekommen, dürfen sie den Aufenthaltstitel nicht an die nationale Einwanderungsbehörde melden. So soll illegalisierten Migrant*innen

zum einen der Zugang und Teilhabe ermöglicht werden, zum anderen stellen sich die Städte damit gegen den Vollzug des nationalen Einwanderungsrechts und versagen ihre Mitwirkung bei Abschiebungen.

3) Access without Fear

Alle Bewohner*innen einer Stadt sollen Zugang zu Behörden und Teilhabe an kommunalen Dienstleistungen und polizeilichen Services haben, ohne Angst haben zu müssen, aufgegriffen und abgeschoben zu werden. Grundsätzlich baut der Gedanke auf dem Prinzip von *Don't Ask Don't Tell* auf, von kanadischen Akteuren wird jedoch insbesondere der ‚angstfreie Zugang‘ zu Dienstleistungen hervorgehoben.

4) Municipal ID-Cards

In einigen US-amerikanischen Städten wurden sogenannte Municipal ID-Cards (städtische Ausweise) eingeführt. Dieses technische Instrument funktioniert ähnlich wie ein Personalausweis. Der Unterschied ist, dass der Aufenthaltsstatus und oftmals auch das Geschlecht nicht erfasst werden, um möglichen Diskriminierungen entgegenzuwirken und Zugang zu ermöglichen.

Der Nutzungsbereich für Municipal ID-Cards ist durch die bundesgesetzlich geregelte Ausweispflicht beschränkt. Ein Personalausweis oder gleichwertiges Ausweisdokument muss auf Verlangen vorgelegt werden und wird z.B. auch für die Unterzeichnung von Mietverträgen oder zur Eröffnung eines Bankkontos benötigt. Ebenso brächte die Einführung von Municipal ID-Cards praktische Fragen mit sich: Wie können Menschen ohne amtliche Wohnsitz nachweisen, dass sie tatsächlich in der Stadt leben? Welche Dokumente werden für einen Identitätsnachweis akzeptiert? Wie kann garantiert werden, dass bei der Beantragung einer Municipal ID-Card niemand Gefahr läuft, im Status aufgedeckt zu werden? Und wie steht es um die Bereitschaft aller ‚anderen‘ Stadtbewohner*innen, eine Municipal ID-Card zu nutzen? All diese Fragen müssten vor der Einführung einer Municipal ID-Card geklärt werden, da sonst ein gut gemeintes Instrument schnell ins Gegenteil umschlagen und zu mehr Diskriminierung und Gefahr der Aufdeckung des Status führen kann.

In einigen gesellschaftlichen Teilbereichen bestehen jedoch auch Chancen und Möglichkeiten für die Einführung von *Don't Ask Don't Tell* und Municipal ID-Cards. Insbesondere im Bildungsbereich, wo bereits im Jahr 2011 die Übermittlungspflicht abgeschafft wurde. Aber auch in der medizinischen Versorgung funktioniert das Prinzip mancherorts bereits, wie z.B. beim Medinetz Hannover oder der Medizinischen Flüchtlingshilfe Göttingen, wo es den anonymen Krankenschein für alle Personen gibt, die nicht versichert sind. Kommunen können sich darüber hinaus durch ihr in Art. 28 Abs. 2 GG verankertes Selbstverwaltungsprinzip und im Rahmen ihrer freiwilligen Aufgaben für die Öffnung städtischer Einrichtungen und Projekte für Geflüchtete und Migrant*innen in prekären Aufenthaltssituationen einsetzen. Ein städtisch verankertes Prinzip von *Don't Ask Don't Tell* im Rahmen des gesetzlich Möglichen kann folglich den Zugang und die Teilhabemöglichkeiten für alle Stadtbewohner*innen fördern und ein Zeichen für Gleichberechtigung und Willkommen setzen. Dabei können Municipal ID-Cards ein hilfreiches Instrument sein.

Der Ausgestaltung eines Sanctuary City Konzepts ist sehr variabel, wodurch sich auch für deutsche Kommunen die Chance eröffnet, verschiedene Ansätze auszuloten. Eine *Sanctuary City* kann dabei mehr sein als der Schutz der illegalisierten Bevölkerung durch *Don't Ask Don't Tell* und der Einführung von *Municipal ID-Cards*. So können sich Kommunen z.B. mit anderen Kommunen in interkommunalen Netzwerken zusammenschließen oder durch den Erlass von (vorerst) symbolpolitischen Verordnungen ein Zeichen setzen und Druck auf die Landes- oder Bundesebene ausüben, geltende Gesetze entsprechend der Ideen eines solidarischen Miteinanders zu verändern.

Sanctuary Cities als Option für Deutschland?

Bereits in der Grundkonstruktion des föderalen Staatsaufbaus der Bundesrepublik zeigen sich Hürden für die Umsetzung von Sanctuary Cities nach US-amerikanischem Beispiel. Kommunen bilden in Deutschland im Wesentlichen einen Teil der Verwaltungsorganisation der Länder und verfügen, anders als in den USA, über keine eigenen Gesetzgebungskompetenzen. Demnach können Kommunen in Deutschland keine rechtsverbindlichen Verordnungen in Ergänzung zum Bundes- oder Landesrecht erlassen. Kommunale Sanctuary-Richtlinien müssten sich folglich im Rahmen der geltenden Bundes- und Landesgesetze bewegen, um rechtswirksam zu sein. Beispielsweise bezüglich der Umsetzung von *Don't Ask Don't Tell* oder der Einführung von Municipal ID-Cards gibt es einige rechtliche Hürden. Insbesondere die im Aufenthaltsgesetz festgeschriebene Übermittlungspflicht stellt ein zentrales Problem für die Umsetzung von *Don't Ask Don't Tell* dar. Diese verpflichtet Mitarbeiter*innen kommunaler Behörden im Rahmen ihrer Arbeit gewonnene Erkenntnisse über den irregulären Aufenthalt von Migrant*innen an die Ausländerbehörde zu übermitteln. Die Übermittlungspflicht ist bundesgesetzlich geregelt, daher bestehen für Kommunen kaum Möglichkeiten, diese durch entsprechende Erlasse zu umgehen. Für betroffene Personen ist es somit praktisch unmöglich, grundlegende Rechte wie ein Existenzminimum oder soziale Leistungen einzufordern, da immer die Gefahr der Datenübermittlung an die Ausländerbehörde und damit die Androhung der Abschiebung besteht. Ebenso ist die Polizei in Deutschland keine Angelegenheit der Kommunen, sodass kommunale Behörden der Polizei gegenüber nicht weisungsbefugt sind.

Die Bewegung ‚Solidarity Cities‘

Wie eingangs bereits erwähnt, formieren sich auch in Deutschland immer mehr Initiativen, die ihre Städte zu ‚Städten der Solidarität‘ machen wollen und sich dabei an US-amerikanischen und kanadischen Vorbildern orientieren. In etwa 20 deutschen Städten gibt es bereits ‚Solidarity City‘-Initiativen. Ihre Forderungen sind die gleichen: keine Abschiebungen, keine (willkürlichen) Kontrollen von Aufenthaltspapieren, ein städtischer Ausweis für alle und angstfreier Zugang zu Behörden und Teilhabe an sämtlichen städtischen Dienstleistungen. Ihr primäres Ziel besteht jedoch nicht darin, dass der Verwaltungsapparat der Stadt irgendetwas erklärt, sondern „den Alltag in der Stadt so zu gestalten, dass er für alle Menschen einen möglichst reibungslosen Aufenthalt ermöglicht und das Miteinander aller Stadtbürger_innen perspektivisch von Solidarität geprägt wird“. Es lassen sich viele Parallelen zu Initiativen wiederfinden, die für ein ‚Recht auf Stadt‘ für alle – nicht nur Migrant*innen und Geflüchtete – eintreten und für Solidarität in den Alltagsstrukturen kämpfen. Praktisch organisieren die Initiativen öffentlichkeitswirksame Kampagnen und Demonstrationen, verhindern Abschiebungen durch friedliche Blockaden und haben die Idee des Bürger*innen-Asyls ins Leben gerufen. Dahinter verbirgt sich, dass Privatpersonen Wohnraum für Menschen, die konkret von Abschiebung bedroht sind, zur Verfügung stellen und ihnen somit einen Schutzraum bieten.

Ausblick

Die Idee der Sanctuary City bietet trotz vorhandener struktureller und rechtlicher Schwierigkeiten eine Perspektive für Kommunen, im Rahmen ihrer gesetzlichen und strukturellen Möglichkeiten eigene Wege zu gestalten, um illegalisierte Migrant*innen zu schützen oder allgemein den Diskurs über Geflüchtete und Migrant*innen in prekären Aufenthaltssituationen zu verändern. Ein friedliches städtisches Zusammenleben fördern, gleichberechtigte Teilhabechancen für alle entwickeln und nationale Exklusionspraktiken, die häufig konträr zu den tatsächlichen Lebensrealitäten in den Städten stehen, aufbrechen, sollten als Ziele im Fokus stehen. Bereits existierende Sanctuary Cities können dabei eine Orientierungshilfe bieten, sollten jedoch nicht die alleinige Maßgrundlage darstellen.

Gesetze und Richtlinien im Sinne einer Sanctuary City wurden meist nicht aus Gutwilligkeit und Humanität der kommunalen Behörden erlassen, sondern sind das Ergebnis ständiger Kämpfe verschiedener Akteursgruppen – und nicht zuletzt der Betroffenen selbst. Lokale Netzwerke und Bündnisse aus verschiedenen Akteur*innen der Zivilgesellschaft, der Stadtverwaltung, der Politik und der Betroffenen, wie sie derzeit an vielen Orten in Deutschland entstehen, sind der Schlüssel, um ein solidarisches



© Erik Marquardt

Miteinander und das Recht auf Stadt für Alle zu leben und voran zu treiben. Nur so kann der Druck auf die Politik erhöht werden.

Im Hinblick auf Sanctaury Citites zeigt sich, dass Kommunen entscheidende Akteure bezüglich Migrationsfragen sind. Das Leben der Menschen findet in den Städten statt: sie wohnen und arbeiten dort, haben Freunde und Familien und nehmen am gesellschaftlichen Leben teil, sofern ihnen das Recht dazu eingeräumt wird. Deshalb sollte es in der Verantwortung der Kommunen liegen, weitere – und insbesondere aus Seenot gerettete – Menschen aufnehmen zu können. Genau dies fordern aktuell immer mehr Kommunen, auch in Reaktion auf die Seebrücke-Bewegung, ein. Mit dem politischen Willen, alle Einwohner*innen der Stadt gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen und sie zu schützen, sich für Toleranz und Bleiberecht zu positionieren und der Unterstützung ihrer Bürger- und Einwohner*innen – und damit einer starken Zivilgesellschaft im Rücken – muss eine Kommune auch einmal einen mutigen Schritt wagen und beispielhaft vorangehen, um letzten Endes die Asyl- und Aufenthaltsrechtsgesetze zu verändern. Und vielleicht wird aus vielen kleinen Schritten dann irgendwann ein großer. ■

TATJANA GIESE hat *Internationale Migration und interkulturelle Beziehungen* studiert und arbeitet als Promotrin für Fundraising beim Eine Welt Netz NRW. Sie hat sich in ihrer Master Arbeit mit *Umsetzungsmöglichkeiten für Sanctuary Cities in Deutschland* befasst.

SIMON RAMIREZ-VOLTAIRE

Was die Seenotrettung mit der Eine Welt-Arbeit zu tun hat

Unser Engagement zur Unterstützung der Seenotrettung wird nicht allein getragen vom Mitgefühl über die Notlagen von Geflüchteten und dem Entsetzen über die Abwehrreaktionen europäischer Länder. Vielmehr wird deutlich, wie sehr die Themen Flucht und Migration zu einem selbstverständlichen Teil eines zeitgemäßen Verständnisses der Eine Welt-Arbeit geworden sind. Das Ziel der globalen Verbesserung von Lebensverhältnissen, eine humanitäre, partnerschaftliche Grundhaltung und die bürgernahe rassismuskritische und diversitätssensible Bildungsarbeit zeichnen dieses Verständnis aus. Damit intervenieren wir auch immer wieder kritisch in den Diskurs um den Begriff der Entwicklungspolitik.

Globale Verbesserung der Lebensverhältnisse

Eine Welt-Arbeit muss sich konsequent dafür einsetzen, dass sich die Lebensverhältnisse in allen Ländern der Erde im Sinne einer nachhaltigen globalen Entwicklung verbessern. Insofern verstehen wir sie auch als Beitrag zur Bewältigung von Ursachen von Flucht – Maßnahmen der internationalen Zusammenarbeit dürfen jedoch nicht als Migrationsabwehr instrumentalisiert und missbraucht werden. Gleichzeitig machen wir uns unglaublich, wenn wir einerseits von Partnerschaften mit Ländern und Menschen des Südens sprechen, und andererseits geflüchteten Menschen in Notlage nicht zu helfen verstehen. Global orientierte Politik geht nicht ohne menschliches Antlitz – sie muss Hand in Hand gehen mit einer humanen Politik an den europäischen Außengrenzen. Nach dem Prinzip: Wir unterstützen die Verbesserung der Lebensbedingungen – Geflüchtete finden unseren Schutz.

Humanitäre Notlagen

Mit großer Sorge beobachten wir daher auch die Kriminalisierung der Seenotrettung. Viele Organisationen setzen sich daher dafür ein, dass in solchen Fällen schnelle und humane Lösungen für die Menschen auf den Schiffen und alle ande-

rer Geretteten ermöglicht werden und dass Organisationen, die sich dafür engagieren, darin unterstützt werden. Sie sollten den gesellschaftlichen Rückhalt erhalten und sicher vor behördlichen Attacken sein, die immer wieder versuchen, Gesetze dafür zu benutzen, die Seenotrettung zu kriminalisieren.

Denn Grund für das Hin und Her mit Schiffen der Seenotrettung sind schließlich politische Unstimmigkeiten in der Europäischen Union und Unklarheiten über den Verbleib dieser Menschen. Es kann doch aber nicht sein, dass Schiffe mit Geretteten tage- oder wochenlang im Mittelmeer herumirren, um einen sicheren europäischen Hafen zu finden. Geflüchtete Menschen, die erschöpft, verfolgt, misshandelt und traumatisiert sind, werden so immer wieder zum Spielball europäischer politischer Auseinandersetzungen oder der Frage, welches Land sich jeweils zur Aufnahme bereit erklärt. Mit der Abweisung an europäischen Häfen zeichnet sich ein dystopisches Bild von Europa ab, ein Europa der menschlichen Kälte, der Abschottung und der brutalen Zurückweisung von Menschen, die Zuflucht suchen. Für uns gilt: Jeder einzelne dieser Fälle ist eine humanitäre Notlage und wir setzen uns dafür ein, dass sie Hilfe und Unterstützung finden. Das Menschenleben steht an oberster Stelle.

Eine Welt-Arbeit in Deutschland

Zahlreiche Organisationen, darunter auch viele aus der Eine Welt-Arbeit, engagieren sich zum Thema Seenotrettung: Von der praktischen Unterstützung von Rettungsaktionen über politische Interventionen und öffentlichkeitswirksamen Aktionen bis hin zur Bildungsarbeit. Für viele Eine Welt-Akteur*innen – von örtlichen Initiativen bis hin zu Verbänden und großen



Organisationen – erscheint es wie eine Selbstverständlichkeit, sich mit einer solidarischen Grundhaltung und vor dem Hintergrund der globalen Zusammenhänge für Seenotrettung, die humanitäre Situation von Geflüchteten und die Aufnahme in deutschen Kommunen einzusetzen. Dazu gehört der Einsatz für Solidarität und gesellschaftliche Diversität dort, wo sich Rassismus und Nationalismus als Abwehrreaktionen breit machen. Auch die agl engagiert sich in diesem Bereich. So haben wir uns mit offenen Briefen an Politik und deutsche Kommunen gewandt und die Mitglieder des agl-Netzwerks sind mit zahlreichen rassistisch-kritischen und diversitätssensiblen Projekten vor Ort, in den Regionen, ganz konkret aktiv.

Mit Bildungsprojekten engagieren sich agl, Eine Welt-Landesnetzwerke und ihre Mitglieder täglich für ein Verständnis global verflochtener Zusammenhänge – zu denen auch Flucht und Migration gehören. Es gibt dabei auch zahlreiche rassistisch-kritische und diversitätssensible Aktivitäten, ebenso wie die Arbeit mit Menschen, die Zuflucht gefunden haben. Denn das Thema ist nicht nur selbstverständlicher Teil der Eine Welt-Arbeit geworden, sondern diese Initiativen sind aufgrund ihrer Nähe zum bürgerschaftlichen Engagement auch immer wieder natürliche Ansprechpartner*innen für diese Problematik und können praktische Aktivitäten anbieten.

Ostdeutsche Landesnetzwerke und zahlreiche weitere Organisationen haben im August 2019 zusammen mit der Stiftung Nord-Süd-Brücken ein Positionspapier veröffentlicht (www.nord-sued-bruecken.de). Sie fordern, dass Geldgeber (BMZ, Bundesländer und private Geldgeber) rassistisch- und nationalismuskritische Arbeit und die Einbeziehung von Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund sowie People of Colour definitorisch als Teil des

Förderbereichs der entwicklungspolitischen Bildungs- und Inlandsarbeit anerkennen.

Die agl unterstützt dieses Ansinnen. Denn: Unser Grundverständnis der Eine Welt-Arbeit ist umfassend, beinhaltet den ganzen Globus und nimmt die interdependenten Zusammenhänge in den Blick. Das beinhaltet auch ein Bewusstsein über die Mitverantwortung des Nordens für Fluchtursachen im Süden – eine Abschottung kann nicht die Antwort auf globale Flucht- und Migrationsströme sein, zu denen wir historisch und aktuell beitragen.

Wir setzen uns ein für ein menschliches, solidarisches Europa, das seine Verantwortung in der Welt erkennt und wahrnimmt. Bildungsprojekte im breiten Eine Welt-Spektrum von tausenden Initiativen, Gruppen und Vereinen in Deutschland sind praktische Wissensarbeit mit den Bürger*innen vor Ort – sie leisten einen entscheidenden Beitrag dazu. ■

Die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl) ist der bundesweite Zusammenschluss der 16 Eine Welt-Landesnetzwerke. Die agl erreicht über ihre Mitgliedsverbände bundesweit rund 10.000 entwicklungspolitische Initiativen, Gruppen und Vereine. Die agl unterstützt ihre Mitglieder in deren Engagement für eine zukunftsorientierte globale Entwicklung, die auf den Prinzipien von sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit, Demokratie und Partizipation beruht.

SIMON RAMIREZ-VOLTAIRE arbeitet in der Geschäftsführung der agl.

Wie wird man in 100 Jahren auf die sogenannte Flüchtlingskrise zurückblicken? Wie konnte es so weit kommen? Warum diskutiert man im sicheren Europa über „Wirtschaftsflüchtlinge“ im Gegensatz zu „richtigen Flüchtlingen“, während das, was akut getan werden muss, so klar ist: Ein Mensch, der gerade ertrinkt, ist ein Mensch, den man retten muss. Alles andere kommt später.

Doch auch im Jahr 2019 gibt es keine staatliche Seenotrettungsmission. Zivile Seenotrettungsmissionen werden zunehmend kriminalisiert. Dennoch helfen sie weiter und gehen dabei große persönliche Risiken ein. Obwohl sie aus der Gesellschaft eine Menge Rückhalt erfahren und sich viele zivilgesellschaftliche Gruppen auf verschiedenste Weise mit geflüchteten Menschen solidarisieren, zeigt sich an der anhaltenden Krise, dass es dringend einer Lösung auf staatlicher und europäischer Ebene bedarf. Vieles kann vorübergehend durch engagierte Menschen aufgefangen werden, aber wenn es um Menschenleben geht, braucht es vor allem staatliche Lösungen und Mut zu einem neuen Umgang mit Migration, die das beeindruckende Engagement der zivilen Seenotretter*innen und ihrer Unterstützer*innen unnötig machen. ■

SVENJA BLOOM



arbeitsgemeinschaft der
eine welt-landesnetzwerke
in deutschland e.v.

